

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Reuss Graupenstra. 2/3, und durch Kolporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich Mf. 2.50, pro Binde 20 Pf. Durch die Post bezogen Mf. 2.50, frei ins Haus Mf. 2.92, wo keine Posten Ort. Mf. 3.24.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Subskriptionsgebühren für die einjährige Colonelle... über dem Namen 20 Pf. Kolporteurs Preis 40 Pf. Subskriptionsgebühren unter 10 Pf. Preis für Arbeitsnach 15 Pf. Subskriptionsgebühren für den Monat 15 Pfennige. Subskriptionsgebühren für die nächste Nummer müssen bis Samstag 6 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

## Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 292.

Breslau, Sonnabend, den 13. Dezember 1913.

24. Jahrgang.

### Die Schande des Reichstags.

Die Kagenjammerstimme des grauen Altags liegt wieder auf dem Reichstag und auf dem ganzen deutschen Volk. Die Schlappheit der bürgerlichen Fraktionen spiegelt sich in der Haltung ihrer Presse, der Ton ist matt, hoffnungslos und resigniert. Ein Weismann hat das Evangelium des persönlichen Regiments verkündet, und die Mehrheit des Reichstags hat es in Ergebung angenommen.

Ein Votum des Reichstags, das die Haltung des Reichskanzlers in einer politisch grundsätzlichen Frage von höchster Wichtigkeit mit sechsleibentelmeßigkeit mißbilligt, darf von diesem verurteilten Reichskanzler als eine belanglose „Meinungsäußerung“ in einer einzelnen Frage hingestellt werden, die ihn nicht im mindesten veranlasse, sein Entschuldigungsgebet einzureichen. Ein Schwächling, ein notdürftig „geklebter“ Reichskanzler darf solchen Hohn dem Reichstag hinreichen, und was er damit sagt und tut, findet in bürgerlichen Parlamentsreden und in der bürgerlichen Presse nicht nur keinen entschiedenen Widerspruch, sondern sogar bemitleidige Beschäftigung. Herr v. Weismann und sein Auftraggeber schenken der Meinung des Reichstages keine andere Beachtung als der einer beliebigen Versammlung, die wohl nach der Verfassung das Recht der Meinungsfreiheit und das Petitionsrecht besitzt, aber auf die Reichspolitik darüber hinaus keinen Einfluß übt.

Das ist recht, sagt Weismann-Hollweg unter schweigender Zustimmung der bürgerlichen Parteien. Aber, wenn das recht ist, so muß sich jeder Reichstagswähler verweissungsvoll fragen, wozu haben wir dann überhaupt einen Reichstag? Mit Schmerz liest man unmittelbar nach der Erklärung des Kanzlers die Versicherung des Herrn Peter Spahn, daß „wir“ die Balkanpolitik der Regierung billigen. Ja, wenn „wir“ die Balkanpolitik des Reichskanzlers nicht billigen, was wäre dann? Dann wäre es eben auch noch so, und der Reichskanzler würde sagen, das sei eine „Meinungsverdrehung“ in einer einzelnen Frage: im übrigen geschehe natürlich, was er und sein Auftraggeber für richtig halte, und damit Punktum!

Über, was Herr v. Weismann als Recht hinstellt, das ist in Wirklichkeit nicht der gegebene Verfassungszustand, es ist weiter nichts, als ein tatsächliches, unglückliches und beschämendes Machtverhältnis, das sich dank der Schwäche der bürgerlichen Parteien herausgebildet hat. Es ist ja ganz richtig, was der Reichskanzler aus sozialdemokratischen Reden gelernt hat, daß die geschäftsordnungsmäßige Selbstverpflichtung des Reichstags, seine Interpellationsberatungen mit einer Abstimmung abzuschließen, an sich noch keinen Machtzuwachs des Parlaments bedeutet. Wie zutreffend diese Feststellung ist, hat ja gerade der Ausgang der letzten Interpellationsdebatte über Zabern gezeigt. Der Beschluß, der die Politik des Reichskanzlers mit erdrückender Mehrheit verurteilt, hätte zwar der Anfang für eine ganz gewaltige Machterweiterung des Reichstags werden können, er ist aber, dank der Haltung der bürgerlichen Parteien, zu einer Ohnmachtserklärung des Reichstags geworden.

Die Dinnmacht entspringt aber nicht den deutlichen Verfassungszuständen. Auch die an sich nützlichen und notwendigen Verfassungsanträge der sozialdemokratischen Fraktion dürfen nicht zu der falschen Auffassung Anlaß geben, als ob der Reichstag unter der bestehenden Verfassung der nötigen Machtmittel entbehre, um eine widerspenstige Regierung dem Volkswillen gefügig zu machen. Der Reichstag hat das unabweisbare Recht, die Vorlagen der Regierung, insbesondere das Statgesetz, abzulehnen, hätte er dieses Recht nicht, so brauchte ihm ja der Stat überhaupt nicht vorgelegt zu werden.

Daß die Ablehnung des Stats durch den Reichstag, wenn sie wirklich zur Tat wird, schwere Kämpfe, Erschütterung und Verwirrung mit sich bringen könnte, ist ja außer Frage. Gerade darum ist es so gut wie gewiß, daß sich die Regierung schwer hüten würde, die Probe aufs Exempel zu machen. Die Statverweigerung ist eine so fürchterliche Waffe, daß die Drohung mit ihr schon genügen würde, um die Regierung zur Vernunft zu bringen.

Der deutsche Reichstag und der deutsche Kaiser sind an einem Tage geboren worden. Dieses Wort ist in früheren Zeiten von den Liberalen mit besonderem Stolz zitiert worden, und es hat eine tiefe Berechtigung. Was das Reich zusammenhält, das ist der Reichstag des allgemeinen Wahlrechts, und wenn der Reichstag durch einen allgemeinen Staatsrecht, wie z. B. durch Verwendung laienhafter Mittel ohne gesetzliche Bevollmächtigung, in seiner Stellung erschüttert würde, dann geriete mit ihm auch die ganze Kaiserherrlichkeit ins Wanken. Es wäre ja wahrhaftig anzunehmen, daß das Reich in solche Gefahr geführt werden könnte, daß um den arbeitsamen Weismann ein paar Monate länger im Amt zu halten!

Das Ernennungsrecht des Kaisers ist theoretisch unbeschränkt. Praktisch ist es beschränkt durch das verfassungsmäßige Recht des Reichstags, einem unmöglichen Reichskanzler den Stat zu verweigern. Wäre dem nicht so, so näherten wir uns den Zuständen der römischen Kaiserzeit. Es war nur die logische Folge eines praktisch unbeschränkten Ernennungsrechtes, wenn der Kaiser Colloredo an die Spitze des Reichstags ernennen konnte. Wenn wir in Deutschland

einstweilen noch nicht so weit sind, so ist doch der Fall denkbar, daß einmal ein Kaiser einen Mann zum Kanzler ernennet, dessen völlige Unbrauchbarkeit außer ihm selber aller Welt klar ist. Es ist der Fall denkbar, daß ein späterer Monarch, der sich z. B. in den ersten Anfängen einer noch nicht erkannten Erkrankung befände, eine solche total unmögliche Ernennung vollzöge. Wenn es gegen solche Willkür keine Hilfe gäbe auf Grund der bestehenden staatsrechtlichen Zustände, so müßten wir ein Volk von Sklaven sein!

Nein, für die feige Schwäche der bürgerlichen Parteien gibt es in der deutschen Reichsverfassung keine Entschuldigung. Der Reichstag ist in die Schande gefallen worden, nicht weil es ihm an Mitteln fehlt sich zu wehren, sondern weil den bürgerlichen Parteien der Mut fehlt, diese Mittel anzuwenden. Es ist eine hohnvolle Verletzung aller politischen Begriffe, wenn sich diese bürgerlichen Parteien als „national“ bezeichnen. Eine Nation ist ein politisches Selbstgefühl und Selbstbestimmungsrecht erwachtes Volk. In diesem Sinne gibt es noch immer keine deutsche Nation. Das haben nur die Vorgänge der letzten Tage in wahrhaft erschütternder Weise zum Bewußtsein gebracht.

Die einzige Partei, die an dem Reichstag ein Parlament und aus der deutschen Untertanenschaft eine Nation machen will, ist die Sozialdemokratie, sie, die von verleumdberischer Tollheit als „antinational“ bezeichnet wird.

### Die Wirkung des Westarp'schen Junterhohns.

Der Junterhohn, mit dem der Voltzeitgraf Westarp den Reichstag am Mittwoch übergossen hat, ist vielleicht für die demokratische Fortentwicklung unserer inneren Zustände von Nutzen gewesen. Wenigstens muß der Verlauf der Donnerstag-Sitzung diese Hoffnung erwecken. In ihrem Vordergrund stand eine scharfe und wirksame Rede unseres Genossen Koch, der die Ausreden des Reichskanzlers zerfaserte, die nötige Kritik daran übte, daß der Reichskanzler sich hinter die Person Wilhelm II. zurückzieht. Nachdem unser Redner so mit dem ganzen reaktionären Spul in der inneren Politik gründliche Abrechnung gehalten hatte, sprach Herr Erzberger. Und man muß anerkennen, daß der vielgewandte Zentrumsmann mit nicht zu bestreitender Energie die Rechte des Reichstages gegenüber der Regierung vertrat. Herr Erzberger forderte sogar die Fortentwicklung unserer Zustände zum parlamentarischen Regime. Wir wollen nur hoffen, daß dieser löbliche Eifer anhält, und nicht nur dadurch verschuldet war, daß Herr von Weismann-Hollweg auf die Anpassung Spahns wegen der Jesuiten nicht geantwortet hat! Der Fortschrittler Spahn muß natürlich natürlich die antiliberalistische Stellungnahme Erzbergers, wenngleich er den Stat nicht ablehnen wird. Daß aber Herr Paasch ebenfalls die Mißachtung des Reichstags durch den Kanzler scharf tabeln und sich gegen den ganzen Geist der Militärdiktatur wenden, ja sogar die Entwicklung zum parlamentarischen System als eine Forderung der deutschen Zukunft entwickeln würde, konnte man vorher nicht sicher wissen, und hier tritt es am klarsten zutage, was der vorzeitige Hohn des Voltzeitjunters angerichtet, und wie er doch die besseren Gefühle in den bürgerlichen Parteien etwas geweckt hat. Herr Dertel natürlich will von alledem nichts wissen — wieder einmal stellen sich die Konservativen außerhalb des Volksganzen.

Zu Beginn der Sitzung hatte der elffährige Landtagspräsident Dr. Nidlin über die Vergebung der Jagdscheine in Elsaß-Vosgingen gesprochen, und bemerkte, daß man solche Scheine bewegen nicht mehr an Ausländer verbeuge, weil diese von den Offizieren als Konkurrenten um die Jagdverpachtung unangenehm empfunden werden. Unser famoser Kriegsminister von Falkenhayn antwortete darauf in einem Ton, wegen dessen er sich am Schlusse die schärfste Zurechtweisung von Dr. Nidlin gefallen lassen mußte, der ihm empfahl, den deutschen Reichstag nicht mit dem Kaiserhof in Zorn zu verwechseln. Und hier fand sich die Linke und das Zentrum wieder, wie am 4. Dezember, in einem Beifallssturm zusammen, der, wenn Graf Westarp noch Voltzeitpräsident wäre, ihn — zum Stimmeldonnermetter ja! — wohl zum Einschreiten veranlaßt haben würde.

### Der erste Zaberner Kriegsgerichts-Prozess.

Strasburg, 11. Dezember 1913.

Unter starkem Andrang des Publikums und lebhafter Anteilnahme weiterer politischer Kreise fand hier die erste Verhandlung wegen der bekannten Vorgänge in Zabern statt, die in den letzten Wochen die Öffentlichkeit weit über die Grenzen Deutschlands hinaus sowie in mehreren Sitzungen des Deutschen Reichstags beschäftigt haben. — Als Verhandlungsführer fungiert Kriegsgerichtsrat v. Jan, Vorsitzender im Gerichtssaal ist Major Engel, die Anklage vertritt Kriegsgerichtsrat Dr. Eisander.

Als Angeklagte erwidern die früheren Rekruten der 5. Kompanie des 99. Infanterie-Regiments in Zabern Genf, Welfy und Scheibel, die seit dem 1. und 2. Dezember 1913 in

Strasburg angehört. — Ihre Verteidigung hat Rechtsanwalt Gustav Weber (Strasburg) übernommen.

Die zur Anklage stehenden Straftaten basieren auf folgenden Vorfällen: Anfang November brachten der „Zaberner Anzeiger“, ein liberales Blatt, und das Zentrumorgan „Der Elsäßer“, die Mitteilung, daß der neunzehnjährige Leutnant von Forstner vom Infanterie-Regiment 99 in der Instruktionsstunde die elffährigen Rekruten mit dem Schimpfwort „Wace“ belegt habe. — Darauf wurde nach einigen Tagen eine offiziöse Darstellung laut, nach welcher die Äußerung des Leutnants von Forstner durchaus harmlos gemeint gewesen sei. — Daraus blieb der „Elsäßer“ aber bei seiner Darstellung, die er noch ergänzte. Der Leutnant habe die Rekruten genannt, sich mit den Worten zu melden „Ich bin ein Wace!“ und habe außerdem eine, die französische Fahne sehr beleidigende Äußerung gemacht, die etwa gelaute habe: „Ich sch... auf die französische Fahne“. — Daraus wurde von den militärischen Behörden eine Untersuchung angeordnet und als Resultat derteilben bekannt gemacht, daß kein Rekrut sich erinnere, eine ähnliche Äußerung des Leutnant Forstner gehört zu haben.

Als Antwort veröffentlichte der „Elsäßer“ ein Schriftstück, in welchem die drei Angeklagten durch ihre Namensunterschrift bestätigten, daß die fragliche Äußerung des Leutnants wirklich gefallen sei. — Das Schriftstück, das die Angeklagten unterschrieben, hatte folgenden Wortlaut:

„Auf Ehre und Gewissen erklären wir Unterzeichneten: Es ist richtig, daß am 14. November 1913 Leutnant v. Forstner morgens zwischen 8 und 9 Uhr in der Instruktionsstunde die Worte gebraucht hat: „Diese Fahnenflüchtigen haben auf keine andere Ehre Anspruch, als in der französischen Fremdenlegion zu dienen.“ Auf die französische Fahne könnt Ihr meine wegen ich...!“ In dem Unterzeichneten dieses Schriftstückes erblickt die Anklage Vergehen gegen §§ 92, 93 und 101 des Militärstrafgesetzbuches. Die Paragrafen besagen inhaltlich, daß Ungehorsam gegen einen Befehl in Dienstzeiten mit Arrest bestraft wird. Wird durch den Ungehorsam ein erheblicher Nachteil verursacht, so tritt strenger Arrest, eventuell Festungshaft bis zu 10 Jahren, im Felde Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr oder lebenslängliche Freiheitsstrafe ein. Der letzte Paragraf bedroht mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren diejenigen Personen, die unbefugt eine Verammlung von Mitgliedern des Soldatenstandes veranstalten oder zu einer gemeinsamen Vorstellung Unterschriften sammeln.

Zu der Verhandlung sind vier Zeugen geladen, der Redakteur Kaestle vom „Elsäßer“, Oberst v. Reuter und zwei ehemalige Musketiere von der 5. Kompanie des 99. Regiments, die von dem Angeklagten Genf aufgefordert worden waren, ebenfalls ihre Unterschrift herzugeben.

Bei der Personalbefragung der Angeklagten ergibt sich, daß Genf von Beruf Buchbinder ist, Welfy Briefträger und Scheibel Schmied. Sie stammen sämtlich aus dem Elsaß und erklären auf Befragen, daß sie sich schuldig befinden.

Als erster wurde der Angeklagte Genf vernommen. Er bekennt, daß im Regiment bekanntgeworden sei, daß in kurzer Zeit alle elffährigen Rekruten des Regiments 99 in andere Garnisonen verlegt werden sollten. Er habe daher von seinen Freunden und Bekannten Abschied genommen und u. a. auch den Bankbeamten Simon besucht, den Korrespondenten des „Elsäßer“ in Zabern. Dieser habe ihn aufgefordert, am Nachmittag wiederzukommen, da dann noch ein Freund von ihm, der Redakteur Kaestle aus Strasburg am Abend sein werde, der sich für die Vorgänge in Zabern interessiert. Der Angeklagte hat dann auch am Nachmittag den Simon noch einmal besucht. Kaestle entwarf ein Schriftstück, die obenmitgeteilte Erklärung, die Genf dann unterschrieb.

Der Angeklagte behauptet, daß der Redakteur Kaestle seine Bedenken damit beseitigt habe, daß er ihm sagte, das Schriftstück sei nur für einen etwaigen Zivilprozeß nötig; es solle dann den Zeugen vorgehalten werden, die in ihren Aussagen unzufallen drohten. Auf Veranlassung des Redakteurs Kaestle habe er das Schriftstück mit in die Kasse genommen und die Mitangeklagten Welfy und Scheibel unterzeichnen lassen. Er sei auch an die beiden Musketiere Gowerst und Welfy gegangen und habe sie um ihre Unterschrift gebeten, die das aber nicht tun wollten.

Auf Vorhalten durch den Verhandlungsführer gibt der Angeklagte zu, daß Oberst v. Reuter in einer Ansprache an das Regiment ausdrücklich verboten habe, dienstliche Vorgänge an die Öffentlichkeit zu bringen. Er habe sich aber nicht gedacht, daß das Verbot des Herrn Obersten sich auf diesen Vorfall beziehen könnte. Wenn er freilich gemerkt hätte, welche Folgen sein Schritt haben würde, hätte er seine Unterschrift nicht gegeben. Der Angeklagte erklärt weiter, daß er zwar den Fahnen-eid geleistet habe, daß den Rekruten aber keinerlei Instruktion über ihr Verhalten gegeben worden sei.

Der Vertreter der Anklage weist darauf hin, daß Genf scheinbar doch ein sehr intelligenter Mensch sei, dem das Verbot des Obersten hätte gegenwärtig sein müssen. Der Angeklagte erwidert, daß er bei der Unterredung mit Kaestle an das Verbot nicht gedacht habe.

Der zweite Angeklagte Scheibel bestätigt im wesentlichen die Angaben des Genf. Dieser sei an ihn herangetreten mit der Versicherung, das Schriftstück sei nicht für die Öffentlichkeit sondern nur für einen Redakteur bestimmt. — In ähnlicher Weise äußert sich der Angeklagte Welfy. Auch er habe nicht geglaubt, daß er mit der Vergabe seiner Unterschrift etwas Strafbares begänge.

Die beiden als Zeugen geladenen Musketiere bestätigen das Verbot des Obersten v. Reuter, sowie die Tatsache, daß Genf auch ihre Unterschriften haben wollte; sie setzen aber nicht darauf ein.

Oberst v. Reuter bekennt als Zeuge, daß er den Rekruten das Verbot, dienstliche Vorgänge an die Öffentlichkeit zu bringen, in sehr erster Reihe auszusprechen geahnt habe. Im Hinblick auf das Verbot habe er noch ausdrücklich auf die Kriegsartikel hingewiesen.

Der Redakteur Kaestle gibt an, daß ihm die Mitteilungen über die Äußerung des Leutnants v. Forstner von Simon mitgeteilt worden seien. Der Name seines Verlobten namens Simon er nicht nennen, da es sich um eine Privatangelegenheit handele. Einige weitere Fragen des Angeklagten beantwortet er nicht, da er sie durch die Personalbefragung eventuell einer nochmaligen Befragung ausweichen würde. — Der Angeklagte Kaestle hat die Personalbefragung des Angeklagten

vertreter gegen fünf Wochen, gegen die beiden anderen Angeklagten je drei Monate Gefängnis.

Nach dem Plädoyer des Anklagevertreters ergreift der Verteidiger der drei Rekruten das Wort. Er hebt ganz besonders hervor, daß die Richter durch ein mildes Urteil ein Stück Friedensarbeit in Erfahrung bringen lassen.

Aus dem Gange der Verhandlung sei zu ersehen, daß der Oberst v. Reutter mit seiner Anklage an die Kompanie keinen klaren Befehl gegeben habe. Deshalb könne auch nicht im Sinne des Gesetzes von Ungehorsam die Rede sein.

Was das Sammeln von Unterschriften anlangt, so richte sich das Schriftstück gegen Vorgesetzte oder Dienstausgeübten, sondern die Angeklagten wollten lediglich dem Redakteur einen Gefallen erweisen.

Es könne doch nicht als Dienstausgeübten angesehen werden, wenn der Leutnant von Forstner eine fremde Aktion beleidigt und ein ganz unrichtiges Verhalten zur Schau trage.

Er beantrage deshalb, nur auf eine Arreststrafe zu erkennen. In einem kurzen Nachwort hebt der Zentrumredakteur nochmals hervor, daß er den Rekruten versprochen habe, das Schriftstück werde nicht veröffentlicht, sondern diene nur dazu, sie gegebenenfalls an ihre Auslagen zu erinnern.

Das Urteil.

Das Gericht fällt nach längerer Beratung folgendes Urteil: Der Angeklagte v. Reutter wird wegen Ungehorsams in zwei Fällen (§ 92 M.-St.-G.-B.) in Verbindung mit einem Vergehen gegen § 101 M.-St.-G.-B. zu einer Gesamtfrist von sechs Wochen Mittelarrest verurteilt, die Angeklagten Scheibel und Klein wegen Ungehorsams in zwei Fällen (§ 92 M.-St.-G.-B.) zu je drei Wochen Mittelarrest.

In der Urteilsbegründung

wird gesagt, daß der Befehl des Oberst v. Reutter bindend war und dienstliche Angelegenheiten betraf. Die Anwendung des § 92 M.-St.-G.-B. hat das Gericht verneint, weil die Angeklagten nach Ansicht des Gerichts nicht voraussehen konnten, daß ein erheblicher Nachteil zu befürchten war.

Zwei Momente springen aus der Verhandlung hervor. Einmal, daß Zeugen unter Eid die Beleidigung der besaglichen Fahne durch den Leutnant v. Forstner bekräftigten und daß ferner die Rekruten die bedauerlichen Opfer des bestreudenden journalistischen Verhaltens eines Zentrumredakteurs geworden sind.

Su gleicher Zeit muß aber auch hervorgehoben werden, daß selbst das Kriegsgericht durch sein heutiges Urteil ein noch stärkeres Urteil über das Verhalten des Leutnants v. Forstner gefällt hat. Was wird man mit dem Oberst v. Reutter und dem Leutnant v. Forstner geschehen?

Politische Uebersicht.

Zur Arbeitslosenversorgung.

Die Stadt Frankfurt a. M. will demnächst eine Arbeitslosenunterstützung einführen. Die Unterstützung soll für verheiratete Arbeitslose 70 Pfg. pro Tag betragen, welche

Summe nach der Zahl der Kinder bis zu 1,50 Mk. pro Tag erhöht werden kann.

Die politische Seite und die liberalen Männer.

Die ganze liberale Presse ist auf Kommando in den Rücken ihrer beiden Reichstagsfraktionen mit eingeschwenkt. Eine Ausnahme macht die „Berliner Zeitung am Mittag“, die u. a. folgendes schreibt:

Der Herr Reichstagskanzler hat zu sich Vertrauen. Gott sei Dank, so hat's doch wenigstens einer für ihn. Das deutsche Volk hat es ebenfalls nicht, und nach der gestrigen Rede als Antwort auf die Ausführungen des Abgeordneten Scheidemann dürften wohl auch diejenigen, die eine günstige Gelegenheit suchten, ihm — vielleicht zu Weihnachten — ihr Vertrauen wieder zu schenken, eingesehen haben, daß er nur noch eine politische Leiche auf Urlaub ist.

Im schärfsten Gegensatz hierzu steht die Haltung der ganzen übrigen liberalen Presse. Und der nationalliberale „Deutsche Kurier“ bringt die ablehnende Haltung der sozialdemokratischen Forderung, den Etat zu verweigern auf die schlechthin klassische Formel, wenn er schreibt:

Uebrigens beging aber der sozialdemokratische Redner (Scheidemann) den taktischen Fehler, die Mehrheitsparteien dadurch der Meinung wieder näher zu führen, daß er das für unsere staatsrechtlichen Verhältnisse ganz ungläubliche Ansinnen an sie stellte, dem Vertrauen-votum der vorigen Woche dadurch Nachdruck zu verleihen, daß sie den Etat ablehnen sollten!

Wenn man den Nationalliberalen zutraut, sie könnten sich wie Männer benehmen, so ist das allerdings ein „ganz ungläubliches Ansinnen“, und das Achselzucken sagt in solchem Fall wirklich viel und ist durchaus berechtigt. Denn über das Können hinaus ist ja niemand verpflichtet!

Zur Versorgung Deutschlands mit russischem Fleisch

schreibt man der „Pariserischen Zeitung“ aus Moskau: „Der Leiter der Moskauer Fleischfabrik hätte gegenüber den Klagen über den Fleischexport eine Zeitschrift an das preussische Handelsministerium gerichtet und darauf hingewiesen, daß ähnliche Klagen bei Beginn des sibirischen Exportes nach dem Auslande erhoben wurden. Jetzt aber nehme Rußland die zweite Stelle auf dem Weltmarkt ein und ebenso werde es sich mit dem Fleischexport gestalten, wenn er in richtige Bahnen gelenkt werde.“

durch eine Hebung der Viehacht eine enorme Steigerung seiner Exportfähigkeit im Fleisch erfahren könne.

Es ist also durch Abschluß günstiger Handelsverträge durch, aus möglich, Deutschland auszuweichen mit guten und nicht zu teuerem Fleisch zu versorgen. Aber die Interessen der deutschen Exportier erfordern, daß die Grenzen gesperrt bleiben, daß die Einfuhr möglichst unterbleibt und diese Interessen sind ja heute leider in Deutschland für Regierung und Reichstagsmehrheit maßgebend.

Schlafwagen dritter Klasse.

In der letzten Zeit mehren sich die Stimmen, namentlich aus den Kreisen des reisenden Publikums, die die Einführung von Schlafwagen dritter Klasse fordern. Es wird in den interessierten Kreisen betont, daß die Eisenbahnverwaltung mit dieser Einrichtung aller Wahrscheinlichkeit nach ein sehr gutes Geschäft machen würde, wie die bisher erfolgten Umfragen schließen lassen.

Arbeitslosenunterstützung in Frankfurt am Main.

Die Stadt Frankfurt am Main beschließt, eine Arbeitslosenunterstützung einzuführen. Die Unterstützung soll vom Magistrat festgesetzt werden. Die Unterstützung für jeden verheirateten Arbeitslosen beträgt 70 Pfg. pro Tag und kann nach der Zahl der Kinder bis auf 1,50 Mk. pro Tag erhöht werden.

Geheimhaltungspositionen des Reichstags.

Der Senatorenkonvent des Reichstags hat in seiner Sitzung vom Donnerstag vormittags dahin übereinstimmend beschlossen, daß am Freitag zunächst der Gesetzentwurf über Francisco erledigt werden soll; dann wird die parlamentarische Fortsetzung und schließlich die sozialdemokratische Interpellation über die Rüstungskommission verhandelt werden.

Die Kolonialgerichts-Kommission des Reichstags hat sich in

zwei Sitzungen zunächst mit der vom Zentrum neu angeregten Frage einer Angliederung des Kolonialgerichts an das Reichsgericht beschäftigt, ohne schon zu einer Entscheidung zu kommen. Wie die Entscheidung fallen wird, ist noch nicht abzusehen, da durch Leipzig, Berlin und Hamburg eine Konkurrenz erwächst.

Änderung des preussischen Kommunalabgabengesetzes.

Im preussischen Ministerium des Innern ist ein Gesetzentwurf über die Abänderung des Kommunalabgabengesetzes und des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes ausgestellt worden, der das Abgabewesen der Gemeinden und weiteren Kommunalverbände der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte entsprechend fortzubilden sucht.

Sturmflut.

Roman von Friedrich Spielhagen.

(Nachdruck verboten.)

„Du kommst wohl nicht mehr in des Vaters Haus?“ fragte Reinhold.

„Nein, weshalb?“

„Über Philipp! — als ob es das natürlichste Ding von der Welt wäre, wenn ein Sohn nicht mehr in des Vaters Haus kommt!“

„Natürlich? Was heißt natürlich? Ich finde es natürlich, wenn man in meinen Jahren keine Lust mehr hat, sich wie einen dummen Jungen behandeln zu lassen. Indessen, — ich habe, wie gesagt, prinzipiell nichts dagegen; in diesem Augenblick ist mir sogar daran gelegen, verschaffe mir eine Einladung!“

„Du willst's versuchen — unter einer Bedingung!“

„Nun?“

„Daß Du in meiner Gegenwart nicht auf Deinen Vater kommst.“

Philipp lachte. „Du bist ein Bedant, lieber Reinhold: — in unserer Zeit darf man die Person und die Sachen nicht mit Sammelhandschuhen anfassen wollen; sonst kommt man unter den Schritten, ehe man sich's versteht. Bismarck tat's auch nicht; der greift durch!“

„Du der Politik ist manches erlaubt, was für das bürgerliche Leben unstatthaft wäre.“

„Ganzlich übernehmbarer Standpunkt! In Gegenwart, wie ich, Gott sei Dank, zu der Ueberzeugung gekommen, daß hier mit dort alle Boten gehen. Sich auf den kleinen schwarzen Raum da mit der großen biden Frau! Der zwei Jahren war er ein armer Fischweiber, der nicht von einem Tag auf den andern zu leben hatte. Heute ist er ein doppelter Millionär, und nennt die „jungen“ Kaiser und Kaiserin, die übermorgen abgedruckt werden, ziehen, schließt er noch dies Jahr mit drei Millionen ab. Die „alten“ sehen 186; ich selbst bin fast ergraut und reise auf eine Dampfschiffe von Hamburg nach London.“

„Du magst dich nicht, wenn?“

„Du magst dich nicht, wenn?“

„Du magst dich nicht, wenn?“

„Du magst dich nicht, wenn?“

„Du magst dich nicht, wenn?“

„Du magst dich nicht, wenn?“

ihrem Gesolge, die eben jetzt vorbeigingen, Front machen und den Hut ziehen zu können. Reinhold, der durch Dazwischenbringende zurückgeschoben war, konnte, ohne selbst bemerkt zu werden, den Zug deutlich übersehen: die Prinzessin, die bald mit Eise, welche zu ihrer Rechten ging, bald mit Graf Solm, etwas hinter ihr zur Rechten, plauderte; sodann Damen und Herren, unter den letzteren Ottomar in eifrigem Gespräch mit einer Dame.

Das Thema mußte sehr amüsant sein, denn sie lachte beständig unter der Vorgetriebe, die sie nicht von den Augen brachte.

Ein sonderbares Gefühl überkam Reinhold. Seine Flucht vorhin hatte in der Eilefertigkeit, mit der sie ausgeführt werden mußte, etwas Komisches gehabt, und er selbst hatte hinterher herzlich gelacht. Jetzt konnte er nicht lachen. Inmitten der frontmachenden, ehrfurchtsvoll grüßenden Menge fühlte er den gesellschastlichen Abstand zwischen ihm selbst und der jungen Dame an der Seite der Prinzessin ganz anders, als zuvor. Er gehörte eben zur Menge — nicht, wie sie, zu den Ausserwählten — sie und — Graf Solm!

Hätte er die Adresse gemeinschaftlich mit ihr gemacht? war er nachgereicht? — gleichwohl — ein Graf Solm braucht eben nur zu kommen!

Er wandte sich mit einem heimlichen Seufzer und erblickte dicht hinter sich Ferdinand. Sie sah ihn nicht; ihre Augen waren, wie die aller, auf die Prinzessinnen-Gruppe gerichtet mit einer sonderbaren Starrheit, die durch bloße Reugier kaum erklärbar schien. Es lag wohl noch der Traum, so lange allein gewesen zu sein, auf dem schöner, verklärteren Gesicht.

„Ferdinand!“

„Sie sehr, wie aus einem Träume erwachend, zusammen. Eine tiefe Gait hatte sich über ihre Wangen ergossen; Reinhold erkannte sie nicht, so gut er konnte; Philipp trat herzu.“

„Gibt's für Sie gesehen? wunderbare Frau — Schwärme für sie! Die kleine Berber scheint so fabelhaft klug mit ihr — der Raballer an der anderen Seite, höre eben, Graf Solm — grand feigneur — aber verschleht bis über die Ohren — hat jetzt Seligheit, sich zu retten, wenn er Flug ist; — werden, hoffe ich, in nächster Zeit ein Geschäft in großer Stil zusammen machen — konnte ihn noch nicht persönlich — seine Unterthätigkeit war mir sehr bekannt. Und daß Du den jungen Berber gesehen, Ferdinand? — mit dem Fräulein von Bollbach — soll ja jetzt richtig sein — keine schlechte Partie — sie ist ja ein wunderbarer Mensch, und ihr Bruder, der ihr Berber, ist ein ganz anderer — er war auch dabei — der da, Reinhold, mit dem halbtollen Kopf — ist ein geizigerer Junge, und der junge Berber selbst — na — in diesem Augenblicke ein etwas unglücklicher Mensch, aber kann vielleicht noch sehr reifen.“

„Wollen wir gehen?“ fragte Ferdinand.

„Sie nicht, ohne die Antwort der Herren abzuwarten, voran zu Reinhold's geliebtem Stützpunkt darüber an der Prinzessin und ihrer Gruppe. Die Prinzessin war abermals einen Schritt näher gekommen, und er sah sie näher.“

„Wollen wir gehen?“ fragte Ferdinand.

„Sie nicht, ohne die Antwort der Herren abzuwarten, voran zu Reinhold's geliebtem Stützpunkt darüber an der Prinzessin und ihrer Gruppe. Die Prinzessin war abermals einen Schritt näher gekommen, und er sah sie näher.“

„Wollen wir gehen?“ fragte Ferdinand.

„Sie nicht, ohne die Antwort der Herren abzuwarten, voran zu Reinhold's geliebtem Stützpunkt darüber an der Prinzessin und ihrer Gruppe. Die Prinzessin war abermals einen Schritt näher gekommen, und er sah sie näher.“

„Wollen wir gehen?“ fragte Ferdinand.

„Sie nicht, ohne die Antwort der Herren abzuwarten, voran zu Reinhold's geliebtem Stützpunkt darüber an der Prinzessin und ihrer Gruppe. Die Prinzessin war abermals einen Schritt näher gekommen, und er sah sie näher.“

„Wollen wir gehen?“ fragte Ferdinand.

„Sie nicht, ohne die Antwort der Herren abzuwarten, voran zu Reinhold's geliebtem Stützpunkt darüber an der Prinzessin und ihrer Gruppe. Die Prinzessin war abermals einen Schritt näher gekommen, und er sah sie näher.“

„Wollen wir gehen?“ fragte Ferdinand.

„Sie nicht, ohne die Antwort der Herren abzuwarten, voran zu Reinhold's geliebtem Stützpunkt darüber an der Prinzessin und ihrer Gruppe. Die Prinzessin war abermals einen Schritt näher gekommen, und er sah sie näher.“

waren, zu begrüßen. Ihre Begleitung war ein wenig zurückgetreten und schritt unter sich eine leise Unterhaltung. So durfte er hoffen, unbemerkt durchzuschlüpfen, aber gerade in dem Moment, wo er vorüberging, streifte ihn Elsas Blick, und sie nickte ihm so freundlich, ja herzlich zu, daß Graf Solm, dadurch aufmerksam geworden, sich halb umwandte und ihn sicher erkannte, obgleich seine hellen Augen, anstatt zu grinsen, nur ein wenig zwinkerten und alsbald eine andere Richtung nahmen. Darüber hatte Reinhold nicht bemerkt, daß Ottomar, der sich ebenfalls umgewandt hatte, sich vor Ferdinand, deren Kleid ihn streifte, mit einer gewissen gleichgültigen Höflichkeit verbeugte, um dann sofort das abgebrochene Gespräch mit Fräulein von Bollbach aufs eifrigste fortzusetzen, während Ferdinand die Verbeugung mit einem starren, leeren Blick beantwortete.

Aber den Augen eines andern war von der kleinen Szene nichts entgangen: den schwarzen, glänzenden, funkelnden Augen des schönen jungen Mannes, der vorhin schon das Rendezvous der beiden in der Galerie aus der Ferne beobachtet. Er hatte jetzt in unmittelbarer Nähe an der dunklen Wand des Saales, an einen der Wauerpfiler gebrückt, gestanden und trat nur rasch hervor und an die Begleitenden heran.

„Gott sei Dank, daß ich Sie endlich finde, Signora“, sagte er mit seiner weichen Stimme, welche, wie es schien, vor atemloser Eile ein wenig zitterte. — „Ich suche Sie überall, Ihnen zu sagen, daß Signor Anders Sie unter nicht länger hat erwarten können. Er hat notwendig zu einer Konferenz gemußt, die auf zwei Uhr angelegt war.“

„Deshalb besser“, erwiderte Ferdinand, — „ich wollte eben vorschlagen, nach Hause zu fahren.“

„Schade!“ sagte Philipp, — „hätte gern Euer Urteil über einen wunderbaren Bacchusnaben von Müller gehört; freilich, Anders hat seinen Sätze auch noch nicht verkauft. Schwand noch zwischen beiden — Kaufe vielleicht beide, und Deinen Stricknaben dazu, Ferdinand! Werst hoffentlich einen ablichen Preis stellen.“

„Geben Sie mit uns, Antonio?“ fragte Ferdinand ungeduldig.

„Ich möchte noch etwas bleiben“, erwiderte der Italiener lächelnd.

„Nun, dann komm! addio, Signor Antonio!“

„Addio Signora!“

Der Italiener war in der Eile zwischen dem zweiten und dem Uhr-Sale stehen geblieben; seine schwarzen Augen verfolgten die Davonschreitenden, bis sie in dem Ausgang verschwunden waren. Dann wandte er sich in den zweiten Saal zurück und blieb mit einem Ausdruck tödlichen Hasses auf Ottomar stehen.

„Jetzt weiß ich, von wem die Briefe sind, in denen sie so viel lacht! — Du sollst es bezahlen — per baccol!“ murmelte er durch die weißen Zähne.

Das Luftverkehrsgesetz. Einer politischen Korrespondenz zufolge ist das Luftverkehrsgesetz dem Bundesrat zugegangen und in den Ausschüssen des Bundesrats beraten. Der Entwurf weist drei Abschnitte auf, die einmal die eigentlichen Bestimmungen über den Verkehr der Luftfahrzeuge in der Luft, dann die vorgezeichneten Strafen und endlich die wichtigsten Bestimmungen über die Pflanzpflicht enthalten. Im allgemeinen läßt sich sagen, daß die in den Kreisen der Luftfahrer gekündeten Wünsche hinsichtlich der Ausgestaltung der Pflanzpflicht, die einnehmenden Verordnungen unterzogen wurden, berücksichtigt worden sind, und daß die Grundzüge, die über die Pflanzpflicht im Kraftverkehrsgesetz vorgezeichnet sind, im Luftverkehrsgesetz in milderer Form in Vorschlag gebracht werden.

Die Welle der Kräfte steigt. Nach einer Meldung aus Metz haben in der Industrie an der lothringisch-luxemburgischen Grenze wegen Arbeitsmangel große Arbeiterentlassungen bereits stattgefunden. Etwa 3000 Arbeiter sind angewandert. Die Arbeitszeit ist um einen Tag in der Woche gekürzt worden und zwar wird anstatt an sechs nur an fünf Tagen gearbeitet.

Sachsen will auch kein Arbeitswillensengesetz. Der Dresdener Korrespondent des Berliner Tageblatts will zuverlässig erfahren haben, daß die Nachricht auf Unwahrheit beruhe, wonach die sächsische Regierung im Bundesrat verstärkten Arbeitswillensgesetz beantragen wolle. Die sächsische Regierung habe bisher in dieser Frage überhaupt noch keinen Beschluß gefaßt.

Nachtragsetat für Kamerun. Die Kolonialverwaltung bereitet so erfährt eine Nachrichtenstelle, einen Nachtragsetat für Kamerun in Höhe von etwa 18 Millionen Mark vor. Die Mittel sollen Verwendung finden zur Ausführung von Sanierungsarbeiten, Bekämpfung der Schlafkrankheit, aber auch für Eisenbahnbau.

Landtagswahl in Neuchâtel. Der Zweck des Wahlrechtserlasses ist erreicht. Bei der Landtagswahl, die am Mittwoch zum ersten Male unter dem Mehrstimmenswahlrecht stattfand, ist im ersten Wahlgang ein linkses Sozialdemokraten gewählt worden, dagegen drängen 10 national-liberale Reichsbürger und 2000 Stimmen. Nur dem Verossen Leveu gelang es, mit 1500 Stimmen zusammen 980 Stimmen sein Mandat zu erobern. 4 Sozialdemokraten kommen in Stichwahl. Ob es gelingt, unseren alten Volkstribun von 5 Landtagsabgeordneten wieder zu verlangen, ist sehr fraglich.

## Musland.

### Das Ministerium Doumergue.

Unser Pariser Korrespondent schreibt uns vom 9. Dezember. Das Ministerium Doumergue ist endgültig zustandekomme. Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Erzieher, hat Doumergue darauf verzichtet müssen. Mitglieder der dem gemäßigten Zentrum verwandten „Demokratischen Vereinigung“ in seinem Kabinett zu setzen: dagegen ist es ihm gelungen die vor einiger Zeit neugegründete Gruppe der „Demokratischen Verständigung“, deren Führer Maginot sich noch vor wenigen Wochen in der schärfsten Weise über die radikal-sozialistische Partei aussprach, zur Mitarbeit heranzuziehen, indem er Maginot selbst und drei andere seiner Freunde zu Ministern oder Unterstaatssekretären machte. Der Schwerpunkt des neuen Ministeriums liegt völlig bei den „gemäßigten Radikalen“. Sieben Mitglieder: der Finanzminister Caillaux, der Kriegsminister Rouleux, der Minister der öffentlichen Arbeiten Malby, der Minister des Innern Renault, der Ackerbauminister Raynaud, der Arbeitsminister Metin und der Unterstaatssekretär im Kriegsministerium Njam sind bei der Kamerengruppe der „gemäßigten Radikalen“ eingeschrieben. Außerdem gehören die drei Senatoren, der Ministerpräsident Doumergue, der Marineminister Moutis und der Justizminister Dionbenou-Martin der radikal-sozialistischen Partei an, deren Vorsitzender Caillaux ist.

Die meisten der neuen Minister sind es schon einmal gewesen. Doumergue, der im Senat das südliche Departement des Gard vertritt, verwaltete die Kolonien im Ministerium Combes (1902-1905), das Handelsministerium unter Sarrien und Clemenceau, der ihm das Unterrichtsministerium gab, als Vizepräsident des Justizministeriums übernahm. Außerdem war er ein Jahr lang, 1906-1907, Vizepräsident der Kammer. Sein ausgesprochener Antifaschismus hat ihm von jeher einen besonderen Haß der Reaktionsäre eingetragen. Aber sein vorbildliches Wesen, seine persönlich liebenswürdige Art haben es verhindert, daß dieser Haß sich in allzu großer Weise Luft machte. Seine, daß Doumergue zu den begabtesten der radikalsten Politiker gehört, so darf man doch von ihm sagen, daß er bisher den zuverlässigsten Radikalismus verkörperte. Ob das so bleiben wird, muß die nächste Zukunft beantworten.

Der Justizminister Dionbenou-Martin war im Ministerium Rouvier (1905) Unterrichtsminister.

Der neue Minister des Innern, Rene Renault, einer der bekanntesten Führer der „gemäßigten Radikalen“ hatte unter Caillaux Ministerpräsidentenschaft das Arbeitsministerium erhalten. Er ist der Bruder des parlamentarischen Redakteurs der „Humanité“, des Genossen Daniel Renault. Als entschuldeter und offener Feind Briand's und seiner zweideutigen Politik genießt er bei den Gruppen der Linken Sympathien, die ihm bisweilen noch einmal den Weg zur Präsidentschaft der Republik ebnet werden.

Der Marineminister Moutis, der unter Waldeck-Rousseau Justizminister war, hatte im Jahre 1911 nach dem Sturz Briand's die Bildung des Kabinetts übernommen, dessen plötzliches Ende durch einen Unglücksfall hervorgerufen wurde, der auf dem Flugplatz in Issy les Moulins dem Kriegsminister Berthelet das Leben kostete.

Vier Jahre läßt auch schon Rene Viviani, der neue Unterrichtsminister, das Handwerk aus: er gehörte früher zur sozialistischen Partei und ist einer der glänzendsten Köpfe der Kammer. Eingetragener Weise wird Briand und Millerand, so hat er sich doch niemals zu einem Feind der Arbeiterklasse erniedrigt, wie die beiden andern ehemaligen Sozialisten. In den letzten drei Jahren hat er in der Kammer nur sehr selten das Wort ergriffen. Im Sommer machte er mit den Sozialisten gegen die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit zu kämpfen. Seine Berufung ins Unterrichtsministerium hat insofern eine besondere Bedeutung, als die Gesetze zum Schutz der weltlichen Schule auf der Tagesordnung stehen, die er dann vor dem Parlament im Namen der Regierung zu verteidigen haben wird.

In dem Ministerium Doumergue sitzt noch ein anderer ehemaliger Sozialist, der Arbeitsminister Metin, der in seiner ersten Jugend sogar ein wilder Anarchist war, als Student zur Gruppe der „etudianten collectives revolutionnaires“ gehörte und sich erst nach einer Kasse um die Welt zum bürgerlichen Radikalen durchmarierte. Als Berichterstatter über den Gesandten zur Einführung der Altersversicherung der Arbeiter hervorgerufen.

Die wichtigste Persönlichkeit des neuen Kabinetts ist zweifellos der Finanzminister Caillaux, den einige Wähler den eigentlichen Ministerpräsidenten nennen. Caillaux, der jetzt fünfzig Jahre alt ist, war schon mehrere Male Minister — im Jahre 1911 bekanntlich auch Ministerpräsident. Seine Demission wurde damals im Senat bei der Beratung des deutsch-französischen Darlehenabkommens durch Poincaré herbeigeführt. Seine Kasse hat er kürzlich genommen; der Sturz Barthelet's ist seiner Rede, die er gegen die Steuererhöhung der Kasse hielt, mitzuberdenken. Als Vater des Einkommensteuerevents, der 1908 von der Kammer fast einstimmig angenommen wurde, hat er sich den Wohlwollen der Finanzwelt zugesichert, die jedoch zweifellos nicht der befähigste Finanzpolitiker des Parlaments ist. Die Übertragung des Finanzministeriums durch

Caillaux scheint darauf hinzuweisen, daß die Regierung entschlossen ist, das Ziel der Demokratisierung des französischen Steuersystems wieder unter die ersten Punkte ihres politischen Programms zu stellen.

Darüber man die Wut der gemäßigten und realenradikalen Wähler als Maßstab für die republikanisch-demokratische Güte eines Ministeriums betrachten, dann verdient das Kabinett Doumergue das Prädikat „Ultrademokratisch“. Ob die Radikalen, die rascher wieder aus Ruder gelangen, als sie es noch vor wenigen Tagen vermuteten, die Hoffnungen erfüllen, die auf sie gesetzt werden, ist eine Frage von deren praktischer Beantwortung die innere Politik Frankreichs in den nächsten Jahren abhängt.

Das Programm des neuen Ministeriums. In der französischen Kammer entwickelte der neue Ministerpräsident Doumergue gestern sein Programm. Er erklärte sich als Anhänger der allgemeinen progressiven Einkommensteuer und der Wahlreform. Das neue Wahlrecht werde loyal angewendet werden. Die Rede wurde von den Radikalen und Sozialisten beifällig aufgenommen. Die Kammer befürwortete dem neuen Ministerium mit 302 gegen 141 Stimmen ihr Vertrauen.

Abbruch der diplomatischen Beziehung zu Rußland beantragte die sozialdemokratische Fraktion im schweizerischen Nationalrat. Der Antrag wurde begründet mit der Mißhandlung der politischen Beziehungen und dem Rückschritt gegen die zweite Duna. Der Nationalrat lehnte den Antrag mit 63 gegen 16 Stimmen ab.

Ein Militärbefreiungsprozeß. Der Gerichtshof in Fiume hat heute im Militärbefreiungsprozeß den Chef der sächsischen Militärsektion, Blümler, zu vier Jahren Zuchthaus, 3000 Kronen Geldstrafe, Unversehrtheit und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 6 Jahren, seinen Militärdienst zurück auf drei Jahre Rekrut, 1500 Kronen Geldstrafe und 6 Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Staatsanwalt und die Verteidiger haben die Berufung angemeldet.

Vor dem Haager Schiedsgericht. England, Frankreich und Spanien werden vor dem Haager Schiedsgericht eine Streitfrage mit Portugal erörtern wegen der von Portugal bei Erklärung der Republik mit Verschlag gelegten Güter der Untertanen der klagenden Länder. Zum Vorsitzenden des Schiedsgerichts ist der frühere Staatssekretär der Vereinigten Staaten Eihu Root gewählt worden.

Neue bulgarische Vorbereitungen gegen Serbien. Aus Caribalanca (Neufeld) treffen vernünftige Berichte über bulgarische Vorbereitungen zu einem neuen Einfall in die serbischen Gebiete ein. Mehrere bulgarische Bataillone zu 20-30 Mann stark haben in der letzten Zeit Versuche gemacht, an verlassenen Orten die Grenze zu überschreiten, doch werden sie daran von den serbischen Grenztruppen verhindert. Ueber die bulgarischen Vorbereitungen jenseits der Grenze sind die serbischen Behörden genau unterrichtet. Die Bulgaren konzentrieren große Truppenkontingente an der Grenze. Die Konzentration der Truppen geht von der Dufschafstaramanika aus, von wo aus dann die einzelnen Truppen die Grenze entlang bis Caribalanca verteilt werden. Daraus folgen dann auch bedeutende Munitionstransporte, sowie auch Verbesseerung der Artillerie.

Angriff der mexikanischen Rebellen auf Tampico. Einer Depesche aus Mexiko zufolge wüthet seit Mittwoch nachmittags 6 Uhr ein erbitterter Kampf vor Tampico. In einem Telegramm aus Veracruz wird bestätigt, daß die Rebellen den Angriff auf Tampico begonnen haben. Nach einem bei der Hamburg-Amerika-Linie eingegangenen Telegramm hat der Dampfer „Kronprinzessin Cecilie“ nach Vereinbarung mit dem Kommandanten des Kreuzers „Bremen“ Flakliniae aus der von den Insurgenten angegriffenen Stadt Tampico aufgenommen.

Waffenbeschlagnahme in Irland. In Fleetwood, Belfast und anderen Hafensstädten Irlands, die im Passagier- und Güterverkehr mit Großbritannien stehen, wird von den Beamten die schärfste Kontrolle ausgeübt, um ein Einschmuggeln von verbotenen Waffen und Munition zu verhindern. In Fleetwood wurden gestern nicht weniger als 2000 Patronen aus Bremen, 2400 Mauserpatronen, 2500 andere Patronen und verschiedene Gewehre beschlagnahmt. Die Sendungen waren für verschiedene Adressen in Belfast und der Grafschaft Ulster bestimmt. Sobald die Untersuchungen beendet sind, wird über die konfiszierten Güter näheres bestimmt werden.

## Gewerkschaftliches.

### Stadt und Provinz.

#### Der fürsorgliche Vater Staat.

Wir stehen mitten in einer Zeit trauriger Erwerbsmöglichkeiten auch für die Privatangestellten. Da sollte man denn meinen, daß besonders die Staatsbetriebe den Verhältnissen Rechnung tragen würden. Aber weit gefehlt. Wie die Leiter dieser Betriebe ihre Aufgabe erfassen, zeigt folgende Anzeile in der „Ostdeutschen Bauzeitung“:

Beim hiesigen kgl. Hochbauamt bietet sich Gelegenheit zur Beschäftigung einiger junger Leute,

die sich dem Baufache widmen wollen und bestrebt sind, in den vorzunehmenden

Bureauarbeiten sich einige Kenntnisse anzueignen bzw. sich zu vervollkommen. Mäßige Monatsvergütung kann gewährt werden. Bewerbungen an das

Königliche Hochbauamt in Königsberg Nm.

Eine „mäßige Monatsvergütung“ — in den jungen Leuten also gewährt werden. Wie freundlich! Aber sagen sich die Leiter des Königsberger Hochbauamts denn nicht selbst, daß es beinahe gewissenlos ist, in diesen schweren Zeiten junge Leute fast oder gar ganz ohne Entschädigung zu beschäftigen, während alte, erfahrene Bureaubeamte, Familienväter und Steuerzahler auf der Straße liegen. Staatliche Betriebe sollten sich doch hüten, überflüssige Begehlinge anzubändigen.

### Deutsches Reich und Ausland.

#### Lehrer und Schüler im Dienste der christlichen Gewerkschaften und der Zentralpresse.

Der christliche Generalverleger ist an die Saarbergleute ein Flugblatt verteilen, in dem er versucht, die Schuld für die Verhältnisse im Knappbergbau von sich abzuwälzen. Seine Mitglieder schienen sich ansehend, das Schlichtungsamt zu verdrängen und seine Schlichter wollen sich unter den Saarbergleuten auch nicht mehr ruhig lassen. Es haben sie denn schon Kinder mit dem Verbreiten der Flugblätter beauftragt. An den Ausgängen der Grube „b. b. Seidt“ fanden dieser Tage drei Jungen im Alter von 10 bis 13 Jahren, mit schmerzhaften Wunden schwer bedeckt. Die Wunden haben die Kinder an den Händen und an den Füßen. Die Wunden sind tiefe Schürfwunden. Die Eltern sind aus Gutsbezirk. Der Vater hat sie geschlagen.

Recht belohnen der Vater 1,50 Mark. Schließlich behauptete der eine Junge noch, daß der Lehrer in Gutsbezirk alle Kinder auffische, die die Flugblätter und die „Saarpost“ verteilen wollten. Also nicht nur die christlichen Flugblätter, sondern auch die „Saarpost“, das Zentralorgan des Saarbergleuten, müssen die Schulknaben auf Geheiß ihres Lehrers verteilen.

Zu erwähnen ist noch, daß auch der Betriebsleiter von Grube „b. b. Seidt“ die Verteilung des christlichen Flugblattes beabsichtigt. Während dieser zwei Flugblattverleider des Bergarbeiterverbandes vertreiben wollte und mit Strafmandaten bedroht, ließ er die christlichen Flugblätter durch die Jungen unbeanstandet verbreiten.

Aber es hilft alles nichts. Wären die Besenbäume, Lehrer und Schulkinder noch so große Mäße geben, sie können den christlichen Streikbrüderverein nicht mehr reiten. Er hat im Saarberg ausgehört. „Recht!“ Sein Name ist nur noch hochgelächelt bei den Saarbergleuten aus.

#### Der „Bombenwurf“ der Streikenden.

Die von der biraerischen Presse feingehärtet ins Maßlose aufgebauete Tat des Schiffbauers Otto Wette, der während des Streikzeitraums im Frühjahr d. J. auf der Königsbrücke in Maandeburg Streikposten hand und bei der Gelegenheit am 2. April festhimerens eine Sprengpatrone auf den die Brücke passierenden Schlepddampfer „Maandeburg“ warf, war am Mittwoch Gegenstand der Verhandlung vor dem Schwurgericht Magdeburg. Die Strafkammer hatte sich bekanntlich vor einigen Wochen für unzuständig erklärt, weil der Angeklagte ihr verächtlich erschienen, sich gegen den § 6 des Sprengstoffgesetzes vergrängen zu haben, indem er vorläufig durch Anwendung von Sprengstoff Gefahr für das Eigentum, die Gesundheit oder das Leben eines anderen herbeigeführt habe.

Auf dieses Delikt lautete nimmere auch die Anklage vor dem Schwurgericht. Die Vernehmung brachte keinerlei neue Momente. Sie ergab, daß der Angeklagte die auf dem Krupp'schen Schießplatz bei Zangerhütte aufgeschaltete Kugel für eine harmlose Leuchtpatrone gehalten hatte. Nichts wurde für die Annahme vorgebracht, daß er sich um einen „schweren Streikvergehen“ gehandelt hat. Der Sachverständige, Oberleutnant a. D. Schütz, Vorsteher des Krupp'schen Schießplatzes, wurde wiederum, daß die Sprengpatrone durch nichts zu Detonation hätte gebracht werden können, ob man sie zerfäs, gegen die Wand schleubere, ins Feuer werfe oder sonst was mit ihr anstelle; nur in Verbindung mit einer Zündpatrone könne ihre Wirkung ausgelöst werden.

Dem Wahrspruch der Schwurjury gemäß erkannte das Gericht auf neun Monate Gefängnis, wobei es zwei Monate und 10 Tage der Untersuchungshaft anrechnete. So hart das Urteil auch sein mag, so gereht es doch das Verbrechen nicht die Auffassung von einem schweren Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz gehabt hat, denn dann hätte es auf eine viel höhere Strafe erkannt. So schrumpft aus dieser „unerhörte Terrorstrafe“ zum mindesten und es bleibt nicht viel mehr von ihm übrig als ein leichtsinniger und lächerlicher Dummerjungenstreich.

Gewerkschaftliche Arbeitslosenfürsorge. Der Vorstand des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, Paul Hesse, hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, allen Mitgliedern, welche schon vor Weihnachten und über die Feiertage hinaus arbeitslos sind oder ausgehen müssen, aber keine Unterstützung mehr erhalten, weil sie ausgesteuert sind, eine einmalige Weihnachtunterstützung zu gewähren. Die Unterstützungsgeluche sind bis spätestens den 22. Dezember schriftlich unter Beifügung des Mitgliedsbuches im Gewerkschaftshause, Zimmer 89 (Bureau), einzureichen. Später eingehende Gesuche werden nicht mehr berücksichtigt. Die Ortsverwaltung.

Deutschnationaler Arbeiterhaß. Unfähigkeit der Aufsichtsräte in den österreichischen Buchdruckereien haben die Organisationen der Kaufleute in Deutsch-Bohmen beschlossen, den ausgesetzten Buchdruckereiarbeitern keinen Kredit zu gewähren, sondern auf unbedingte Vorkasse zu bestehen. Dieser geführgeliche Beschluß dürfte wesentlich dazu beitragen, die Genossenschaftsbewegung des Proletariats zu fördern.

Passive Resistenz der Buchdrucker in Triest. Im Zusammenhang mit der Lohnbewegung der Buchdruckerpersonal in ganz Oesterreich ist auch in Triest in der Wehrzahl der Buchdrucker mit der passiven Resistenz begonnen worden.

Die Bewegung der spanischen Arsenalarbeiter. Die Lage im Streikgebiet von Ferral ist sehr besorgniserregend. Die Arbeiter sind der Hungerstnot ausgeliefert. Der Handel ist um Millionen geschädigt. Der Haß ist mit Wären angefüllt, die verrotten. Angesichts der Not ihrer Kameraden haben die englischen Arbeiter erklärt, mit ihnen gemeinsame Sache machen zu wollen.

Der polnische Seemannsstreit. Die Vereinigung der Seeleute in Danziden beschloß, die Forderung des freien Unterhalts aufzugeben, jedoch die Reduzierung des Unterhaltszuschusses von 5 auf 10 Gulden auf den Kopf und Monat und Wiederherstellung der früheren Arbeitsbedingungen zu bitten. Die Antwort der Reederei wird demnächst erwartet.

Der englische Generalpostmeister und seine Beamten. Der Generalpostmeister Samuel empfing wiederum eine Abordnung der Postbeamten, die eine Schwerkündigung von 15 Prozent forderte. Der Minister erklärte, die Regierung sei der Ansicht, die Löhne der Postbeamten seien ausreichend.

Von einem Zusammenstoß mit Streikenden Verletzte in Calumet (Michigan, Nordamerika) wurden ein Polizeibeamter getötet und zwei verwundet. Streikende saßen auf die Beamten geschossen haben.

## Parteiangelegenheiten.

Und der sozialdemokratischen Fraktion. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bestimmte als Redner zum Etat des Innern die Abgeordneten Schmidt-Berlin, Spiegel, Krätzig, Dr. Erdmann und R. Fischer-Berlin. In die deutsch-französische parlamentarische Verständigungskommission wird an Stelle des Besessenen Genossen Bernstein bestellt. In der medienburgischen Verfassungsfrage wird die Fraktion eine Intervention einbringen.

Zum Solinger Sozialistenkreis. Die Kreis-Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Solingen beschloß sich am Sonntag nachmittags im Besessenen Saale des Waldes Gewerkschaftshauses mit dem Auftrag der Untersuchungskommission, gegen die Führer des sozialistischen Industriearbeiterverbandes, Braun, Ern, Starb und Witte, wegen ihres parteischädigenden Verhaltens, das Ausschlußverfahren der Partei einzuleiten. Nach fundamentaler, oft sehr erregter Diskussion, in der die Angeklagten es ablehnten, sich zu verteidigen, dafür aber neue Angriffe schwerer Art gegen die Partei und einzelne Genossen erhoben, wurde ein Antrag bei einigen Stimmabgaben dem Antrag der Untersuchungskommission gemäß beschloßen. Mit der Entwertung dieser Beschlüsse dürfte nach langen Jahren endlich wieder ein geordnetes Parteileben im Kreis Solingen möglich sein. Auch gegen den Stadtverordneten Brüdenhaus (Sozialist) wurde die Einleitung des Ausschlußverfahrens gegen 16 Stimmen beschloßen. Brüdenhaus hatte Maßnahmen der Parteiverwaltung in entstellter Form in einem „Eingelassen“ des bürgerlichen Presse übermitteln. Der Ausschluß sein Mandat niederzulegen, ist Brüdenhaus nicht nachgekommen.

Die Reichstagswahl in Westfalen. Die Reichstagswahl in Westfalen am Sonntag den 10. Dezember. Die Wahlresultate sind wie folgt:

# Umsonst 4 praktische Weihnachts-Geschenke

erhalten Sie, wenn Sie Ihren Bedarf in Trikotonen, Wäsche, Krawatten, Socken, Strümpfe, Kleiderstoffen, Züchen, Inletts, Kostümröcken, Blusen, Damen- und Kinder-Üstern, Joppen, Arbeitshosen, blauen Rautlinger Anzügen, Strickwesten und Sweaters etc. bei uns decken.

Beim Einkauf **2** einen prachtvoll. Wandkalender von Mk. **2** — gratis. —

Beim Einkauf **4** einen schönen Christbaum von Mk. **4** — gratis. —

Beim Einkauf **6** einen grossen Weihnachts-Strietzel von Mk. **6** — gratis. —

Beim Einkauf **8** einen lebenden Karpfen von Mk. **8** — gratis. —

Alle von uns geführten Waren sind wie bekannt streng reell und billig und erhalten Sie trotz der Geschenke die üblichen Rabattmarken

**Wilhelm Langer,**  
Gräbschener Strasse 18.

**Ad. Hohmuths Nfg.,**  
Friedrich-Wilhelm-Strasse 95.

Für die betreffenden Geschenke geben wir Gutscheine aus, welche kurz vor dem Feste in unseren Geschäften eingelöst werden.

Filialen in den grössten Städten Deutschlands.

Reuschestrasse 2  
am Bücherplatz.

# Schuhhaus Neptun

Reuschestrasse 2  
am Bücherplatz.

Filialen in den grössten Städten Deutschlands.



## Neu eröffnet!

### Einheits-Preis

Für Damen- u. Herren-Stiefel  
in schwarz, braun und Lackleder.

### Berg-Stiefel und Promenaden-Schuhe

Jedes Paar ohne Ausnahme



## Neu eröffnet!

Ich bringe nur eleganteste, neueste Formen  
und übernehme für jedes Paar volle Garantie

In dieser Preislage bringe ich etwas  
: Ueberraschendes :

Ein Blick in die Schaufenster sagt  
: Ihnen alles :

Jedes Paar ohne Ausnahme

## Nur Gutes!

11069 umh  
ein Schwein gratis  
beim Einkauf von 50 Pf.  
1 Pfd. Schokolade 65 Pf. gut  
1 Pfd. 75 Pf. fein  
1 Pfd. 100 Pf. hochf.  
1 Pfd. 120 Pf. bittere

Spezialität:  
**Sahnen-Konfekte**  
**Christbaum-Behang**

1/2 Pfd. 10 Pf. mittel  
1/4 Pfd. 15 Pf. gut  
1/4 Pfd. 20 Pf. fein  
1/4 Pfd. 25 Pf. hochf.  
1/4 Pfd. 30 Pf. extrafein

Fleischbraten u. Fleisch  
v. 60 Pf. an b. 300 Mk.  
Rezept ist bei mir angeheftet.

**Will Garcke**  
Nikolaistraße 64.

## Hut-Hanke

Inh.: Joh. Tesserer  
7854

### Hüte Mützen

Lieferant d. Nassau- u. Sparvereins, Verwirts.  
Friedrich-Wilhelmstr. 23

### Der Musikkenner

kauft am besten u. billigsten  
bar oder auf Teilzahlung  
nur im **Musikhaus**  
**Max Melzer**

BRESLAU 6, Friedrich-Wilhelmstr. Nr. 34.  
Verzögliche Sprechapparate,  
Wiener Akkordeons, Zithern,  
Mandolinen etc. 1042

Grösste Auswahl in neuesten  
la doppelseitig. Schallplatten  
von 50 Pf. an, 1.50, 2.—,  
3 Mk.  
Für 3 alte  
tauche  
zweites  
Platte!



### ff. Tuche

reinwollene  
Anzug- und Paletot-Stoffe

zu **Spottpreisen**  
Kein Laden — nur 1. Etage  
**Kreuzburgerstr. 25**  
empfeht B. Schneider. 11445

### Fleischwaren!

Rüchterspeck à Pfd. 80 Pf.  
Zwisch-Fleisch 90  
Prima Ball-Schinken  
2. Klasse à Pfd. 1.20

Stetliche anderen Fleisch  
waren zu Tagespreisen.  
**Emil Hellmann**  
Sauerbrunnstr. 13  
Nähe d. Lind. Markt.

## Billiger Pelzwarenverkauf!

Empfehle mein reich sortiertes Lager in  
Shawls, Stoles und Muffen sowie Bindergarnituren  
in bekannt guter Ausführung und ganz besonders billigen Preisen.  
Reparaturen prompt und billig in eigener Werkstatt.  
Am Friedr.-Wilhelmstr. 12, am Marktplat.  
Inhaber: A. Blut. 11062

### Ulster, Paletots Wetter - Mäntel

: Anzüge :  
Jünglings- und Knaben-  
: Garderobe :  
in nur reellen Qualitäten  
zu billigsten Preisen. 11432

### Eduard Freund

52 Reusche-Strasse 52

**Brieger's Herren-Modebazar, Albrechtsstr. 52**  
Herren-Wäsche, Krawatten, Trikotonen und Hüte  
gibt auf die bekannt billigen Preise noch 9766  
**grüne Rabattmarken.**

**Haus- u. Küchengeräte sowie kompl.  
Einrichtungen, Werkzeuge für Maurer,  
Zimmerer und Tischler**  
kaufen Sie reell und billig bei  
**Paul Hauschild jr.,**  
Eisenwarenhandlung,  
103 Friedrich-Wilhelmstrasse 103. 9784

### Zum Weihnachtsfeste!

Gute, billige Uhren  
unter Garantie.

**Gold- und Silber-Waren**  
Silb. Herren- u. Damen-Uhren von 7 Mk. an  
Goldene Damen-Uhren " 12 " "  
Goldene Herren-Uhren " 24 " "  
Reparaturen, Wanduhren und Wecker billigst.  
Trauringe in verschiedenem Gold schon von 6 Mk. an  
Groschen, Ohrringe, Armbänder usw.  
Ketten für Herren und Damen äußerst haltbar.  
Reparaturen werden sauber und billig ausgeführt.

**R. Leitloff, Uhrmacher,**  
Nikolaistraße 41, am Königsplatz. 10769

## Schultaschen

aus Kibiber, Handarbeit 4.50 Mk.  
Kleiderne Markttaschen 3 Mk.  
Leinwandtaschen, Federträger, Hand-  
taschen etc. empfiehlt 10849  
**Paul Franke, Gartenstr. 48.**

**Reell!  
Gut!  
Billig!**

kaufen Sie  
**Uhren und  
Goldwaren**

**Goldene Trauringe**  
besonders preiswert, nach  
Gewicht. 11448

**Herold Rosenthal**  
Uhrmachermeister  
Am Schinkelstrasse 5  
an der Gärtenstrasse

## Moderne Sprechapparate

mit und ohne Trichter  
in allen Preislagen, von 12 Mk. an.

**Grammophon- und Zonophon-Platten**  
in jeder Preislage, von 1,25 Mk. an

**Die neuesten Schlager!**  
Reise um die Erde in 40 Tagen :: Hochherrschaffliche  
Wohnungen :: Farmmädchen :: Tangoprinzessin  
Wie einst im Mai :: Tango :: One-Step

Ferner unterhalte bestsortiertes Lager in 11472  
**Karlope-, Beka-, Favorite-, Parlophon-Platten**  
Gelegenheitskauf! Ein grosser Posten doppelseitige Platten verkaufe, um baldigst  
damit zu räumen a 75 Pfg.

**Bernh. Wedler, Gartenstrasse 89**  
Fabrik Kl.-Tschansoh. 1 Minute v. Hauptbahnhof.  
Achten Sie genau a. Nr. 89.

**PAUL KAISER**  
Klosterstrasse 68  
Gegenüber der Lützowstr.



Schlesische Zonophon-Centrale  
G. m. b. H.  
Bücherplatz 20, Ecke Ring,  
Gartenstrasse 89.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 12. Dezember.

### Die Frauen und die Krankenkassenwahlen.

Der nächste Frauenabend des sozialdemokratischen Vereins besteht diesmal nur aus einer Versammlung für alle Stadtteile, die Montag, den 15. Dezember, im Gewerkschaftslocale abgehalten wird.

Dieser Frauenabend soll allen weiblichen Mitgliedern Gelegenheit bieten, einen Vortrag des Genossen Alfred Pfeiffer anzuhören über die überaus wichtige Frage: „Welche Arbeiten sind bei der bevorstehenden Wahl zur allgemeinen Ortskrankenkasse von unseren Frauen zu verrichten?“ Wir bitten die weiblichen Mitglieder, sich diesen Abend freizuhalten und den Frauenabend zu besuchen.

### Stadtverordneten-Versammlung.

Den Löwenanteil der gestrigen Sitzung verschlang eine eigentümlich garnicht auf der Tagesordnung stehende Angelegenheit, der Streit zwischen den Krankenkassen und den Ärzten. Ein einfacher Antrag des Magistrats, der städtischen Krankenkasse einen Zuschuß zu geben, damit sie ihre Verpflichtungen erfüllen kann, der also streng genommen mit der aktuellen Frage nichts zu tun hat, wurde zum Anlaß genommen, in großer Debatte den Arztstreit zu behandeln. Die Ärzte, die sich durch eine völlig falsche Kalkulation der Ausschüsse ihres Kampfes und eine ebenso falsche Beurteilung der Regierungs- und Versicherungsbehörden in eine für sie höchst unangenehme Situation gebracht haben, zeigten auch hier das Bedürfnis, ihre Sache vor einem weiteren Forum zu verteidigen, und hatten Herrn Stadtverordneten Dr. Reich mit der Mitade beauftragt. Man muß es ihm zugestehen, daß er die Sache seiner Kollegen mit Ernst und Sachlichkeit behandelte und den aggressiven Charakter früherer Reden mit einem mehr sentimentalen Einschlag versehen hatte. Ohne eine Erklärung von der anderen Seite mußte es für den Uneingeweihten so aussehen, als wäre den Ärzten tatsächlich nur unrecht geschehen. Dieses Bild änderte sich allerdings ganz erheblich, als die drei folgenden Redner gesprochen hatten, Stadtverordneter Genosse Zimmer, Stadtrat Preischer und Magistratsassessor Gortlik. Stadtverordneter Zimmer konnte an der Hand der unendlich belegten Vorgänge in der eigenen Klasse, der kaufmännischen, darlegen, daß von dieser Seite alle Versuche gemacht worden sind, das alte, friedliche Verhältnis mit den Ärzten fortzusetzen, und daß die Ärzte selbst den neu vereinbarten Bedingungen auch mit 21 gegen 5 Stimmen zugestimmt hatten. Dann wurden sie, meist gegen ihren Willen, von den Leipziger Verbänden an der Unterzeichnung der Verträge gehindert, die sie selbst abgeschlossen hatten, und damit wurde der Kriegszustand erklärt. Gatten diese Mitteilungen schon ein sonderbares Licht auf die Friedensliebe der Ärzte geworfen — deren sachliche Forderungen wie durchaus nicht in Sauisch und Bogen vorwerfen —, so brachten die amtlichen Mitteilungen der Magistrats-Verleiter geradezu erschütterndes Material für die überhebende Art, mit der die Ärzte ihre Verhandlungen aller Zustände gegenüber führten. Danach haben auch die Aufsichtsbekörden und die Vertreter der städtischen Klassen sich fast bitterlich gegen die Ärzte genommen, um den Frieden zu erhalten, zu dem die Klassen die Hand geboten hatten; auch sie schienen immer wieder ab. Den Gesamteindruck dieser Tatsachen konnten auch die folgenden Redner, Stadtverordneter Genosse Landberg und Dr. Gortlik, nicht abschwächen, so sehr sie auch Wichtigstellungen in Einzelheiten der Verhandlungen vorbrachten. Genosse Landberg hatte von der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion die Zustimmung erhalten, seine von den meisten übrigen Genossen abweichende Ansicht über den Streit ebenso wie die Vorstände der Krankenkassen vertreten zu können, da es sich hier um keine Parteifrage handelte, sondern die Meinungen in allen Lagern, auch im untreuen, geteilt sind. Obwohl nun der Zufall der Wortmeldungen es so fügte, daß die Argumente des sozialdemokratischen Krankenkassenvertreeters Zimmer von den Argumenten des sozialdemokratischen Arztes Landberg widerlegt werden sollten, wurde die Debatte ohne jede Schärfe, mit vorbildlicher Sachlichkeit, ja Vornehmheit geführt, was auch die ganze bürgerliche Presse anerkennen muß. Trotzdem müssen wir bekennen, daß wir uns nach einer Wiederholung solcher Situationen, wo ein Genosse im Angesicht der Gegner gegen den anderen polemisiert, nicht wünschen, sondern derselben in Zukunft vermeiden sehen möchten. Ehe Stadtverordneter Landberg zu Wort kam, hatte Herr Bujalowski in seiner bekannten plumpen Weise versucht, die Sache aufs parteipolitische Gebiet zu schieben und sich den Ärzten als unerwünschter Anwalt aufzubringen. Daß er mit seinen, jeder Sachkunde hohen Überhebungen die Sache der Ärzte nur kompromittieren könnte, wurde ihm sofort vom Genossen Landberg kühn entgegengehalten. Oberbürgermeister Matting nahm den Magistrat gegen den von Bujalowski erhobenen Vorwurf in Schutz, partiell zu Gunsten der Klassen eingegriffen zu haben. Magistrat und Aufsichtsbekörden haben nur über Einhaltung der Besetze zu wachen, und auf dem Boden der Besetze hielten sich diesmal die Klassen. Noch standen acht Redner auf der Liste, als die Vertagung der Beratung auf die nächste Sitzung beschlossen wurde.

Vorangegangen war der Ärztebedatte eine Aussprache über die Einführung des Dringlichkeits bei den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken. Wie bei den Steuern soll in Zukunft der Betrag der Rechnungen nicht mehr durch Erheber abgeholt werden, sondern durch einen Postboten auf allen Postanstalten eingezahlt werden. Da aber

über das System noch viele Unklarheiten und große Meinungsverschiedenheiten herrschten, ging die Vorlage noch einmal an den Finanzausschuß zurück.

### Ärzte und Krankenkassen.

Ueber einen Antrag des Magistrats an die Betriebskrankenkasse für die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke einen Zuschuß von 3000 Mark zu geben, unter der Bedingung, daß sich die Klasse mit Ablauf des Jahres 1914 der zweiten Betriebskrankenkasse anschließen, berichtet Stadtk. Meißner (lib.). Er empfiehlt, den Zuschuß zu bewilligen, es aber abzulehnen, irgend einen Druck auf die Klasse auszuüben, ob oder an welche Klasse sie sich anschließen wolle.

Es ist ein Antrag von 30 Stadtverordneten eingegangen, den Magistrat zu ersuchen, in den städtischen Krankenhäusern eine 26 wöchige Dienstboten-Versicherung einzurichten.

Stadtk. Meißner (lib.) wünscht, daß nicht über diesen Antrag verhandelt wird, Stadtk. Hamburger (lib.) ist dafür.

Die Versammlung beschließt, über diesen Antrag zu verhandeln.

### Stadtk. Dr. Reich (lib.):

Die Vorlage ist ausreichend begründet und ich wollte hier nur fragen, wie sich die ärztliche Versorgung der Mitglieder stellen wird, wenn am 1. Januar der Kampf zwischen Ärzten und Krankenkassen in ganz Deutschland ausbricht, der in Breslau am heftigsten entbrennen wird. Durch die Reichsversicherungsordnung wird die Zahl der Versicherten stark vermehrt, indem heute bis zu 2500 Mr. statt bisher 2000 Mr. Einkommen versicherungspflichtig sind und weite Schichten der Bevölkerung neu unterstellt werden. Dazu kommt die große Zahl der freiwillig Versicherten, und selbst Familienangehörige von Beitragsbesitzern werden den Klassen angehören. Zwei Drittel der Bevölkerung werden versicherungspflichtig und nur noch ein Drittel verbleibt den nichtangehörigen Ärzten. Dieses Drittel aber ist es nicht möglich, daß die Ärzte die Massennachglieder wie bisher weiter behandeln, die Not zwingt sie vielmehr, die freie Arztwahl und eine Erhöhung der Honorare zu fordern. Die Verhandlungen von Organisation zu Organisation sind gescheitert. Es ist auch nicht richtig, daß die Krankenkassennachglieder der ersten Klasse zum gleichen Honorar behandelt werden wie die übrigen. In Breslau haben sich die Krankenkassen mit 130 000 Mitgliedern zusammengesetzt, um einen Ausweg zu suchen, indem sie mit neuen Ärzten in Verbindung treten. Sie haben sich an 60 oder 61 Ärzte gewandt. Diese würden bei jenen Mitgliedern etwa 45 bis 50 Leistungen am Tage zu vollbringen haben. Dabei aber müßten sie körperlich und geistlich zusammenbrechen. Das werden sie nicht, es wird vielmehr eine Massenarbeit plangreifen, die eine große Gefahr für die Bevölkerung werden wird. Angehängt ist, daß die Ärzte, die ihren Kollegen in diesem schweren Kampfe in den Rücken fallen, die das tun, was sonst in den Arbeiterkreisen am häufigsten verurteilt wird, hier wegen ihres Tuns noch Anerkennung finden. Die Not zwingt sie nicht zu diesem unsozialistischen Verhalten, denn wenn es die Not wäre, dann müßten sich nicht 60, sondern tausende gemeldet haben. Es sind hier Verträge mit Ärzten abgeschlossen worden, die unter Kontraktbruch von Köln weggehen. Der zweite Breslauer Krankenkassenverband hat die freie Arztwahl eingeführt, und sie hat sich gut bewährt. Ich habe das alles hier vorgebracht, obwohl es eigentlich nicht zur Vorlage gehört (Zuruf: Sehr richtig!), aber die Bürgerstadt hat ein Recht zu erfahren, wie es um den Arztstand bestellt ist, der immer für das Wohl der Bevölkerung eingetreten ist.

### Stadtk. Zimmer (Soz.):

Der Berichterstatter hat schon mit Recht darauf hingewiesen, daß den Krankenkassen das Recht der Selbstverwaltung nicht beschritten werden darf und wir keinen Druck auf die Klassen ausüben dürfen, wo sie sich anschließen wollen. Vor allem haben darüber doch die Versicherten ein Wort mitzureden, die 2/3 der Beiträge zahlen, während die Stadt doch nur 1/3 der Beiträge zahlt. Sonderbar berührt es, daß die Stadtverordnetenversammlung in Anspruch genommen wird, um zugunsten der Ärzte Stellung zu nehmen, die den Kampf schon seit Monaten vorbereitet haben. Verwahrung aber muß ich besonders dagegen einlegen, daß die Klassen die Schuld an dem Streite trifft. Selbstgestiftet muß werden, daß Ärzte, die zwanzig Jahre und länger den Klassen dienen, die mit ihrem Verhältnis zufrieden waren die auch nie Streit mit den Verbänden gehabt haben, wider ihren Willen mit in den Kampf hineingezogen werden. Bei der kaufmännischen Klasse bestand der angebliche „Terroismus“ des Vorstandes darin, daß die Wünsche der Ärzte restlos bewilligt wurden, sobald bei diesen selbst die Meinung vorhanden war, es komme hier ein Mustervertrag zustande, wie man ihn nur überall wünschen könnte. Der Vorstand hat darauf an den ersten Verband geschriebe, um den gleichen Vertrag allgemein einzuführen. Wenige Stunden vor der einberufenen Sitzung erließen aber alle Ärzte von ihrem Vorstehenden ein Schreiben, daß sie dieser Sitzung fernbleiben sollten, und tatsächlich sind sie dann auch alle nicht erschienen. Die Ärzte der kaufmännischen Klasse haben dem neuen Verträge mit 21 gegen 5 Stimmen zugestimmt und noch weitere Wünsche der Ärzte würden dabei mit erfüllt. Hier stehen lang war es dann den Ärzten nicht möglich, ihre Unterschrift zu geben; sie sagten, sie seien zu stark beschäftigt. Da sagte sich doch der Vorstand, daß nun Schluß gemacht werden müsse. Es wurde verlangt, daß die Ärzte bis zum folgenden Tage Mittag die Unterschrift zu leisten hätten, und da dies nicht geschah, ergingen die Inzerate um neue Ärzte. Es war nicht des Vorstandes, so zu handeln, denn er konnte die Mitglieder nicht der Gefahr aussetzen, daß sie am 1. Januar ohne Ärzte wären. Trotz der Inzerate hat der Vorstand weiter zu verhandeln versucht, und es ist auch falsch, daß man nicht mit der Organisation der Ärzte verhandeln wollte. Im Gegenteil, es ist mit deren Kommission verhandelt worden. Auf die geforderte Gruppierung der Mitglieder nach Klassen konnten sich die Klassen nicht einlassen. Ein sozialer Grundsatz ist, daß die starken Schultern auch etwas von dem Lasten der Schwächeren mit tragen sollen. Zudem haben die Klassen eine sehr große Zahl von Lehrlingen als Mitglieder, die nur sehr geringe Beiträge zahlen. Die Forderungen des Leipziger Vertrags sind zu bewilligen, wäre nur bei einer erheblichen Beitragszahlung möglich gewesen. Ganz abgesehen aber davon, daß wir eine solche den Mitgliedern bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage nicht zumuten können, bedarf es auch der besonderen Zustimmung der Arbeitgeber um die Beiträge über 4 1/2 % hinaus zu erhöhen, und diese Zustimmung wäre auch nicht erfolgt. Wenn auf die gewaltige Leistungen verwiesen wird, die die neuangestellten Ärzte zu vollbringen haben werden, so muß doch gesagt werden, daß auch heute schon manche Ärzte über 100 Kranke am Tage haben und in Leipzig, unter der freien Arztwahl, bringen es manche Ärzte sogar auf 200 Kranke an einem Tage. Nach der Statistik der kaufmännischen Klasse hatten die Ärzte im vorigen Jahre pro Quartal 3066 Hausbesuche auszuführen und 34 412 Kranke wurden in der Sprechstunde abgefragt. Wenn man bedenkt, daß viele Leistungen in der Sprechstunde nur in einer Unterschrift zur Erneuerung des Rezepts bestehen, so ist ein Durchschnittshonorar von 60 Pfennigen für jede Leistung durchaus nicht zu niedrig. In den Vorständen herrscht über die Forderungen des Arztverbandes nur eine Meinung. Unternehmer und Arbeiter, Mitglieder aller Parteien halten sie als unerschütterlich. Sogar der Direktor der Truppenwerke steht auf dem Standpunkt der Sozialdemokraten (Stadtk. Meißner in dieser Beziehung ja.) Die Not der Klassen hat eben alle zusammengeführt.

Auf die guten Erfahrungen des zweiten Ortskrankenkassenverbandes mit der freien Arztwahl hätte Herr Reich lieber nicht

verweisen sollen. Die Klasse, die diesem Verbands angehört, erhebt fünf Prozent Beiträge, gewährt nur die Mindestleistungen, hat keine Familienbehandlung und muß jetzt zwingend weise aufgehoben werden. Herr Reich hat mit seinen Ausführungen gezeigt, daß er nicht weiß, wieviel Ärzte den Klassen bereits an Versorgung leisten. Ich will es ihm auch nicht sagen. (Stadtk. Reich: Na!) Ach, ich kann es Ihnen auch sagen. Schon vor zwei Tagen haben 63 Ärzte unterschrieben und doppel soviel haben sich gemeldet. Daß die materielle Lage der Klassen nicht so rosig ist, wie es von den Ärzten hingestellt wird, geht daraus hervor, daß der doch verhältnismäßig gut gestellten kaufmännischen Klasse 260 000 Mark zum Reserfonds fehlen.

Wir sind zu Verhandlungen jederzeit bereit gewesen. Es ist uns nicht gleichgültig, mit Ärzten zu brechen, mit denen wir stets im besten Einvernehmen gelebt haben und von einem Wächterlaß schon gar keine Rede sein. Aber wir können die Klassen nicht einfach dem Leipziger Verbande und dem blinden Zufall überlassen. Wir müssen die Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang bringen. Wir können nicht die Leistungen der Klassen herabsetzen oder das Genußheim verkaufen, wie ein Herr empfohlen hat. Warten Sie ab, was nach dem ersten Januar kommt. Es werden sich dann auch noch Breslauer Ärzte melden. Dem Antrage des Magistrats stimmen wir zu, natürlich aber nicht dem Antrage, irgend einen Druck auf die Betriebsklasse auszuüben. (Beifall.)

### Stadtrat Preischer:

Ich muß erklären, daß es dem Magistrat fern gelegen hat, jemals einen unzulässigen Druck auf die Krankenkassen auszuüben. Die Tendenz der Ärzte enthält Unrichtigkeiten, die geeignet sind, das Vertrauen zum Versicherungsamt und Ober-Versicherungsamt zu erschüttern. Im September mußten wir zum erstenmal über die ärztliche Versorgung beraten. Eine Besprechung der Klassen mit den Ärzten berief aber in einer Versammlung ergebnislos. Darauf erklärten die Vorstände, daß sie mit der Kommission der Ärzte nicht verhandeln. Hierbei muß erwähnt werden, daß die Klassen bisher nur mit den einzelnen Ärzten verhandelt haben, wie es auch in den städtischen Klassen immer geschehen ist. Am 21. Oktober kam zwischen den Ärzten und den Vorständen der beiden städtischen Betriebsklassen eine Einigung zustande. In der Tendenz der Ärzte heißt es nun, man bedauert, auch mit den städtischen Klassen keine Verträge abschließen zu können; nach dem 26. Oktober wäre das nicht mehr möglich gewesen. (Zuruf, hört!) Ich überlasse es der Versammlung selbst, über das Verhalten der Ärzte zu entscheiden. Der Magistrat hat geglaubt, daß es nicht seine Aufgabe ist, in dem Kampfe zwischen Ärzten und Klassen Partei zu ergreifen, sondern zu vermitteln und auf die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften zu halten. Der Magistrat hat auch den Klassen nicht empfohlen, sich dem einen oder anderen Verbande anzuschließen. Gewiß, die Ärzte der städtischen Klassen sind in einer schlimmen Lage, sie sind 20 Jahre bei uns und werden drohend durch den Beschluß des Leipziger Verbandes. Der Magistrat hat nach wie vor nicht die Pflicht, zu Gunsten einer Partei einzugreifen. Eine Stellungnahme, wie sie Stadtk. Reich angeregt hat, ist soweit der Magistrat in Frage kommt, nicht zu erwarten.

### Magistrats-Assessor Dr. Gortlik:

Das Versicherungsamt war stets der Ansicht, wenn es irgend möglich ist, sollten die alten Ärzte den Klassen erhalten bleiben. Ich war alle zehn Tage bei Herrn Sanitätsrat Kamm, aber immer sagte er, ach die auswärtigen Ärzte kommen nicht, wir verlassen uns auf unsere Zentrale. Das Versicherungsamt wollte vermitteln, aber Herr Sanitätsrat Dr. Kamm gab mir nie Gelegenheit zur Vermittlung, die ich auch bei den städtischen Klassen haben wollte. Ich habe immer betont, berücksichtigen Sie, daß die Klassen das Bezirksarztsystem haben, wodurch den Ärzten dann die Klassen verloren gehen. Ich habe darum gebeten, in Leipzig zu erklären, wie eigenartig hier die Verhältnisse liegen, daß bis auf die Unterschrift alles einig war; aber trotzdem ist das gewünschte Ziel nicht erreicht worden. Nun heißt es in der Tendenz, die ärztliche Versorgung wird nicht genügen. Nun das Ober-Versicherungsamt hat eingegriffen, wenn nicht genügend Ärzte vorhanden sind. Wir sind 63 Ärzte betriebsverträge vorgelegt worden. Die 1000 Leute, die jetzt von Kaiser-Ärzten behandelt wurden sind von solchen Ärzten behandelt worden, die nebenbei noch Privatpraxis hatten. Die neu angestellten Ärzte sind aber nur Kassenzurzte. In den Kliniken Hofmann-Werken haben bisher fünf Ärzte mehr als 7000 Kassennachglieder und 24 000 Angehörige behandelt. Ich vermute also nicht, daß die 63 Ärzte nicht genügen. Nach den Musterverträgen der Ärzte müßten 780 000 Mark an die Ärzte gezahlt werden, also erheblich mehr als nach den Verträgen mit den auswärtigen Ärzten. Nun wird gesagt, daß diese Verträge rechtsungültig seien, weil sie nicht vom Versicherungsamt abgeschlossen. Das trifft aber nur zu auf neu gegründete Klassen nicht auf alte oder ausgestaltete Klassen. Das Versicherungsamt hat den Klassen den Rat gegeben, möglichst auf Auswahl unter den Ärzten zu halten. Herr Sanitätsrat Dr. Kamm meinte darauf, wir hätten einen solchen Rat nicht geben sollen. (Zuruf, hört!) Im Augen der Ärzte liegt es, daß die Verhältnisse am 1. Januar recht ungeordnet sind. (Zuruf, hört!) Nun ist der Antrag gestellt worden, das Krankenabonnement in den städtischen Krankenhäusern auf 26 Wochen einzuführen. Ich bin dafür mit Rücksicht darauf, daß die königlichen Kliniken ebenfalls ein solches Abonnement eingrichtet haben.

Stadtk. Bujalowski (Konf.): Die Stellung des Magistrats den Ärzten gegenüber ist nach den Darlegungen seines Vertreters nicht freundlich, die des Versicherungsamts aber un-freundlich. Die ganze Bewegung ist rein sozialistisch mit der Absicht, die Ärzte, diesen freien Stand, unter das sozialistische Joch zu beugen. (Widerpruch bei den Soz.) Der Versuch eines ganzen Standes, selbständig zu bleiben und sich nicht unterdrücken zu lassen, darf nicht unterdrückt werden. Deshalb betrachte ich die Ausführungen des Herrn Magistrats-Assessors direkt als ein Unglück. Wie bezeichnen Sie denn die Leute, die Ihnen das Ehrenwort gegeben haben. (Zuruf: Sie schämen ja sonst die Arbeitwilligen.) Wenn Frumingsmeister so kurz-sichtig sind, auch gegen die Ärzte zu gehen, so werden sie das noch bereuen.

### Stadtk. Landberg (Soz.):

Leider muß ich mich hier zunächst gegen Herrn Bujalowski wenden, obwohl er für die Ärzte eingetreten ist, denn die Art, wie er es getan, ist geeignet, die gute Sache der Ärzte zu schädigen. Dem Kampfe fehlt jedoch das parteipolitische Hintergrund. Das sehen Sie aus einem Vergleich zwischen meinem Standpunkt und dem meines Freundes Zimmer. Andererseits sehen wir, daß Ärzte aller politischen Richtungen, Sozialdemokraten, Liberale und Zentrumsleute zumammengelaufen. Ich habe keinen Augenblick geglaubt, in dieser Frage für meine politische Partei zu ergreifen. Der Kampf ist in ganz Deutschland entbrannt, um den Breslauer Ärzten zu helfen. Daß man die am 1. Januar hier zustehenden Ärzte durch Ehrenwort besonders verpflichtet hat, spricht nicht von besonderem Vertrauen zu diesen Ehrenwort. Das Jahr wurde der Leipziger Verband geschlossen, weil er das Ehrenwort seiner Mitglieder wahrnahm, und jetzt tut man auf der anderen Seite dasselbe. Ich möchte meinen Genossen Zimmer nur fragen, ob es das große oder das kleine Ehrenwort gewesen ist, das man den Ärzten abgenommen hat. (Zuruf: Es ist das große Ehrenwort.) Bedenken Sie Ihren Berufswahl in den Rücken fallen, sollte man doch kein Ehrenwort abzugeben. (Zuruf:)

Finanzielle Belastung von fünf Mark pro Mitglied und Jahr ist nicht zu hoch. Im nächsten Jahre wird sicherlich eine große Anzahl von Abgaben geschnitten. Andere werden zusammengefasst, es besteht aber die Veranschlagung, 60.000 Mark für die Streikkräfte auszubringen. Herr Richter ist für die Selbstverwaltung der Kassen eingetreten. Auch ich bin für die Selbstverwaltung, aber ist es denn Selbstverwaltung, wenn ein Vorstand, der sein Amt niederlegt, vorher noch die Kasse auf zehn Jahre verpflichtet? Von meinem Kollegen Zimmer muss ich behaupten, dass er immer dieselben Gründe vorbringt, die durch ihren Bestand durchaus nichts gewonnen haben. Es trifft nicht zu, dass die Ärzte den Generalkonvent seit Jahren vorbereitet haben. Der hiesige Generalkonvent hat die allgemeine Forderung beschlossen, weil durch die neue Reichsversicherungsordnung ganz neue Verhältnisse geschaffen wurden, die sich gänzlich voraussetzen ließen. Ich bestimme Kollegen Zimmer gern, dass bei seiner Klasse gute Verhältnisse bestehen, wie ich selbst weiß; aber als gewerkschaftlich organisierter Arbeiter weiß er auch, dass in manchen Industriebetrieben gute Verhältnisse bestehen. Trotzdem nehmen die Gewerkschaften mit Recht auch die Arbeiter dieser Betriebe für sich in Anspruch. Ein Fehler ist von der Verzögerung infolgedessen gemacht worden, als ihre Forderungen vor der Kongressversammlung zu spät an die Vorstände übergeben wurden. Aber das konnte gut gemacht werden, denn wir sagten uns, wir treffen uns ja wieder. Zu Verhandlungen waren die Ärzte nach wie vor bereit; die Antwort war jedoch die fünfständige Frist und die Annuncio in den Zeitungen. Die Organisation der Ärzte ist nicht so behandelt worden, wie es sein sollte. Es ist behauptet, dass gewerkschaftlich organisierte Arbeiter der Organisation der Ärzte nicht die Ehre entgegenbrachten, die ihr gebührt. Die Ärzte haben vom ersten Augenblick an gesagt, dass Honorar keine Rolle spielt. Auch über die Gruppenbildung hätte eine Einigung hergestellt werden können; aber was erreicht werden musste, war, dass die Organisation zu Organisation verhandelt und Verträge von Organisation zu Organisation abgeschlossen wurden. Ich habe mich in der Einsicht der Breslauer Vorstände getäuscht. Mangelhaft sind auch die Besondere-Einrichtungen der Kassen. Zuletzt entscheidet immer der Vorstand über die Beschwerte der Ärzte. Es ist richtig, bisher hat das noch zu keinen besonderen Unzufriedenheiten geführt. Genosse Zimmer steht jetzt vor der Neuwahl, von der man immer nicht wissen kann, wie sie ausfällt. Ich als politischer radikaler Arzt würde nicht Lust haben, etwa einen ultramontanen Vorstand über mich erteilen zu lassen. (Stadt v. Hirschel ruf: Umgekehrt ist es das selbe!) Wir stehen heute so weit, dass jeder mit von seinen Gleichen gerichtet sein will. Genosse Zimmer hat sich über die freie Arztwahl mitleidig geäußert. Wenn sich bei freier Arztwahl die Kranken zu einem Arzt drängen, ist das aber etwas anderes, als wenn dies gezwungen geschieht. Der Zwang ist vom Uebel. Dann hat Genosse Zimmer auf die Materie verwiesen. Hier liegen aber die Verhältnisse besonders ungünstig. Wir haben ein Saftgewerbe vor uns. Die Angehörigen der Klasse sind zum großen Teil schlecht bezahlt, schlecht ernährt, und dazu tritt oft die Bleibergiftung. Zahlreiche andere Klassen blühen bei der freien Arztwahl. Genosse Zimmer hat noch gesagt, er könne es nicht verantworten, ins Kraus hinein zu wirksamen. Wie stellt er sich denn aber den Wirtschaften mit den auswärtigen Ärzten vor, mit denen die hiesigen Ärzte jede Beziehung vermeiden werden, wie die Arbeiter mit den Arbeitsschweigenden. Die Politik der Kassen ist nicht sozialistisch, sondern einseitig. Von Alters her hat der Arzt in der Familie eine Berater- und Freundesrolle gespielt. Soll das nun anders werden? Wenden wir eine Art moralische Pfeiffen an, die den Ärzten zu ihrem Rechte hilft. (Zeitweiser Beifall.)

**Oberbürgermeister Mattiq:** Hier in dem Streit dem einen oder andern Recht zu geben, dazu haben wir keinen Beruf. (Sehr richtig!) Aber der Vorwurf des Herrn Bujakowski, dass wir nicht freundlich oder gar unfreundlich vom Magistrat aus waren, ist ganz unangebracht. Wir haben nicht freundlich oder unfreundlich zu sein, sondern nur nach Recht und Gesetz zu handeln. Wenn man auch der Meinung sein könnte, die R.-V.-D. gibt den Ärzten nicht genügend Rechte, so muß man doch sagen, das Gesetz besteht einmal und man muß damit rechnen. Herr Bujakowski wendet sich gegen die arbeitswilligen Ärzte. Da muß ich doch sagen, wir haben auch hier nicht eingzugreifen, denn jeder muß die Freiheit haben, sich zu betätigen.

**Stadt v. Rößig (lib.):** Ich habe seit 20 Jahren keine Kassenpraxis und gehöre auch nicht der Ärzteschaft an. Von einem Generalrat der Ärzte kann keine Rede sein, denn sie wollen die Kranken auch nach dem 1. Januar behandeln, freilich nicht als Krankenfranke, sondern als Privatfranke. Es handelt sich auch nicht um einen Kampf gegen die Kassen, sondern um einen Kampf gegen die Kassen vorläufige. Gewiss, die freie Arztwahl ist wesentlich, aber niemals ist gesagt worden, wir wollen sie unbedingt haben. Die Ärzte haben vielmehr gesagt, wir verhandeln auf den vorhandenen Grundlagen.

**Ein Schlußantrag ist eingegangen. Stadt v. Hirschel (Kler.)** begründet einen Antrag auf Vertagung. Stadt v. Hirschel (Kler.) bekämpft ihn, weil hier nicht der Ort sei, diese Frage im einzelnen zu behandeln. Stadt v. Lötze (Soz.) ist gegen den Schlußantrag, ebenso Stadt v. Schölich (Soz.). Der Schlußantrag wird abgelehnt, der Vertagungsantrag angenommen.

**Das Bringsverfahren bei den Betriebswerken.** Vom 1. April 1914 an soll bei den Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-Verken das Bringsverfahren eingeführt werden, also die fälligen Gelder werden von den Abnehmern nicht mehr abgeholt, sondern müssen von ihnen vierteljährlich eingezahlt werden, wobei es zulässig ist, Postchecks zu benutzen. Der Finanz-Ausschuß empfiehlt die Magistrats-Vorlage anzunehmen, aber die Gebühr von 10 Pfg. für den Postcheck auf die Verwaltung zu übernehmen. Der Berichterstatter Stadt v. Jeron (Merital) hält die Neuerung als einen großen Vorteil und ersucht, dem Ausschuss-Bericht zuzustimmen.

**Stadt v. Hamburger (lib.):** Der Herr Berichterstatter hat mit einem nassen und einem trockenen Auge die Annahme der Magistrats-Vorlage empfohlen. Wenn der Herr Rämmerer gehabt hätte, was aus der Vorlage gemacht wird, dann hätte er sie wohl nicht eingebracht. Ich kann im Bringsverfahren keine großen Vorteile sehen; im Gegenteil, es bringt uns höhere Ausgaben. Ich kann mich im großen und ganzen nicht für das Bringsverfahren erwärmen; es ist verfehlt.

**Kämmerer Matthes:** Das Bringsverfahren ist ein Schöpfung von mir, sagt der Herr Berichterstatter. Es hat sich aber bei der Steuer sehr gut bewährt. Wir können dadurch die Beamten herabsetzen und haben ferner ein Zahlungsverfahren, das allem Handlich. Es hat also doch eine wesentliche tatsächliche Seite, wenn wir auch bei den Betriebswerken das fordern, was sich bei der Steuer mit bestem Erfolge bewährt hat. Nach meiner Ansicht bedeutet das Bringsverfahren keine Kostenverhöhung, sondern eine beträchtliche Erparnis, schon in den nächsten Jahren.

**Stadt v. Bujakowski (Konj.):** Ich ersuche, die Vorlage abzulehnen, weil ich glaube, die Nachteile des Bringsverfahrens sind größer, als die Vorteile. Alle Geschäfte sagen, das Einziehen des Geldes ist besser, als das Hinterrufen. Gerade kleine und mittlere Bürger drückt es sehr, wenn sie das Geld einzahlen sollen, wozu noch kommt, daß vielleicht eine Erhöhung der Kaution in Aussicht steht.

**Stadt v. Lettinger (lib.):** Bei unseren Steuern hat sich das Bringsverfahren sehr gut bewährt. Wir würden auch hier mit dem Bringsverfahren einverstanden sein, wenn man nicht verlangt, mit einer Hauptkassette abzurechnen, was bei der Steuer nach Errichtung der Zahlstellen nicht nötig ist. Ich sehe nur eine Möglichkeit, das Bringsverfahren einzuführen, wenn wir diese Steuerzahlstellen mit benützen. Im übrigen bitte ich, die Magistrats-Vorlage anzunehmen.

**Kämmerer Matthes:** Ich bin ursprünglich auch der Ansicht gewesen, die 11 Steuerzahlstellen zum Einzahlen zu verwenden, was jedoch sehr froh, als ich die Post bereit erklärte, das Geld anzunehmen. Dadurch haben wir 34 Zahlstellen erhalten, was doch ein großer Vorteil ist. Der Einwand, daß gerade die kleinen und kleinsten Abnehmer durch das Bringsverfahren bedrückt werden, das scheidet doch ganz aus, weil diese Leute die Gasautomaten haben.

**Stadt v. Ehrlich (lib.)** ersucht, die Vorlage nochmals an den Finanz-Ausschuß zurückzuerweisen.

**Stadt v. Zimmer (Soz.):** Ich bitte Sie, diesen Antrag meines Vorredners abzulehnen, denn Neues kann doch nicht mehr vorgebracht werden. Wir stimmen für die Magistrats-Vorlage, weil wir glauben, daß dem Zahler beim Bringsverfahren doch eine wesentliche Erleichterung entsteht. Es ist bequemer, sich auf eine Zahlung einzurichten, als zahlen zu müssen an einem Tage, auf den man nicht vorbereitet ist. Bei der Steuer hat sich das Bringsverfahren sehr gut eingeführt. Der Herr Kämmerer hat durchaus recht, es besteht eine große Gefahr, wenn heut die Beamten viele Rechnungen und Gelder in der Hand haben; beim Bringsverfahren kann nicht das geringste vorkommen.

**Stadt v. Rochow (Konj.):** Nach dem neuen Verfahren ist es sicherlich schwerer, bei Unregelmäßigkeiten an den Messern die nötigen Prüfungen und Vergleiche anzustellen.

**Kämmerer Matthes:** Wo sich bei den Abnehmern auffällige Schwankungen zeigen, da sollen ihnen rote Zettel zugehen.

**Stadt v. Hamburger (lib.):** Die Erfahrung hat uns gezeigt, daß wir beim Abholen des Geldes nur wenig verloren haben.

**Stadt v. Bieschowsky (lib.):** Es scheint mir tatsächlich, als wenn es nicht möglich wäre, hier alle Einzelheiten zu prüfen. Ich bin für die Annahme des Bringsverfahrens, beantrage aber, die Vorlage an den Ausschuss zurückzugeben. Der Berichterstatter ersucht nochmals, die Vorlage anzunehmen; sie wird jedoch dem Finanz-Ausschuß zurückverwiesen.

In dem Hause Trinitasstraße 13 werden noch weitere Räume für die Sophienchule zum Preise von 1000 Mark gemietet. Die Umbaukosten betragen 2650 Mark. Die Mittel, die nötig waren, um die Hauptfeuerwache und die Feuerwehr auf der Leubusstraße mit Automobilen zu versehen, werden um 20.000 Mark veräußert.

Im Dachgeschoß des Speisehauses auf der Weißerbergstraße wird ein Schlafraum eingebaut; die Kosten betragen 400 Mk. Der große Rindviehstall in Weidenhof muß umgebaut werden; die auf 3500 Mark veranschlagten Kosten werden bewilligt. Am Allerheiligenshospital sollen nach einem Antrage des Magistrats größere Anbauten errichtet werden, deren Kosten auf 102.770 Mk. veranschlagt sind. Die Vorlage wird dem Bauausschuß überwiesen.

Der schlesische Verkehrsverband erhält mit Rücksicht auf seine gemeinnützigen Zwecke, die er verfolgt, eine einmalige Beihilfe von 800 Mk.

Schluß der Sitzung kurz vor 8 Uhr.

### Das „Schwarze Kreuz“ geschlossen, der Leiter gestraft!

Der Leiter des Heimathauses „Schwarzes Kreuz“ auf der Hinterbleiche, Willi Dietrich, der jüngst viel von sich reden machte, weil bei ihm wiederholt gehausucht und Schriften beschlagnahmt wurden, weilt gegenwärtig nicht mehr in Breslau. Er hat sich, wie wir hören, mit seiner Ehefrau nach Zürich in der Schweiz geflüchtet, und wird wohl nie wieder nach Deutschland zurückkehren.

Gegen D. schwebten mehrere Strafverfahren wegen Verleumdung der evangelischen und der katholischen Geistlichkeit, die er in seinen Flugchriften stets heftig anzugehen pflegte. Außerdem haben auch einige Polizeiverwaltungen gegen ihn Strafverfahren wegen Verleumdung gestellt. Ein Teil der Instanzen ist ihm in der vergangenen Woche zugestimmt worden, und er hatte schließlich mit einer längeren Freiheitsstrafe gerechnet, da über alle gegen ihn schwebenden Strafverfahren an einem Tage verhandelt werden sollte.

Die Schwere kann D. nicht aushalten, weil er sich eines Verbrechen nicht schuldig gemacht hat, sondern Verleumdungen und Prozeßvergehen in Frage kommen. Der Nachfolger Dietrichs ist kein Inspektor Kaehler, der das Amt schließlich musste, weil die Geldmittel in der letzten Zeit immer spärlicher flossen und die Miete für den letzten Monat nicht gezahlt werden konnte. Bekanntlich hat der hiesige Polizeipräsident in einem Rundschreiben alle anderen Polizeibehörden der Provinz und darüber hinaus aufgefordert, den von Dietrich betriebenen Schriftvertrieb mit allen gesetzlichen Mitteln zu unterdrücken. Viele polizeiliche und gerichtliche Strafbefehle sind D. ebenfalls in letzter Zeit zugegangen. Die zu zahlenden Geldstrafen haben eine ganz beträchtliche Höhe erreicht. In Ermangelung der Geldmittel hätte D. die Geldstrafen sämtlich absetzen müssen. Auch das wird auf den Entschluß D.s, zu flüchten, eingewirkt haben. Der gegenwärtige Leiter, Kaehler, trägt sich mit der Absicht, den Schriftvertrieb durch Schwärmern weiter fortzusetzen, damit es ihm gelingt, die Kundschaft zu befriedigen und das Amt möglichst wieder zu öffnen. Die Staatsanwaltschaft wird hinter D. wahrscheinlich einen Steckbrief erlassen.

In der letzten Nacht wurden etwa 200 Obdachlose im Alst-Beherberg. Der jetzige Leiter erlachte diesen Armen am Morgen vor ihrem Wegrang, daß die Forderungen ihres „Heims“ von nun an geschuldet bleiben müssen. Wenn jetzt große Forderungen kommen, liegen diese Obdachlosen das Nachtbarock und frierend auf der Straße. Da freut auch die Obdachlosigkeit ein strafbares Vergehen darstellt, werden sie aller Voraussicht nach in Plekshaus und im Arbeitshaus; Winteraufenthal bekommen. Elektrisch hat sich den Armen des Starbarrwells entgegen. Falls werden herunter Arme und Obdachlose hinter Gefängismauern wandern müssen. Vorige Woche hat Dietrich für seine Mitglieder noch eine schöne Weihnachtsfeier veranstaltet, und diesen durch warme Kleidungsstücke eine Freude bereitet. Einen großen Vorrat von Frauen- und Kinderkleidern hat er moralisch an Arme verteilt und auch dadurch viel Not lindern helfen. Man kann sich zu Dietrich stellen, wie man will; das eine wird auch der Geizhals bei einigen Gerechtigkeitsthaten anerkennen müssen: er hat in sozialer Fürsorge viel, viel mehr getan, als mancher seiner frommen Feinde.

**\* Stadtbewohnern-Beiratsversammlung.** Die nächste Sitzung der Stadtbewohnern-Beiratsversammlung, die 18. Dezember, abgehalten.

**\* Die Kanalan schlussgebühr muß gezahlt werden.** Mehr als 100 Breslauer Hausbesitzer klagen gegen den Magistrat, weil er sie zur Kanalan schlussgebühr herangezogen hat; sie wollen davon befreit sein. Ueber die erste Klasse verhandelte am Donnerstag der Bauplan-Ausschuß; er hat die Hausbesitzer abgewiesen.

## Aus aller Welt.

### Die Wilhelm II. über den Reichstag denkt.

Am den Fall Jäne wird nach wie vor herumgetrieben. Das Auswärtige Amt erklärt, der Bau der Postamt in Washington sei noch nicht vergeben. Die Architektenvereine sagen, der Fall sei noch nicht klargestellt. Auch die Berliner Bauakademie hält sich in geheimnisvolles Schweigen.

Die Wahrheit ist, daß der Kaiser den Bau an Geheimrat Jäne vergeben hat, um ihn dadurch zu entschädigen, daß Jänes Entwurf beim Bau des Opernhauses ausgesallen ist. Man hat auch den Kaiser auf das Ungehörliche der Vergabung des Baues aufmerksam gemacht und ihm erklärt, daß die öffentliche Meinung vielleicht sich mit dem Fall beschäftigen und daß der Reichstag opponieren würde. Darauf soll das Wort gefallen sein: Die Punde belien, aber der Wagen geht weiter!

Einstweilen schleicht der Wagen allerdings flüchtig im stillen Dunkel und eine neue Mitteilung, die jetzt in die Presse fließt, will sogar wissen, ihm werde demnächst ein neues Umvernis vor die Räder fliegen. Die Akademie des Bauwesens soll tagen, und es heißt, es sei nicht ausgeschlossen, daß sie den Jänen einen Entwurf wegen gewisser Mängel gänzlich als ungeeignet zur Ausführung bezeichnen werde.

Alles es sei nicht ausgeschlossen. Und wenn die Perren es wirklich wollen, belien werden sie sicher nicht. Und eben deshalb — was immer jetzt ihr Tun wirken mag — wird der gewisse Wagen umso sicherer in alter Richtung weiter gehen, und die Jänen werden wieder und wieder den Hochstuhl haben und die Busch erjagen.

### Ein abscheuliches Verbrechen.

In Kolin (Böhmen) wurden der Pfaffere Smoll und sechs andere Personen verhaftet wegen der Verbrechen, das heiligt Dienstmädchen Einbusa in ihre Wohnung gefesselt, drei Wochen festgehalten und unter Foltern und Hunger zu schimpflichen Verleht mit den Männern angehalten zu haben. Als das Mädchen, welches etwas geisteskrank, jedoch von großer körperlicher Gesundheit war, zum Gelell abgemagert und für die Wohnung vertrieben worden war, stelte es Smoll und hat die Seide mit Hilfe der Gemeindegewalt (Schlichter am 18ten Freitag in der Höhe von Kolin vor einem Richter an den Tag gekommen, wobei das Mädchen und Smoll als Hauptverbrecher abgeurteilt wurden und Smoll zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, die anderen sechs zu 5 bis 10 Jahren Zuchthaus, Smoll wurde zum Tode verurteilt, wurde aber lebenslang in die Strafkolonie von Aussig verbannt.

claubte an Selbstmord. Dienstag wurde Gasmacher in Prag verhaftet. Er gab an, von Smoll nach Prag geschickt worden zu sein, um ihn wegen der Verübung des Mordmordes anzuzeigen. Er hoffe aber, nicht verurteilt zu werden, da er wegen Wahnsinns bereits in einer Irrenanstalt gewesen sei.

### Eine Wildertraggödie.

In den belgischen Ardennen sind Zusammenstöße mit Wildhieb in letzter Zeit zahlreicher als sonst. Kürzlich erst wird ein Besitzer von Wilderern erschossen, und wieder wird eine Wildertraggödie bekannt. Bei Diamant überachte der Schloßherr L'heur drei Wilderer. Es kam zu einer Schießerei, die drei Opfer forderte. Zwei Wilderhiebe blieben tot auf dem Plage, und der Schloßherr wurde lebensgefährlich verletzt.

### Der Schußmann als Einbrecher.

Die Geraer zweite Strafkammer verhandelte in einer Einbruchthat, bei welcher ein Hüter der Ordnung die Rolle des Angestalt spielte. Angestalt war der Schußmann Geitner, der in der Nacht zum 4. November bei einem Einbruchsdiebstahl auf fetscher Lat erwisch worden war. Geitner hatte in Erfahrung gebracht, daß eine Frau Sommermeier, die Wohnkammer einer Villa in Semmnitz, an dem betreffenden Abend ein Vergnügen zuzumachen wollte. Er rechnete darauf, daß die Frau erst spät nach Hause kommen werde und öffnete kurz vor Mitternacht mit einem Dietrich die Wohnung. Aus einer Schreibtische stahl er gemäß 10 Mk. Bevor er andere Behälter durchsuchen konnte, erweilte ihn aber kein Schlaf. Die Frau Sommermeier war nach Hause gekommen und hatte, als sie Licht in der Wohnung bemerkte, Alarm geschlagen. Das Haus wurde umstellt und beim Nachsuchen der Angestalt auf dem Dach gefanden, war sich vergeblich hinter einem Kamin zu verbergen hatte.

Geitner war in der Verhandlung geständig. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angestalt eine Zuchthausstrafe von vier Jahren. Das Gericht hiels aber weit unter diesem Strafmaß; es erkannte auf zwei Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust.

**Straf an den Reichsminister.** Nachdem am Mittwoch die Strafbere der Zahnheilkunde an der Leipziger Universität in den Streitigkeiten lag, weil ihnen von

der Reuzierung die Erlaubung des Dr. med. dent. Titels abgelehnt worden ist, haben aus dem gleichen Grunde nun auch die Berliner Studierenden der Zahnheilkunde den Streit beschließen. Alle im Zahnärztlichen Institut arbeitenden Studenten haben sich schriftlich verpflichtet, von Freitag ab die Arbeit niederzulegen.

Auch die Studierenden der Zahnheilkunde der Würzburger Universität sind am Donnerstag mittag in einem Sympathiestreit für ihre Leipziger Kollegen eingetreten. Sie fordern wie die Leipziger den Doktor-Titel der Zahnheilkunde.

**Sturm auf eine Madrider Großbank.** Infolge von schlimmen Gerüchten wurde die spanisch-amerikanische Bank in Madrid, deren Kapital hundert Millionen beträgt, dieser Tage von ungeheuren Menschenmengen bestürmt. Der Sturm dürfte sich heute in noch stärkerem Maße wiederholen. Die Polizei hat daher umfassende Vorkehrungen getroffen, um die Ruhe und Ordnung vor und in der Bank aufrechtzuerhalten zu können. Ungefährlich des ersten Ansturms hat die Bank an einem Tage nicht weniger als 20 Millionen Verluste ausgesetzt.

**Verhaftung eines Postwagens.** Der Postwagen, der die Post vom Bahnhof Plina (Österreich) zum Postamt befördert, wurde abends von unbekanntem Tätern überfallen und ausgeraubt. Die Diebe nahen zwei Sacke, in denen sich eine größere Wertsumme befand. Die den Wagen begleitenden Postknechte erklärten, angeblich von dem Diebstahl nichts bemerkt zu haben. Die Recherchen der Polizei und der Postbehörde waren bisher erfolglos. Durch Zufallsnahme eines Polizeihundes wurden in einem Gebüsch ein leeres Sack und 1600 Kronen gefunden.

**Verhaftung italienischer Missethäter.** In dem schwedischen Orte Hammarby wurden kürzlich, wie mitgeteilt, zwei italienische Missethäter verhaftet, die einen Apotheker ermordet und beraubt hatten. Der eine der Festgenommenen hat jetzt das Geständnis abgelegt, daß er und sein Genosse zwei Morde in Nordschleswig begangen hätten. Die hiesigen Polizei nimmt an, daß die Verhafteten ebenfalls mit den beiden Männern, die den 80-jährigen Altensteiler Weiden in Frage und den Gemeindevorsteher Anders Nissen in Seemang bei Londers er-mordet haben.

**Der Mordprozess gegen Kaplan Schmidt.** Die in New-York geführte Gerichtsverhandlung gegen den früheren Kaplan Schmidt wegen Ermordung des Dienstmädchens Annuller ist besonders dadurch bemerkenswert, daß Schmidt sich bedarrlich weigert, mit der Anzahl von Missethättern zu verhandeln, die ihm seine Freunde zur Verfügung gestellt haben. Er erklärte wiederholt während der Gerichtsverhandlung: Schiden Sie mich auf den elektrischen Stuhl, ich kann diese Verurteilung nicht ertragen.

### Stürmische Wählerwahl der Linke-Hofmann-Werke.

Wie uns gemeldet wird, ist es bei der Wahl des Ausschusses für die Linke-Hofmann-Werke (Abteilung Maschinenbau) am Mittwoch nicht ordnungsmäßig, ja stürmisch zugegangen. Für die Tausende der Wähler war nur ein einziger Wahllokal bestimmt, der Speisesaal der Maschinenbau-Anstalt, und nur eine Wahlstunde - von 6 bis 7 Uhr abends - angesetzt. Es ist deshalb kein Wunder, daß sich alles drängte und stieß, Lische und Stühle umstießen und die Sitzmatteln über die Köpfe hinweg dem Wahlvorsteher überreicht wurden. Viele Hunderte konnten nicht wählen, obwohl sie lange warteten; sie mußten unverrichteter Sache nach Hause gehen. Die Aufregung unter den Arbeitern ist groß.

Das Ergebnis der Wahl ist: von den 30 gewählten Ausschusmitgliedern gehören 26 den bereinigten Gewerkschaften an, 4 sind Selbste. Wegen der vielen Unregelmäßigkeiten wird die Wahl von den Gewerkschaften angefochten werden.

### Die gekränkten Bädermeister.

Wie schon in der gestrigen Ausgabe berichtet, mußte sich der Bädergehilfe Adolf Subrig am Donnerstag wegen Beleidigung und Preßvergehens vor der Breslauer ersten Strafkammer verantworten. Der im gestrigen Bericht genannte mitangeklagte Bädergehilfe Julius Katterwe war ausgebildet und das Gericht beschloß, ihn zum nächsten Termin vorzuführen zu lassen. Gegen Subrig lautete das Urteil auf sechs Monate Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte sogar sieben Monate Gefängnis und seine sofortige Verhaftung verlangt. Buchdruckermeisterin May wurde freigesprochen, dagegen: erhielt ihre ebenfalls mitangeklagte Tochter Gertrud eine Geldstrafe von 150 Mark zuerkannt.

Der Anklage lagen einige Flugblätter zugrunde, die der Bäderverband während des Breslauer Bäderstreiks im Mai 1913 in Breslau und der Umgegend verbreiten ließ. In diesen Flugblättern wurde das arbeiterfeindliche und unsoziale Verhalten einiger hiesiger Meister und solcher aus dem Landtriede, an der Hand vieler drastischer Beispiele beleuchtet. Besonders wurde die sich im Bädergewerbe ersichend breit machende Lehrlingshölerei unter die kritische Lupe genommen. Die Flugblätter sollten das laufende Publikum über diese mißlichen Zustände in bestimmten Betrieben aufklären und es wurde die Allgemeinheit aufgefordert, die genannten Meister in keiner Weise zu unterstützen. Als verantwortlicher Verfasser hatte Subrig gezeichnet, während Katterwe als Verleger unter den Flugblättern bemerkt war. Bei Frau May, die den Druckereibetrieb gemeinsam mit ihrer Tochter führt, sind die Flugschriften hergestellt worden.

Auf die Strafanträge der benannten Meister erhob die Staatsanwaltschaft gegen die oben bezeichneten Angeklagten im öffentlichen Interesse wegen Beleidigung Anklage.

Zu der Hauptverhandlung vor der 1. Strafkammer waren zwanzig Zeugen geladen. Durch einen Teil der Zeugen konnte in der Tat der Nachweis geführt werden, daß die in den Flugblättern behaupteten Tatsachen nicht etwa frei erfunden waren. So konnte zum Beispiel bewiesen werden, daß der sich beleidigt fühlende Meister Schöbe vier Lehrlinge und nicht einen einzigen Gesellen in seinem Betriebe beschäftigte. Ungedacht dieser Tatsache sah Schöbe den ihm gemachten Vorwurf der Behauptung Lehrlingshölerei zu unrecht gegen sich erhoben. Man wird jedenfalls behaupten können, daß vier Bäderlehrlinge unter solchen Arbeitsverhältnissen soviel arbeiten müssen, wie ein oder zwei Gesellen, die Meister Schöbe bequemer sparte. Das bei den übrigen in Frage kommenden Meistern, Verhöre gegen die gewerblichen Schlichterbestimmungen vorantem, daß Lehrlinge geschlagen wurden und auch sonst die Behandlung der Angestellten zu wünschen übrig ließ, das alles, und noch vieles andere wurde in der Verhandlung festgestellt. Freilich, reiflos bis ins Ungeheuerliche ließ sich nicht alles beweisen. Jedenfalls hat selbst der Vorsitzende in der Urteilsbegründung zugestehen müssen, daß ein Teil der in den Flugblättern behaupteten Mißstände als wahr nachgewiesen worden ist.

Aber weil sich nun nicht alles beweisen ließ, was Subrig geschrieben hatte, deshalb beantragte der Staatsanwalt nicht weniger als sieben Monate Gefängnis gegen ihn. Das Gericht erkannte auf sechs Monate Gefängnis wobei hervorzuheben werden muß, daß G. noch nie in seinem Leben eine Strafe, nicht einmal eine Geldstrafe erlitten hat. Rechtsanwalt Wandmann wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß der Angeklagte von seinem Standpunkte nur das Beste bezweckt hat, nämlich die Besserung seines Standes dem er sich anstrengt. Wenn auch nicht alles Lächerliche bewiesen sei, so könne man doch nicht behaupten, das Unbewiesene sei deshalb erlogen und erfunden. Reineswegs wird eine Behauptung deren Beweis nicht vollkommen glückt, schon deshalb zu einer Verurteilung. Begründet wurde das unverständlichste harte Urteil u. a. damit, daß auch „mit Recht“ im Reichstage schon darauf hingewiesen worden sei, öffentliche Beleidigungen nicht leicht zu nehmen. Die Ehre sei ein Rechtsgut. Sie zu schützen und zwar wirksam, sei Aufgabe der Gerichte. Ein Mißlaß, den Angeklagten Subrig sofort zu verhaften, liegt nicht vor.

Wenn in Zeiten des wirtschaftlichen Lohnkampfes auf einer Seite wirklich einmal etwas zu schaffen geschaffend wird, so sollten doch auch die Gerichte dieser begreiflichen Kampfesjahre etwas mehr Achtung tragen und insbesondere nicht verkennen, mit welcher rigorosen und ungelieblichen Mitteln man auch auf der anderen Seite, wo das Unternehmertum steht, den um besseres Brot kämpfenden Arbeitern auf zu begegnen muß. Da ist aber noch kein Unternehmer auf sechs Monate eingesperrt worden.

### Die Arbeitslosigkeit der Privatangehörigen.

In Wiegner's Restaurant auf der Neuen Gasse traten am Donnerstag abend die Privatangehörigen zusammen, um über die Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Verufe zu beraten. Der Angehörige des Deutschen Technikerverbandes, Herr Körber, hielt den einleitenden Vortrag.

Er wies darauf hin, daß anscheinend für die Schwerindustrie die Krise erst beginnt. Darum werde sich der ganze Umfang der Arbeitslosigkeit im Technikerberufe erst spürbar geltend machen. Der Privatangehörige aber in seiner Tätigkeit nur so viel verdienen, um seine Familie notdürftig unterhalten zu können, bleibe ihm für schlechte Zeiten, Arbeitslosigkeit u. dergleichen nichts übrig. Die Folge sei dann Elend und Not. Besonders die alten Kollegen unterliegen der Gefahr, leicht auf Pfaffen gemorrt zu werden.

Dagegen muß man sich durch eine gute Organisation schützen. Aber auch die Unfälle der unverschämten langen Arbeitszeiten (bis 12 Stunden täglich) und vor allen Dingen die unheimlichen Überstunden müssen verschwinden. Sie müssen manchen Kollegen das Brot, der sonst mehr eingespart werden müßte. Damit wäre die Not wenigstens um Zeit gelindert.

Ein Reichsarbeitsnachweis ist notwendig, vor allen Dingen aber eine Reichsarbeitslosenversicherung. Bislang ist sie freilich abgelehnt worden. Man hat die

Sache an die Gemeinden verwiesen. Daß aber nur eine staatliche Versicherung wirksam sein kann, zeigen England und andere Staaten. Die Not ist so groß, daß baldige Abhilfe geschaffen werden muß. Darum empfiehlt der Redner folgende Entschlüsselung:

Die durch die außerordentlich scharfe Wirtschaftskrise hervorgerufene Arbeitslosigkeit in allen Berufen verlangt gebieterisch die Einführung einer Arbeitslosenversicherung. Der geschäftsführende Vorstand des Deutschen Techniker-Verbandes wird ersucht, bei den in Frage kommenden Gesetzgebenden Körperlichkeiten des Reiches, der einzelnen Bundesstaaten und der Gemeinden entsprechende Petitionen einzureichen.

Im gleichen Sinne äußerte sich ein Vertreter des Beamtenbundes, der Leipziger Handlungsgehilfen und des Werkmeisterverbandes. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

### Versicherungsamt und Dienstboten-Versicherung.

Vom stellvertretenden Vorsitzenden des hiesigen Versicherungsamts, Magistrats-Assessor Dr. Goerlich, wird uns geschrieben:

„Die Volkswacht“ bringt in Nr. 289 einen Artikel „Nur keine Dienstboten-Versicherung“, in dem ich auf Grund eines ungenauen Berichtes der „Schlesischen Zeitung“ über meinen Vortrag „Die Krankenversicherung des Haushaltspersonal“ als Helfer der Dienstboten bezeichnet werde, die Anträge auf Bestreitung ihrer Dienstboten von der Krankenversicherungspflicht stellen. Diese Auffassung ist vollkommen unrichtig, da ich von jeher ein Gegner dieser Artzusage gewesen bin. Wenige Tage vor meinem Vortrag habe ich in einer längeren Entgegnung auf einen Artikel in der „Schlesischen Zeitung“ die Dienstbotenschancen dringend gewarnt, Anträge auf Bestreitung der Dienstboten von der Krankenversicherungspflicht zu stellen. Die „Schlesische Zeitung“ hat darauf erklärt, ich nehme lediglich die Interessenstandpunkte der Krankenkassen wahr. (1) In meinem Vortrag habe ich zunächst die Behauptungen von der Scherelei durch An- und Abmeldungen, Krankenentlassungen und Rückübernahme der Dienstboten in die Krankenhäuser widerlegt, die Schwierigkeiten bei Stellung der Befreiungsanträge und das Risiko der Dienstbotenschancen bei der Bestreitung der Dienstboten beleuchtet, und den Personen, die durch diese Befreiungsanträge stellen wollten, den Rat gegeben, westwärts durch eine Rückversicherung sich einigermassen zu schützen. Zu hören, die von keiner vorgetragenen Meinung aus meinen Worten gefolgt sind, ist es, wie ich heute durch Fragen selbst festgestellt habe, unzweifelhaft gewesen, daß meine alle Möglichkeiten streng sachlich behandelnden Ausführungen die Verantwortung entfallen haben. Bestreitungsanträge zu stellen. Weiter ist die Meinung meiner Worte dadurch eingeschärft worden, daß der Redakteur der „Schlesischen Zeitung“, Herr Herrmann, in der Diskussion für die Befreiungsanträge sehr lebhaft eingetreten ist.

Wir haben diese Zuschrift gern aufgenommen; zeigt sie doch mit aller nur wünschenswerten Klarheit, daß die „Schlesische Zeitung“ über die Dienstbotensversicherung auch gestunken hat.

### Aus den Linke-Hofmann-Werken.

Man schreibt uns: Täglich, ja stündlich mehren sich die Klagen der Arbeiter in den Linke-Hofmann-Werken, und fast keine Woche vergeht, wo wir nicht über eine gegen die Arbeiter gerichtete Maßnahme berichten könnten. Die verschiedenen Ingenieure und Meister scheinen sich gegenseitig überboten zu wollen und greifen hierbei oftmals zu recht sonderbaren Mitteln. In der Abreibung Lokomotivbau haben sich die Arbeiter kleine Vorkämpfer selbstverleitet, um sich beim Einnehmen des Frühstückes etwas setzen zu können. Esz unlängst sind die Direktoren durch den Betrieb gegangen und haben keinen Anstoß an diesen Sitzgelegenheit genommen. Doch dem leitenden Ingenieur gefällte das nicht; die Arbeiter sollen im Zeichen frühlichen oder sich auf die schmutzigen, mit Eisenschuppen geladenen, schiefen Werkbänke setzen. Kurzherd wurden die kleinen Vorkämpfer entfernt, ohne die Arbeiter darüber zu hören. Um die Werkbänke müssen auch die Arbeiter Sonabend in der Frühstückspause von 1 1/2 bis 1 Uhr ihr Frühstück ro-leaten. Das ist doch aller Gelundheitspflege zuwider. Die Kollegen können sich nur in den Krankenzahlen ausdrücken und die Betriebskrankenkasse hat die Zehne zu bezahlen. Ist es nach jahrelangem Kampfe endlich gelungen, die Lohntverhältnisse zu bessern, indem das Infuriern und Robieren der Kasse jetzt im freien geschicht, so sollte nicht durch andere Anordnungen neue Erbitterung geschaffen werden. Besser wäre es, man wäre dafür, daß die Arbeiter im Lokomotivbau die gleiche Feuerungszulage erhielten, wie die Belegschaft des Wagenbaues.

Ein gewissenhaftes Blatt. Bis auf die Krochen blamiert hat sich wieder einmal die „Schlesische Morgenzeitung“ in dem Streit um den Wortlaut der Jahrbundeshallende muß sie natürlich auch Partei ergreifen und ohne sich im geringsten um die tatsächlichen Verhältnisse zu kümmern, nicht sie einen reißenden Senf auf, dessen abberner Inhalt schon erlidigt war, als das arme Papier bedruckt wurde. In gewissem ist bestimmtlich aus dem amtlichen Protokoll festzustellen worden, daß Herr Matting die von der „Deutschen Tageszeitung“ beanstandeten Sätze wirklich gesprochen hat. Nicht nur, daß der Berichtshatter der „Schlesischen Morgenzeitung“ während der wichtigen Stadtverordneten-Behandlungen geschlafen hat, er war auch noch zu faul, sich nachher um die tatsächlichen Reden zu kümmern. Dafür wundert sich der brave Mann jetzt in seiner Blamage. Wir ratulieren.

Ein Zeitraub. Ein Leser schreibt uns: Ich passierte am Mittwoch abend den Ring. Am Rathaus hatten Händler einen Korb total verkaufte Kessel in einem Schneehaufen geschichtet. Ein Mann in Arbeiterkleidung sah das elbaste schwarzebraune Zeug liegen und stülte damit atersg seinen Hunger. Dann stülte er sich noch beide Korbhälften, wahrnehmlich als Lapsal für seine Familie. Zwei fettsackelnde Damen blieben stehen, schütteren die Köpfe und ginen mit Bemerkungen weiter, die ich leid e nicht verstehen konnte. Ich sah sie bald darauf in ein großes Geschäft treten und meinte, daß am selben Abend von ihnen noch Hunderte für mäch-en Land ausgegeben wurden. Für den Dungenaranten ist nicht über-Weihnacht!

Altege Ständekammerung. Man schreibt uns: Eine Gemeinlichkeit von Studenten, die am Mittwoch abend in einer Bierwirtschaft am Neumarkt eine Weinnachtsfeier veranstaltete, machte im Anschluß daran einen lustigen Festzug durch die Stadt mit einem ultra ausgeschütteten Rollwagen. Es war dazu in aller Form die politische Erlaubnis nachgesucht und auch erteilt worden. In dieser behördlichen Genehmigung waren aber die Straßen durch die die Fahrt unternommen werden sollte, ausdrücklich bezeichnet. Die Schwendnerstraße, die auch für Festzüge während der Jahrhundertfeier nicht zuergegeben wurde, war selbstverständlich auch diesmal ausgeschlossen. Die lustige Studentengesellschaft setzte sich jedoch über diese Einschränkung hinweg und benannte die Schwendnerstraße, um zu Küsting's Bierstall in die Junkersstraße zu gelangen. Selbstverständlich hielt ein Schutzmann die Veranstalter des Umzugs an und schrie ihre Namen auf. Eine keine politische Straße, die folgen wird, dürfte freilich die erste Lame der Unwissenheit nicht werden.

Altege aufgeschoben wurde am Donnerstag vormittag auf dem Ring ein auf der Klosterstraße wohnendes französisches Paar im Zustand nicht besserer, wurde sie von Sicherheitsleuten der Feuerwehr ins Allerheiligen-Spital gebracht. - Abends kurz vor 10 Uhr wurde auf der Albrechtsstraße das Schauspiel ein Rollenführer trank aufgefunden. Nach ihm dröhren Samariter der Feuerwehr zunächst ins Spital-Dank-Appellationshaus und von dort in die Delianst auf der Subanstraße.

### Zur Volksvorstellung am Sonntag

Sind noch Willen für 20, 50 und 60 Pfennig gegen die Zuleitung des Mitgliedsbuches im Zimmer 25 des Vereinshauses zu haben. Zur Aufführung gelangt, der Oper „Drei Perlen“ und das von der Polier-Inspektoren-„Crainquebille“.

Wer sich einmal ein besonders hübsiges Bühnenbild mit stark satirischen Zügen ansehen will, der bewache die nächste Gelegenheit und besorge sich mit einem Billet.

Die Waren-Ausstellung des Konsum- und Gewerkschaftshauses am Donnerstag im Saal 3 des Vereinshauses aufge-macht wurde, ist schon am Donnerstag von Hunderten besucht worden. Damit verfuhr die Besucher und Gewerkschafter und deren Frauen die meisten der klürenden Ausstellung besichtigen können, ist sie bis Freitag verlängert worden. Die Besichtigungsetzt im nachfolgenden 7 bis 9 Uhr abends, Sonntag von 4 Uhr nachmittags bis 10 Uhr abends.

Selbstmordversuch. Am 11. Dezember hat sich ein Arbeiter in ansehnlichem Zustande an der inneren Leiter eines Kaffeehauses auf der Friedrich-Wilhelmstraße zu erhängen wollen. Er wurde aber bald bemerkt und abgehängt. Blutigen er erholt hatte, konnte er seine Wohnung aufsuchen.

Festgenommener Handwässhenscheiter. Am Mittwoch lang es der hiesigen Polizei, einen Ladegerät zu erheben und festzunehmen, der seit Anfang August auf dem Wilmersdorf-Bahnhof vier Damenhandtäschen gestohlen hatte.

Verhaftet wurde ein Arbeiter, der am Mittwoch auf dem hiesigen Bahnhof angekommenen Wäglar in die Wäglar anstalt gelockt und ihm dort sein Portemona mit 12 Mark raubt hat.

### Breine und Versammlungen.

Aktion Konfektionsarbeiter. Am Mittwoch, 14. Dezember, vormittags 10 1/2 Uhr wird im Mitgliedssaal eine große Konfektionsschneider-Veranstaltung abgehalten, wobei die bevorstehende Kündigung des Tarifbeschlusses verhandelt ist. An die organisierten Arbeiter ergeht die Bitte, ihre eigenen Vertreter mitzubringen und Löcher auf diese Veranstaltung zuzuerufen und zum Besuch zu veranlassen.

Krieg der Fremdenlegion! So lautet die Losung einer Versammlung, die morgen Sonntag im Saal der „Neuen Wäglar“ auf der Braunenstraße abgehalten wird. Der ehemalige Korporal der Fremdenlegion Ch. Wolf wird einen Vortrag halten. Die Versammlung beginnt um 8 Uhr abends.

### Theater, Konzerte und Vergnügungen.

Der Zirkus Sidotti eröffnet morgen am 15. Dezember, um 8 1/2 Uhr abends im hiesigen Stadtpark ein Gebäude sein diesjähriges Gastspiel. Der Circus Sidotti wird allen Freunden der wahren Zirkuskunst ein Vergnügen abgeben. Der Marzall umfist jetzt 130 eigene Pferde. Das auch in artistischer Beziehung wird nur das Beste zu erwarten, sodass das Programm als Weltstadtprogramm bezeichnet werden kann. - Willensverkauf im Verkehrsbureau Barock, in Jigantengasse 3. Sowinski und an der Jigantengasse.

### Neueste Nachrichten.

#### Studentenstreit.

Berlin, 12. Dezember. In der gestern abend abgehaltenen Versammlung der Studierenden der Justus-Liebig-Universität in Gießen, wurde ein Aufruf beschlossen, die Studierenden im Kultusministerium nachsuchen zu lassen, die allgemeine Versammlung der Studierenden in Berlin, Würzburg und Leipzig auf Breslau, Marburg und Greifswald einzuladen.

#### Schwerer Unfall auf einem Torpedoboot.

Paris, 12. Dezember. Aus Brest wird gemeldet, daß ein Kanonenboot 866 das im Hafen von Brest vor Anker lag, sich eignete sich gegen ein schwerer Unfall infolge eines Dammsproches. Drei Mann erlitten durch die erbebtliche Berlekungen. Einer von ihnen wurde in schwerem Verletzte Zustand ins Krankenhaus portiert werden.

#### Bereinigung Aretas mit Griechenland.

Athen, 11. Dezember. Die griechische Regierung hat den Mächten den Text der Konventionen von London, London und Athen mitgeteilt und brachte ihnen so indirekt den Wunsch, die Insel Aretas hinfort einen Teil des Königreichs Griechenland bildet.

#### Die mexikanischen Rebellen zurückgeschlagen.

Mexiko, 12. Dezember. Die Konventionen des General Lamvico zurückgeschlagen worden. Die mexikanische Regierung gibt bekannt, daß der von den Rebellen generierten General Gonzalez einmündete Angriff auf die Stadt Querquero in tägiger Kampfe abgewiesen wurde. Das mexikanische Kanonenboot „Tavao“ konnte vom Hafen und erfolgreich in dem Kampfe teilnehmen.

#### Wann wird der Panamakanal eröffnet?

New York, 12. Dezember. Oberst Correll, der Leiter des Panamakanalbaus, erklärte in Washington, daß der Panamakanal nicht vor dem 1. Mai 1914 von Handelsreisenden durchfahren werden könne. Grund hierfür gibt er die fortwährenden Gefahren des Cucuaras am Colobradurchschnitt am Panamakanal-Schiff „Franz“, das als erstes Schiff den Kanal durchqueren wollte, wird auf die Durchfahrt verzichtet und um bald nach San Francisco fahren.

#### Erfolge der mexikanischen Rebellen.

New York, 12. Dezember. Die Stadt Soledad in der Staat Oahuao von 5000 Einwohnern erobert worden. 1500 Revolutionäre rücken unter dem Befehl des Rebellen-Kämpfers Vicente Segura auf die Stadt Bahayalan an, die 50 Meilen von der Stadt Mexiko entfernt ist. Die Rebellen sollen beabsichtigen, die Bahnhofsverbindung zwischen Mexiko und Veracruz zu unterbrechen. Obwohl der Rebellen ist von den Rebellen ein auf dem Wege nach Mexiko befindlicher Militärzug in die Luft gesprengt worden.

#### Das Münchener Festschiff.

New York, 12. Dezember. In der kanadischen Zeitung hießt Staatssekretär Bryan gestern eine Kanone, die in der er auch erklärte, daß die Vereinigten Staaten die Zeit den der Welt alles tun werden, was in ihrer Macht liegt. Er erklärte an, daß die amerikanische Regierung den einmündigen Vorschläge für die Einbahnlinie des Atlantik für ein Jahr vorzuziehen werden, was im Hinblick auf den schluss daran Vorschläge für die Einrichtung von Kanonen machen würde. Die Vorschläge der amerikanischen Regierung würden es den Mexikanern ermöglichen, vollständig in der Lage zu sein, auf dem Meer zu gehen und die Kanone zu besetzen, was als erstes Schiff den Kanal durchqueren wollte, wird auf die Durchfahrt verzichtet und um bald nach San Francisco fahren.

finanzielle Belastung von fünf Mark pro Mitglied und Jahr ist nicht zu hoch. Im nächsten Jahre wird sicherlich eine große Anzahl von Kassen geschlossen. Andere werden zusammeneschmelzen, es verbleibt aber die Verpflichtung, 60.000 Mark für die Streikkränze aufzubringen. Herr Meyer ist für die Selbstverwaltung der Kassen eingetreten. Auch ich bin für die Selbstverwaltung, aber ist es denn Selbstverwaltung, wenn ein Vorstand, der sein Amt niederlegt, vorher noch die Kasse auf zehn Jahre verpflichtet? Von meinem Genossen Zimmer muß ich behaupten, daß er immer dieselben Gründe vorbringt, die durch ihren Bestand durchaus nichts gewonnen haben. Es trifft nicht zu, daß die Ärzte den Generalstreik seit Jahren vorbereitet haben. Der hiesige Ärzteverein hat die allgemeine Kündigung beschloßen, weil durch die neue Meldepflichtungsordnung ganz neue Verhältnisse geschaffen wurden, die sich gar nicht voraussuchen ließen. Ich bestätige Genossen Zimmer gern, daß bei seiner Klasse gute Verhältnisse bestehen, wie ich selbst weiß; aber als gewerkschaftlich organisierter Arbeiter weiß er auch, daß in manchen Industriebetrieben gute Verhältnisse bestehen. Trotzdem nehmen die Gewerkschaften mit Recht auch die Arbeiter dieser Betriebe für sich in Anspruch. Ein Fehler ist von der Ärzteorganisation insofern gemacht worden, als ihre Forderungen vor der Kongressversammlung zu spät an die Vorstände übergeben wurden. Aber das konnte gut gemacht werden, denn wir sagten uns, wir treffen uns ja wieder. Zu Verhandlungen waren die Ärzte nach wie vor bereit; die Antwort war jedoch die fünfjährige Frist und die Annoncen in den Zeitungen. Die Organisation der Ärzte ist nicht so behandelt worden, wie es sein sollte. Es ist bedauerlich, daß gewerkschaftlich organisierte Arbeiter der Organisation der Ärzte nicht die Ehre entgegenbrachten, die ihr gebührt. Die Ärzte haben vom ersten Augenblick an gesagt, das Honorar spiele keine Rolle. Auch über die Gruppenbildung hätte eine Einigung herbeigeführt werden können; aber was erreicht werden mußte, war, daß von der Organisation zu der Organisation übergegangen wurde und Verträge von Organisation zu Organisation abgeschlossen wurden. Ich habe mich in der Einsicht der Breslauer Vorstände getäuelt. Mangelhaft sind auch die Beschränkungs-Einrichtungen der Kassen. Zuletzt entscheidet immer der Vorstand über die Beschränkungen der Kasse. Es ist richtig, bisher hat das noch zu keinen besonderen Unzuträglichkeiten geführt. Genosse Zimmer steht sehr für der Kassenwahl, von der man immer nicht wissen kann, wie sie ausfällt. Ich als politischer radikaler Arzt würde nicht Lust haben, etwa einen ultramontanen Vorstand über mich erteilen zu lassen. (Stadtb. Versammlung ruft: Umgekehrt ist es das selbe!) Wir stehen heute so weit, daß jeder nur von fettesgleichem Gerichte sein will. Genosse Zimmer hat sich auch über die freie Arztwahl mißlieblich geäußert. Wenn ich bei freier Arztwahl die Kranken zu einem Arzt drängen, ist das aber etwas anderes, als wenn dies gezwungen geschieht. Der Zwang ist vom Übel. Dann hat Genosse Zimmer auf die Materialien verwiesen. Hier liegen aber die Verhältnisse besonders ungünstig. Wir haben ein Saisongewerbe vor uns. Die Angehörigen der Kasse sind zum großen Teil schlecht bezahlt, schlecht ernährt, und dazu tritt oft die Meiberggiftung. Zahlreiche andere Klassen blühen bei der freien Arztwahl. Genosse Zimmer hat noch gesagt, er könne es nicht verantworten, ins Blaue hinein zu wirtschaften. Wie stellt er sich denn aber das Wirtschaften mit den auswärtigen Ärzten dar, mit denen die hiesigen Ärzte jede Beziehung vermeiden werden, wie die Arbeiter mit den Arbeitsschülern. Die Politik der Kassen ist nicht sozialistisch, sondern einseitig. Von Alters her hat der Arzt in der Familie eine Berater- und Freundesrolle gespielt. Soll das nun anders werden? Werden wir eine Art moralische Heißsporn an die den Ärzten zu ihrem Rechte hilft. (Zeitleiser Beifall.)

**Oberbürgermeister Matting:**  
Hier in dem Streit dem einen oder andern Recht zu geben, dazu haben wir keinen Beruf. (Sehr richtig!) Aber der Vorwurf des Herrn Bujalowsky, daß wir nicht freundlich oder gar unfreundlich vom Magistrat aus wären, ist ganz unangebracht. Wir haben nicht freundlich oder unfreundlich zu sein, sondern nur nach Recht und Gesetz zu handeln. Wenn man auch der Meinung sein könnte, die K. u. L. gibt den Ärzten nicht genügend Rechte, so muß man doch sagen, das Gesetz besteht einmal und man muß damit rechnen. Herr Bujalowsky wendet sich gegen die arbeitswilligen Ärzte. Da muß ich doch sagen, wir haben auch hier nicht einzugreifen, denn jeder muß die Freiheit haben, sich zu betätigen.

**Stadtb. Rößler (Vize):**  
Ich habe seit 20 Jahren keine Kassenpraxis und gehöre auch nicht der Ärztesammission an. Von einem Generalstreik der Ärzte kann keine Rede sein, denn sie wollen die Kranken auch nach dem 1. Januar behandeln, freilich nicht als Krankenfrank, sondern als Privatfrank. Es handelt sich auch nicht um einen Kampf gegen die Kassen, sondern um einen Kampf gegen die Kassen v o r s i t t e. Gewiß, die freie Arztwahl ist wesentlich, aber niemals ist gesagt worden, wir wollen sie unbedingt haben. Die Ärzte haben vielmehr gesagt, wir verhandeln auf den vorerwähnten Grundlagen.

Ein Schlußantrag ist eingegangen. Stadtb. Versammlung (Aler.) begründet einen Antrag auf Vertagung. Stadtb. Versammlung (Viz.) bekämpft ihn, weil hier nicht der Ort sei, diese Frage um einzelnen zu behandeln. Stadtb. Versammlung (Soz.) ist gegen den Schlußantrag, ebenso Stadtb. Versammlung (Soz.). Der Schlußantrag wird abgelehnt, der Vertagungsantrag angenommen.

**Das Bringverfahren bei den Betriebswerken.**  
Vom 1. April 1914 an soll bei den Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-Werken das Bringverfahren eingeführt werden, also die fälligen Gelder werden von den Abnehmern nicht mehr abgeholt, sondern müssen von ihnen vierteljährlich eingezahlt werden, wobei es zulässig ist, Postchecks zu benutzen. Der Finanz-Ausschuß empfiehlt die Magistrats-Vorlage anzunehmen, aber die Gebühr von 10 Pf. für den Postcheck auf die Verwaltung zu übernehmen. Der Berichterstatter Stadtb. Versammlung (Klerikal) hält die Neuerung als einen großen Vorteil und ersucht, dem Ausschuss-Gutachten zuzustimmen.

**Stadtb. Hamburger (Vize):** Der Herr Berichterstatter hat mit einem kühlen und einem trodenen Auge die Annahme der Magistrats-Vorlage empfohlen. Wenn der Herr Kammerer gehabt hätte, was aus der Vorlage gemacht wird, dann hätte er sie wohl nicht eingebracht. Ich kann im Bringverfahren keine großen Vorteile sehen; im Gegenteil, es bringt uns höhere Ausgaben. Ich kann mich im großen und ganzen nicht für das Bringverfahren erwärmen; es ist verfehlt.  
**Kammerer Matthes:** Das Bringverfahren ist ein Schöpfung von mir, sagt der Herr Berichterstatter. Es hat sich aber bei der Steuer sehr gut bewährt. Wir können dadurch die Beamten herabsetzen und haben ferner ein Zahlungsverfahren, das allem standhält. Es hat also doch eine wesentliche tatsächliche Seite, wenn wir auch bei den Betriebswerken das fordern, was sich bei der Steuer mit bestem Erfolge bewährt hat. Nach meiner Ansicht bedeutet das Bringverfahren keine Kostenersparnis, sondern eine beträchtliche Ersparnis, schon in den nächsten Jahren.

**Stadtb. Bujalowsky (Anz.):** Ich ersuche, die Vorlage abzulehnen, weil ich glaube, die Nachteile des Bringverfahrens sind größer, als die Vorteile. Alle Geschäfte sagen, das Einziehen des Geldes ist besser, als das Eintreiben. Gerade Kleinere und mittlere Bürger drückt es sehr, wenn sie das Geld einzahlen sollen, wozu noch kommt, daß dieselben eine Erhöhung der Staution in Aussicht steht.

**Stadtb. Dettlinger (Vize):** Bei unseren Steuern hat sich das Bringverfahren sehr gut bewährt. Wir würden auch hier mit dem Bringverfahren einverstanden sein, wenn man nicht verlangt, mit einer Hauptstelle abzurechnen, was bei der Steuer nach Errichtung der Zahlungsstellen nicht nötig ist. Ich sehe nur eine Möglichkeit, das Bringverfahren einzuführen, wenn wir diese Steuerstellen mit benützen. Im übrigen bitte ich, die Magistrats-Vorlage anzunehmen.

**Kammerer Matthes:** Ich bin ursprünglich auch der Ansicht gewesen, die 11 Steuerstellen zum Einzahlen zu verwenden, war jedoch sehr froh, als sich die Post bereit erklärte, das Geld anzunehmen. Dadurch haben wir 34 Zahlungsstellen erhalten, was doch ein großer Vorteil ist. Der Einwand, daß gerade die kleinen und kleinsten Abnehmer durch das Bringverfahren bedrückt werden, das ist jedoch doch ganz aus, weil diese Leute die Gasautomaten haben.

**Stadtb. Ehrlich (Anz.)** ersucht, die Vorlage nochmals an den Finanz-Ausschuß zurückzuweisen.

**Stadtb. Zimmer (Soz.):** Ich bitte Sie, diesen Antrag meines Vorredners abzulehnen, denn Neues kann doch nicht mehr vorgebracht werden. Wir stimmen für die Magistrats-Vorlage, weil wir glauben, daß dem Zahler beim Bringverfahren doch eine wesentliche Erleichterung entsteht. Es ist bequemer, sich auf eine Zahlung einzurichten, als zahlen zu müssen an einem Tage, auf den man nicht vorbereitet ist. Bei der Steuer hat sich das Bringverfahren sehr gut eingeführt. Der Herr Kammerer hat durchaus recht, es besteht eine große Gefahr, wenn heute die Beamten viele Rechnungen und Gelder in der Hand haben; beim Bringverfahren kann nicht das geringste vorkommen.

**Stadtb. v. Knochow (Anz.):** Nach dem neuen Verfahren ist es schwerer, bei Unregelmäßigkeiten an den Kassieren die nötigen Prüfungen und Vergleiche anzustellen.

**Kammerer Matthes:** Wo sich bei den Abnehmern auffällige Schwankungen zeigen, da sollen ihnen rote Zettel ausgehen.

**Stadtb. Hamburger (Vize):** Die Erfahrung hat uns gezeigt, daß wir beim Abholen des Geldes nur wenig verloren haben.

**Stadtb. Bujalowsky (Anz.):** Es scheint mir tatsächlich, als wenn es nicht möglich wäre, hier alle Einzelheiten zu prüfen. Ich bin für die Annahme des Bringverfahrens, beantrage aber, die Vorlage an den Ausschuss zurückzuweisen.  
**Der Berichterstatter** ersucht nochmals, die Vorlage anzunehmen; sie wird jedoch dem Finanz-Ausschuß zurückzuweisen.

In dem Hause Trinitatisstraße 18 werden noch weitere Räume für die Sophienschule zum Preise von 1000 Mark gemietet. Die Umbaukosten betragen 2650 Mark.

Die Mittel, die nötig waren, um die Hauptfeuerwache und die Feuerweh auf der Leubenstraße mit Automobilen zu versehen, werden um 20.000 Mark vermindert.

Im Fachgeschäft des Speisehauses auf der Weißgerbergasse wird ein Schlafraum eingebaut; die Kosten betragen 400 Mk. Der große Rindviehstall in Weidenhof muß umgebaut werden; die auf 8500 Mark veranschlagten Kosten werden bewilligt. Am Marienhospital sollen nach einem Antrage des Magistrats größere Anbauten errichtet werden, deren Kosten auf 102.770 Mk. veranschlagt sind. Die Vorlage wird dem Bau-ausschuß überwiesen.

Der schlesische Verkehrsverband erhält mit Rücksicht auf seine gemeinnützigen Zwecke, die er verfolgt, eine einmalige Beihilfe von 800 Mk.

Schluß der Sitzung kurz vor 8 Uhr.

**Das „Schwarze Kreuz“ geschlossen, der Leiter gestürzt!**

Der Leiter des Getraidehauses „Schwarzes Kreuz“ auf der Hinterstraße, Willi Dietrich, der längst viel von sich reden machte, weil bei ihm wiederholt gehausucht und Schritten beschlagnahmt wurden, weilt gegenwärtig nicht mehr in Breslau. Er hat sich, wie wir hören, mit seiner Ehefrau nach Zürich in der Schweiz geflüchtet, und wird wohl nie wieder nach Deutschland zurückkehren.

Wegen D. schweben mehrere Strafverfahren wegen Verleumdung der evangelischen und der katholischen Geistlichkeit, die er in seinen Flugzetteln stets heftig anzugreifen pflegte. Außerdem haben auch einige Polizeiverordnungen gegen ihn Straf-antrag wegen Verleumdung gestellt. Ein Teil der Anklagen ist ihm in der vergangenen Woche zugestellt worden, und er hatte sich sofort mit einer längeren Freiheitsstrafe gerechnet, da über alle gegen ihn schwebenden Strafsachen an einem Tage verhandelt werden sollte.

Die Schweiz kann D. nicht aufnehmen, weil er sich eines Verbrechens nicht schuldig gemacht hat, sondern Verleumdungen und Verleumdungen in Frage kommen. Der Nachfolger Dietrichs ist kein Inspektor Roedler, der das Amt schon länger innehatte, weil die Weltmitel in der letzten Zeit immer spärlicher flossen und die Mittel für den letzten Monat nicht bezahlt werden konnte. Bekanntlich hat der hiesige Polizeipräsident in einem Rundschreiben alle anderen Polizeikommissarien der Provinz und darüber hinaus aufgefordert, den von Dietrich betriebenen Schriftensumpf mit allen gesetzlichen Mitteln zu unterbinden. Viele polizeiliche und gerichtliche Strafverfahren sind ebenfalls in letzter Zeit zugewandert. Die zu zahlenden Geldstrafen haben eine ganz beträchtliche Höhe erreicht. In Ermangelung der Geldmittel hätte D. die Geldstrafen sämtlich ablösen müssen. Auch das wird auf den Entschluß D.'s, zu fliehen, eingewirkt haben. Der gegenwärtige Leiter, Roedler, trägt sich mit der Absicht, den Schriftensumpf durch Schwellen weiter fortzuführen, damit es ihm gelingt, die Glimpfer zu befriedigen und das Amt wieder zu öffnen. Die Staatsanwaltschaft wird hinter D. wahrnehmung eines Stadtbriefs verlassen.

In der letzten Nacht wurden etwa 200 Obdachlose im Hof beherbergt. Der jetzige Leiter der Armeo-Kassen am Morgen vor ihrem Weggange, daß die Kosten ihres „Wohnens“ von nun an geschlossen bleiben müssen. Wenn jetzt große Hilfe kommt, liegen diese Obdachlosen des Nachts hungrig und stierend auf der Straße. Da heutzutage die Obdachlosigkeit ein strafbares Vergehen darstellt, werden sie aller Voraussicht nach in Arresthaft und im Arbeitshaus Winteraufenthalts bestimmt. Dietrich hat sich den Kosten des Staatsanwalts entzogen. Dafür werden Hunderte Arme und Obdachlose hinter Gefängnis-mauern wandern müssen. Vorige Woche hat Dietrich für seine Untertanen noch eine scharfe Winternacht herbeigeholt, und diesen durch warme Kleidungsstücke eine Freude bereitet. Einen großen Vorrat von Frauen- und Kinderkleidern hat er unentgeltlich an Arme verteilt und auch dadurch viel Not lindern lassen. Man kann sich zu Dietrich stellen, wie man will; das eine wird auch der Gegner bei einem gerechtfertigten Ansehen müssen; er hat in sozialer Fürsorge viel, viel mehr getan, als mancher seiner frommen Feinde.

\* **Stadtbewerben-Verammlung.** Die nächste Sitzung der Stadtbewerben wird Donnerstag, den 18. Dezember, abgehalten.

\* **Die Kanalanschlussgebühr muß bezahlt werden.** Mehr als 100 Breslauer Hausbesitzer klagen gegen den Magistrat, weil er sie zur Kanalanschlussgebühr heranzuziehen hat; sie wollen davon befreit sein. Ueber die erste Klasse verhandelte am Donnerstag der Reichsausschuß; er hat die Darbietener abgewiesen.

**Aus aller Welt.**

**Die Wilhelm II. über den Reichstag denkt.**

Um den Fall Jäne wird nach wie vor herumgeredet. Das auswärtige Amt erklärt, der Bau der Hofschloß in Washington sei noch nicht verabschiedet. Die Architektenvereine sagen, der Fall sei noch nicht hergestellt. Auch die Berliner Bauakademie hält sich in geheimnisvollem Schweigen.

Die Wahrheit ist, daß der Kaiser den Bau an Geheimrat Jäne vergeben hat, um ihn dafür zu entschädigen, daß Jäne's Entwurf beim Bau des Opernhauses ausgefallen ist. Man hat auch den Kaiser auf das ungewöhnliche der Vergabung des Hauses aufmerksam gemacht und ihm erklärt, daß die öffentliche Meinung vielleicht sich mit dem Fall beschäftigen und daß der Reichstag opponieren würde. Darauf soll das Wort gefallen sein: Die Hunde bellen, aber der Wagen geht weiter!

Einweilen schließt der Wagen allerdings noch im trübigen Dunkel und eine neue Mitteilung, die jetzt in die Presse fließt, will sogar wissen, ihm werde demnach ein neues Hindernis vor dieäder fliegen. Die Akademie des Bauwesens soll tagen, und es heißt, es sei nicht ausgeschlossen, daß sie den Jäne'schen Entwurf wegen gewisser Mängel grundsätzlich als ungeeignet zur Ausführung bezeichnen werde.

Also: es sei nicht ausgeschlossen. Und wenn die Person es wirklich wagen, dessen werden sie sicher nicht. Und eben deshalb — was immer jetzt ihr Tun wirken mag — wird der gewisse Wagen umso sicherer in aller Richtung weiter gehen, und die Jäne werden wieder und wieder den Hofschloß haben und die Kunst erlangen.

**Ein abhänliche Verbrechen.**

In Kolln (Böhmen) wurden der Pfaffzer Smoll und sechs andere Personen verhaftet wegen des Verdachts, das hiesige Dienstmädchen Bindaska in ihre Wohnung gelockt, drei Wochen festgehalten und unter Foltern und Hunger zu schmachvollen Verbrechen mit den Männern angehalten zu haben. Als das Mädchen, welches etwas geisteskrank, jedoch von großer körperlicher Schönheit war, zum Tode abgemergert und für die Leiche verpackt worden war, übte es Smoll und seine Leute die Schmeichelei des Schmiedesgehilfen Schneider an, seinen Teil in der Leiche von Kolln vor ein Gericht zu bringen. Die Leiche wurde überfahren und man glaubte an Selbstmord. Dienstag wurde Gasmacher in Prag verhaftet. Er gab an, von Smoll nach Prag geschickt worden zu sein, um ihn wegen der Verübung des Mädchensmordes anzuzeigen. Er hoffe aber, nicht verurteilt zu werden, da er wegen Wahnsinns bereits in einer Irrenanstalt gewesen sei.

**Eine Wildertragödie.**

In den belgischen Ardennen sind Zusammenstöße mit Wildbeiben in letzter Zeit zahlreicher als sonst. Kürzlich erst wurde ein Gutsbesitzer von Wilderern erschossen, und wieder wird eine Wildertragödie bekannt. Bei Diamant überlachte der Schloßherr Theur drei Wilderer. Es kam zu einer Schießerei, die drei Opfer forderte. Zwei Wilderbeibe blieben tot auf dem Plage, und der Schloßherr wurde lebensgefährlich verletzt.

**Der Schumann als Einbrecher.**

Die Geraer zweite Strafkammer verhandelte in einer Einbruchsache, bei welcher ein Bürger der Ordnung die Rolle des Angeklagten spielte. Angeklagt war der Schumann Geitner, der in der Nacht zum 4. November bei einem Einbruchsdiebstahl auf seltener Lat erwisch worden war. Geitner hatte in Erfahrung gebracht, daß eine Frau Sommermeier, die Bewohnerin einer Villa im Gera, an dem betreffenden Abend ein Vergnügen mitnehmen wollte. Er rechnete darauf, daß die Frau erst spät nach Hause kommen werde und öffnete kurz vor Mitternacht mit einem Dietrich die Wohnung. Aus einer Weibstasche stahl er zunächst 10 Mk. Bevor er andere Beute durchwühlte konnte, wurde er aber kein Schicksal. Die Frau Sommermeier war noch Hause gekommen und wurde, als sie Licht in der Wohnung bemerkte, alarmiert. Das Haus wurde umschloß und beim Nachsehen der Angeklagte auf dem Dach gefunden, wo er sich vergeblich hinter einem Rande zu verbergen suchte.

Geitner war in der Verhandlung geständig. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Zuchthausstrafe von vier Jahren. Das Gericht hob aber auf demselben Strafmaß; es erkannte auf zwei Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust.

**Strahl am den Postboten.** Nachdem am Mittwoch die Studenten der Zahnheilkunde an der Leipziger Universität in den Streik getreten sind, weil ihnen von

der Regierung die Erlangung des Dr. med. dent. Titels abgelehnt worden ist, haben aus dem gleichen Grunde nun auch die Berliner Studierenden der Zahnheilkunde den Streik beschlossen. Alle im Zahnärztlichen Institut arbeitenden Studenten haben sich schriftlich verpflichtet, von Freitag ab die Arbeit niederzulegen.

Auch die Studierenden der Zahnheilkunde der Würzburger Universität sind am Donnerstag mittags in einen Sympathiestreik für ihre Leipziger Kollegen eingetreten. Sie fordern wie die Leipziger den Doktor-Titel der Zahnheilkunde.

**Sturm auf eine Madrider Großbank.** Infolge von schlimmen Gerüchten wurde die spanisch-amerikanische Bank in Madrid, deren Kapital hundert Millionen beträgt, dieser Tage von ungeheuren Menschenmengen besetzt. Der Sturm dürfte sich heute in noch stärkerem Maße wiederholen. Die Polizei hat daher umfassende Vorkehrungen getroffen, um die Ruhe und Ordnung vor und in der Bank aufrechtzuerhalten zu können. Unlänglich des ersten Ansturms hat die Bank an einem Tage nicht weniger als 20 Millionen Pesetas ausgezahlt.

**Verwundung eines Postwagen.** Der Postwagen, der die Post vom Bahnhof Pissino (Osterreich) zum Postamt befördern, wurde abends von unbekannten Tätern überfallen und ausgeraubt. Die Diebe stahlen zwei Säcke, in denen sich eine größere Wertsumme befand. Die den Wagen begleitenden Postbeamten erklärten, angeblich von dem Diebstahl nichts bemerkt zu haben. Die Recherchen der Polizei und der Postbehörde waren bisher erfolglos. Durch Zuhilfenahme eines Polizeibundes wurden in einem Gehäus ein leeres Sack und 1600 Kronen gefunden.

**Mordtat italienischer Missionen.** In dem schwedischen Orte Sammerby wurden kürzlich, wie mitteilt, zwei italienische Missioner verhaftet, die einen Apotheker ermordet und herabgelassen hatten. Der eine der Missionen hat jetzt das Geständnis abgelegt, daß er und sein Genosse zwei Morde in Nordischleswig begangen hätten. Die Helsingforsker Polizei nimmt an, daß die Verhafteten identisch sind mit den beiden Männern, die den 80-jährigen Akerstedter Weiden in Frage und den Gemeinde-vorsteher Anders Rissen in Seemang bei Londen ermordet haben.

**Der Mordprozess gegen Kaplan Schmidt.** Die in New York geführte Gerichtsverhandlung gegen den früheren Kaplan Schmidt wegen Ermordung des Dienstmädchens Auweiler ist besonders dadurch bemerkenswert, daß Schmidt sich beharrlich weigert, mit der Anzahl von Verteidigern zu verhandeln, die ihm seine Freunde zur Verfügung gestellt haben. Er erklärte wiederholt während der Gerichtsverhandlung, Schiden Sie mich auf den elektrischen Stuhl, ich kann diese Gefühlsbusen nicht leiden!



## Stürmische Auswahlgang der Linke-Hofmann-Werke.

Wie uns gemeldet wird, ist es bei der Wahl des Ausschusses für die Linke-Hofmann-Werke (Abteilung Maschinenbau) am Mittwoch nicht ordnungsmäßig, ja stürmisch zugegangen. Für die Laufende der Wähler war nur ein einziges Wahllokal bestimmt, der Speisesaal der Maschinenbau-Anstalt, und nur eine Wahlstunde — von 6 bis 7 Uhr abends — angelegt. Es ist deshalb kein Wunder, daß sich alles drängte und stieß, Tische und Stühle umstießen und die Stimmzettel über die Köpfe hinweg dem Wahlvorsteher überreicht wurden. Viele Hunderte konnten nicht wählen, obwohl sie lange warteten; sie mußten unverständlicher Sache nach Hause gehen. Die Aufregung unter den Arbeitern ist groß.

Das Ergebnis der Wahl ist: von den 30 gewählten Ausschussmitgliedern gehören 26 den vereinigten Gewerkschaften an, 4 sind Einzelne. Wegen der vielen Unregelmäßigkeiten wird die Wahl von den Gewerkschaften angefochten werden.

## Die gekränkten Bäckermeister.

Wie schon in der gestrigen Ausgabe berichtet, mußte sich der Bäckergehilfe Adolf Subrig aus Ströbel am Donnerstag wegen Verleumdung und Preßvergehens vor der Breslauer ersten Strafkammer verantworten. Der im gestrigen Bericht genannte mitangeklagte Bäckergehilfe Julius Katterwe war ausgeblieben und das Gericht beschloß, ihn zum nächsten Termin vorführen zu lassen. Gegen Subrig lautete das Urteil auf sechs Monate Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte sogar einen Monat Gefängnis und seine sofortige Verhaftung beantragt. Die Buchdruckermeisterin May wurde freigesprochen, dagegen erhielt ihre ebenfalls mitangeklagte Tochter Gertrud eine Geldstrafe von 150 Mark zuerkannt.

Der Anklage lagen einige Flugblätter zugrunde, die der Bäckerverband während des Breslauer Bäckerstreiks im Mai 1913 in Breslau und der Umgebung verbreitet ließ. In diesen Flugblättern wurde das arbeitserfindliche und unsoziale Verhalten einiger hiesiger Meister und solcher aus dem Landkreise, an der Hand vieler drastischer Beispiele beleuchtet. Besonders wurde die sich im Bäckergewerbe ersprechend breit machende Lehrlingszucht unter die kritische Lupe genommen. Die Flugblätter sollten das laufende Publikum über diese mißlichen Zustände in bestimmten Betrieben aufklären und es wurde die Allgemeinheit aufgefordert, die genannten Meister in keiner Weise zu unterstützen. Als verantwortlicher Verfasser hatte Subrig gezeichnet, während Katterwe als Verleger unter den Flugblättern bemerkt war. Bei Frau May, die den Druckerbetrieb gemeinsam mit ihrer Tochter führt, sind die Flugblätter hergestellt worden.

Auf die Strafanträge der benannten Meister erhob die Staatsanwaltschaft gegen die oben bezeichneten Angeklagten im öffentlichen Interesse wegen Verleumdung Anklage.

Zu der Hauptverhandlung vor der I. Strafkammer waren zwanzig Zeugen geladen. Durch einen Teil der Zeugen konnte in der Tat der Nachweis geführt werden, daß die in den Flugblättern behaupteten Tatsachen nicht etwa frei erfunden waren. So konnte zum Beispiel bewiesen werden, daß der sich beleidigt führende Meister Schöbe vier Lehrlinge und nicht einen einzigen Gefellen in seinem Betriebe beschäftigte. Ungeachtet dieser Tatsache sah Schöbe den ihm gemachten Vorwurf der Lehrlingszucht zu unrecht gegen sich erhoben. Man wird jedenfalls behaupten können, daß die Bäckerlehrlinge unter solchen Arbeitsverhältnissen soviel arbeiten müssen, wie ein oder zwei Gefellen, die Meister Schöbe bequem sparte. Daß bei den übrigen in Frage kommenden Meistern, Verhältnisse gegen die gewerblichen Schutzbestimmungen vorliegen, daß Lehrlinge geschlagen wurden und auch sonst die Behandlung der Angestellten zu wünschen übrig ließ, das alles, und noch vieles andere wurde in der Verhandlung festgestellt. Freilich, restlos bis ins Einzelne ließ sich nicht alles beweisen. Jedenfalls hat selbst der Vorsitzende in der Urteilsbegründung zugestehen müssen, daß ein Teil der in den Flugblättern behaupteten Mißstände als wahr nachgewiesen worden ist.

Aber weil sich nun nicht alles beweisen ließ, was Subrig geschildert hatte, deshalb beantragte der Staatsanwalt nicht weniger als sieben Monate Gefängnis gegen ihn. Das Gericht erkannte auf sechs Monate Gefängnis wobei herabgehoben werden muß, daß S. noch nie in seinem Leben eine Strafe, nicht einmal eine Geldstrafe erlitten hat. Rechtsanwält W. A. Mann wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß der Anklage vor seinem Standpunkte nur das Beste bezweckt hat, nämlich die Besserung seines Standes dem er „sich annehme“. Wenn auch nicht alles Unbedeutendes bewiesen sei, so könne man doch nicht behaupten, daß Unbedeutendes sei deshalb erlogen und erfunden. Keineswegs wird eine Behauptung deren Beweis nicht vollkommen glückt, schon deshalb zu einer Verleumdung. Begründet wurde das unverständliche harte Urteil u. a. damit, daß auch „mit Recht“ im Reichstage schon darauf hingewiesen worden sei, öffentliche Verleumdungen nicht leicht zu nehmen. Die Ehre sei ein Rechtsgut. Sie zu schätzen und zwar wirksam, sei Aufgabe der Gerichte. Ein Anklage, den Angeklagten Subrig sofort zu verhaften, liegt nicht vor.

Wenn in Zeiten des wirtschaftlichen Kampfes auf einer Seite wirklich einmal etwas zu scharf geschossen wird, so sollten doch auch die Gerichte dieser begreiflichen Kampfesphase etwas mehr Rechnung tragen und insbesondere nicht verkommen, mit welchen rigorosen und ungesegneten Mitteln man auch auf der anderen Seite, wo das Unternehmertum steht, den um besseres Brot kämpfenden Arbeitern oft zu begegnen weiß. Da ist aber noch kein Unternehmer auf sechs Monate eingesperrt worden.

## Die Arbeitslosigkeit der Privatangestellten.

In Wegners Restaurant auf der Neuen Gasse traten am Donnerstagabend die Privatangestellten zusammen, um über die Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Verufe zu beraten. Der Angestellte des Deutschen Technikerverbandes, Herr Rörber, hielt den einleitenden Vortrag.

Er wies darauf hin, daß ankündend für die Schwerindustrie die Krise erst beginnt. Darum werde sich der ganze Anfang der Arbeitslosigkeit im Technikerverufe erst später zeigen machen. Weil der Privatangestellte aber in seiner Tätigkeit nur so viel verdient, um seine Familie notdürftig unterhalten zu können, bleibe ihm für schlechte Zeiten, Arbeitslosigkeit u. dergl. nichts übrig. Die Folge sei dann Elend und Not. Besonders die alten Kollegen unterliegen der Gefahr, leicht auf Pfaffen gerufen zu werden.

Dagegen muß man sich durch eine gute Organisation schützen. Aber auch die Unfälle der unverschämten langen Arbeitszeiten (bis 12 Stunden täglich) und vor allen Dingen die unbezahlten Ueberstunden müssen verschwinden. Sie müssen manchem Kollegen das Brot, der sonst mehr eingebracht werden müßte. Damit wäre die Not wenigstens zum Teil gelindert.

Ein Reichsverband der Privatangestellten ist nunmehr in allen Dingen über eine Reichsarbeitslosenversicherung. Bislang ist sie freilich abgelehnt worden. Man hat die

Sache an die Gemeinden verwiesen. Daß aber nur eine staatliche Versicherung wirksam sein kann, zeigen England und andere Staaten. Die Not ist so groß, daß halbtägige Arbeitsbeschaffung werden muß. Darum empfiehlt der Redner folgende Entschliessung:

„Die durch die außerordentlich scharfe Wirtschaftskrise hervorgerufene Arbeitslosigkeit in allen Berufen verlangt gebieterisch die Einführung einer Arbeitslosenversicherung. Der geschäftsführende Vorstand des Deutschen Techniker-Verbandes wird ersucht, bei den in Frage kommenden gelegentlichen Körperlichkeiten des Reiches, der einzelnen Bundesstaaten und der Gemeinden entsprechende Petitionen einzureichen.“

Im gleichen Sinne äußerte sich ein Vertreter des Beamtenbundes, der Leipziger Handlungsgehilfen und des Werkmeisterverbandes. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

## Versicherungsdienst und Dienstboten-Versicherung.

Vom stellvertretenden Vorsitzenden des hiesigen Versicherungsausschusses, Magistrats-Assessor Dr. Goerlich, wird uns geschrieben:

Die „Volkswocht“ bringt in Nr. 289 einen Artikel „Nur keine Dienstboten-Versicherung“, in dem ich auf Grund eines ungenauen Berichtes der „Schlesischen Zeitung“ über meinen Vortrag „Die Krankenversicherung des Haushaltespersonals“ als Helfer der Dienstboten bezeichnet werde, die Anträge auf Befreiung ihrer Dienstboten von der Krankenversicherungspflicht stellen. Diese Auffassung ist vollkommen unrichtig, da ich von jeher ein Gegner dieser Anträge gewesen bin. Wenige Tage vor meinem Vortrag habe ich in einer längeren Entgegnung auf einen Artikel in der „Schlesischen Zeitung“ die Dienstbotenversicherung bringend gemacht, Anträge auf Befreiung der Dienstboten von der Krankenversicherungspflicht zu stellen. Die „Schlesische Zeitung“ hat damals erklärt, ich nehme lediglich den Interessensstandpunkt der Krankenkassen wahr. (1) In meinem Vortrage habe ich zunächst die Behauptung von der Schere durch An- und Abmeldungen, Krankenkassenkontrolle und Nichtaufnahme der Dienstboten in die Krankenkassen unterlag, die Schwierigkeiten bei Stellung der Befreiungsanträge und das Risiko der Dienstherren bei der Befreiung der Dienstboten beleuchtet, und den Personen, die durch den Befreiungsantrag stellen wollten, den Rat gegeben, wenigstens durch eine Rückversicherung sich entgegenzusetzen zu sollen. Zuhörern, die von keiner vorgefassten Meinung aus meinen Worten gefolgt sind, ist es, wie ich heute durch Fragen selbst festgestellt habe, unangenehm gewesen, daß meine alle Möglichkeiten streng sachlich behandelnden Ausführungen die Warnung enthalten haben, Befreiungsanträge zu stellen. Leider ist die Wirkung meiner Worte dadurch eingeschränkt worden, daß der Redakteur der „Schlesischen Zeitung“, Herr Herrmann, in der Diskussion für die Befreiungsanträge sehr lebhaft eingetreten ist.

Wir haben diese Zuschrift gern aufgenommen; zeigt sie doch mit aller nur wünschenswerten Klarheit, daß die „Schlesische Zeitung“ über die Dienstbotenversicherung arg gekündert hat.

## Aus den Linke-Hofmann-Werken.

Man schreibt uns: Täglich, ja stündlich mehren sich die Klagen der Arbeiter in den Linke-Hofmann-Werken, und fast keine Woche vergeht, wo wir nicht über eine oder die Arbeiter gerichtete Maßnahmen berichten könnten. Die verschiedenen Inzidenten und Meister scheinen sich gegenseitig überbieten zu wollen und greifen hierbei oftmals zu recht sonderbaren Mitteln. In der Abheilung Lokomotivbau haben sich die Arbeiter kleine Bankchen selbstverleihen um sich beim Einnehmen des Frühstücks etwas setzen zu können. Erst unlängst sind die Direktoren durch den Vertrieß gegangen und haben keinen Anstoß an diesen Gelegenheiten genommen. Doch dem leitenden Ingenieur gefällig das nicht; die Arbeiter sollen im Stehen frühstücken oder sich auf die schmuckigen, mit Eisenbahnen geladenen, schiefen Werkbänke setzen. Kurzgehand wurden die kleinen Bankchen entfernt, ohne die Arbeiter darüber zu hören. In die Werkbänke müssen auch die Arbeiter Sonnabends in der Frühstückspause von 1/2 bis 1 Uhr ihr Frühstück rot leeren. Das ist doch aller Weltwohlgeheißes zu wieder. Die Folgen können sich nur in den Krankenzahlen ausdrücken und die Vertrießkrankenliste hat die Reihe zu bezahlen. Ist es nach jahrelangem Kampfe endlich gelungen, die Lutzverhältnisse zu bessern, indem das Anfuern und Probieren der Rfel jetzt im Freien geschieht, so sollte nicht durch andere Anordnungen neue Erbitterung geschaffen werden. Besser wäre es, man tratete dafür, daß die Arbeiter im Lokomotivbau die gleiche Feuerzuzulage erhielten, wie die Belegschaft des Wagenbaues.

Ein gewissenhaftes Blatt. Bis auf die Knochen blamiert hat sich wieder einmal die „Schlesische Morgenzeitung“. In dem Streit um den Wortlaut der Jahreshauptversammlungen muß sie natürlich auch Partei ergreifen und ohne sich im geringsten um die tatsächlichen Verhältnisse zu kümmern, nicht sie einen richtigen Senf auf, dessen althergebrachter Inhalt schon erlitten war, als das arme Papier gedruckt wurde. Inzwischen ist bekanntlich aus dem amtlichen Protokoll festgestellt worden, daß Herr Mattina die von der „Schlesischen Tageszeitung“ behaupteten Sätze wirklich gesprochen hat. Nicht nur, daß der Richtermeister der „Schlesischen Morgenzeitung“ während der wichtigen Stadtdirektorien-Verhandlungen geschlafen hat, er war auch noch zu faul, sich nachher um die tatsächlichen Neben zu kümmern. Dafür wundert sich der brave Mann jetzt in seiner Blamage. Wir ratifizieren.

Ein Zeitbild. Ein Leser schreibt uns: Ich passierte am Mittwochabend den Ring. Am Rathaus hatten Händler einen Koch total verfaulten Wepfel in einen Schneehaufen geschüttet. Ein Mann in Arbeiterkleidung sah das elendste schwarze Zeug liegen und stülte damit aerig seinen Hunger. Dann stülte er sich noch beide Rocktaschen, wahrcheinlich als Ersatz für seine Familie. Zwei fettsackelbete Damen blieben stehen, schüttelten die Köpfe und gingen mit Bemerkungen weiter, die ich nicht recht verstehen konnte. Ich sah sie bald darauf in ein großes Geschäft treten und wette, daß am selben Abend von ihnen noch Hunderte für nichtigen Land ausgesendet wurden. Für den Hungerer boten sie nichts übrig. Weihnachtzeit!

Witger Schwerezeugung. Man schreibt uns: Eine Gemeindefahrt von Su zieren, die am Mittwochabend in einer Bierwirtschaft am Neumarkt eine Weihnachtsfeier veranstaltete, machte im Anschluß daran einen lustigen Festzug durch die Stadt mit einem ulka ausgestatteten Rollwagen. Es war dazu in aller Form die polizeiliche Erlaubnis nachgesucht und auch erteilt worden. In dieser behördlichen Genehmigung waren aber die Straßen durch die die Fahrt unternommen werden sollte, ausdrücklich bezeichnet. Die Schweidnitzerstraße, die auch für Festzüge während der Jahreshauptversammlungen vergeben wurde, war selbstverständlich auch diesmal ausgenommen. Die lustige Studentengesellschaft legte sich jedoch über diese Einschränkung hinweg und benutzte die Schweidnitzerstraße, um zu Kieckling's Bierkeller in die Junkerstraße zu gelangen. Selbstverständlich hielt ein Schutzmännchen die Veranlasser des Umzugs an und schrie ihre Namen auf. Eine kleine polizeiliche Strafe, die folgen wird, dürfte rechtlich die gute Laune der Teilnehmer nicht verderben.

Alles aufgeben. Am Donnerstagvormittag wurde auf dem Ring ein auf der Klosterstraße wohnendes Fräulein, das sich im Zustand nicht bester, wurde sie von Sanitätsleuten der Feuerwehr ins Altherbsthospital gebracht. Abends kurz vor 10 Uhr wurde auf der Klosterstraße ein Schutzmännchen ein Rollwagen frant aufgefunden. Auf ihm blieben Sanitätsleute der Feuerwehr zunächst im Benzol-Dampf-Krankenhause und von dort in die Deilmannstraße auf dem Lindenberg.

## Zur Volksvorstellung am Sonntag

Sind noch Billets für 20, 50 und 60 Pfennig gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches im Zimmer 83 des Gewerkschaftshauses zu haben. Zur Aufführung gelangt „Der Diener zweier Herren“ und das von der Polizei beanstandete Stück „Crainquebille“.

Wer sich einmal ein besonders lustiges Bühnenwerk mit stark satirischer Tendenz ansehen will, der benutze die günstige Gelegenheit und versorge sich mit einem Billett.

Die Waren-Ausstellung des Konsum- und Sparvereins „Vorwärts“, die am Donnerstag im Saal 8 des Gewerkschaftshauses aufgemacht wurde, ist schon am Eröffnungstage von Hunderten besucht worden. Damit recht viele der Genossen und Gewerkschaftler und deren Frauen die wertvolle und aufklärende Ausstellung besichtigen können, ist sie bis Montag verlängert worden. Die Besichtigungszeit ist mochenags von 7 bis 9 Uhr abends, Sonntag von 4 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends.

Selbstmordversuch. Am 11. Dezember hat sich ein Arbeiter in angetrunkenem Zustande an der inneren Türschwelle eines Kaufstalls auf der Friedrich-Wilhelmstraße zu erhängen versucht. Er wurde aber bald bemerkt und abgeholt. Nachdem er sich erholt hatte, konnte er seine Wohnung aufsuchen.

Gefangenommener Handhändlerräuber. Am Mittwoch gelang es der hiesigen Polizei, einen Lavezierer zu ermitteln und festzunehmen, der seit Anfang August auf dem hiesigen Hauptbahnhof vier Damenhandtaschen entlohnen hatte.

Verhaftet wurde ein Arbeiter, der am Mittwoch eines auf dem hiesigen Bahnhof angekommenen Golliger in eine Badeanstalt gelockt und ihm dort sein Portemonnaie mit 10 Mark geraubt hat.

## Bereine und Versammlungen.

Achtung, Konfessionsgenossen. Nächsten Sonntag, 14. Dezember, vormittags 10 1/2 Uhr wird im Gewerkschaftshaus eine große Konfessionsgenossenversammlung abgehalten, wo über die bevorstehende Kündigung des Tarifes beschlossen werden soll. An die organisierten Arbeiter ergeht die Bitte, ihre in diesem Berufe tätigen Frauen und Töchter auf diese Versammlung hinzujeweißen und zum Besuch zu veranlassen.

Krieg der Fremdenlegen! So lautet die Tagesordnung einer Versammlung, die morgen Sonnabend im Saale der „Neuen Vorze“ auf der Graupenstraße abgehalten wird. Der ehemalige Korporal der Fremdenlegen Ch. Wolf aus München wird einen Vortrag halten. Die Versammlung beginnt um 9 Uhr abends.

## Theater, Konzerte und Vergnügungen.

Der Zirkus Sidoli eröffnet morgen Sonnabend, den 13. Dezember, um 8 1/2 Uhr abends im hiesigen Zirkus Busch-Gebäude sein diesjähriges Gastspiel. Der Name Sidoli verbergt allen Freunden der wahren Zirkuskunst ein Reihe genussreicher Abende. Der Marktall umfist jetzt 130 eigene Pferde. Aber auch in künstlicher Beleuchtung wird nur das Beste geboten werden, sodass das Programm als Weltaktprogramm bezeichnet werden kann. — Billetporverkauf im Verkehrsbureau Barasch, im Zigarettengeschäft W. Sominski und an der Strömkasse.

## Neueste Nachrichten.

### Studentenstreik.

Berlin, 12. Dezember. In der gestrigen abend abgehaltenen Versammlung der Studierenden der Jahreshauptversammlung, die durchaus ruhig und sachlich verlief, wurde einstimmig der Streik beschlossen. Es wurde ein Ausschuss gewählt, der eine Audienz im Kultusministerium nachsuchen soll. Die gestrige Versammlung erhielt durch Telegramme Kenntnis davon, daß außer in Berlin, Würzburg und Leipzig auch in Breslau, Marburg und Greifswald der Streik beschlossen worden ist.

### Schwerer Unfall auf einem Torpedoboot.

Paris, 12. Dezember. Aus Brest wird gemeldet: Auf dem Kanonenboot 888 das im Hafen von Brest vor Anker liegt, ereignete sich gestern ein schwerer Unfall infolge Platzens eines Dampfrohres. Drei Mann erlitten hierbei ziemlich erhebliche Verletzungen. Einer von ihnen mußte in schwerverletztem Zustande ins Krankenhaus transportiert werden.

### Bereinigung Aretas mit Griechenland.

Athen, 11. Dezember. Die griechische Regierung hat den Mächten den Text der Konventionen von London, Rumarest und Athen mitgeteilt und brachte ihnen so indirekt zur Kenntnis, daß die Insel Aretas hinfür einen Teil des Königreiches Griechenland bildet.

### Die mexikanischen Rebellen juridisch geschlagen.

Mexiko, 12. Dezember. Die Konstitutionalisten sind vor Tancico juridisch geschlagen worden. Die mexikanische Regierung gibt bekannt, daß der von den Rebellenführern Carranza und Gonzalez eineleitete Angriff auf die Stadt nach dreitägigem Kampfe abgewiesen wurde. Das mexikanische Kanonenboot „Bravo“ konnte vom Hafen aus erfolgreich an dem Kampfe teilnehmen.

### Wann wird der Panamakanal eröffnet?

New York, 12. Dezember. Oberst Goethals, der Leiter des Panamakanalbaues, erklärte in Washington, daß der Panamakanal nicht vor dem 1. Mai 1914 von Handelschiffen durchfahren werden könne. Als Grund hierfür gibt er die fortwährenden Erbauungsarbeiten des Cucurach am Colebradurchnitt an. Amundjens Bolarschiff „Frang“, das als erstes Schiff den Kanal durchqueren wollte, wird auf die Durchfahrt verzichtet und um das Kap-Horn nach San Francisco fahren.

### Erfolge der mexikanischen Rebellen.

New York, 12. Dezember. Die Stadt Soledad im Staate Hidalgo ist von Insurgenten erobert worden. 1500 Revolutionäre rüdten unter dem Befehl des früheren Staatskämpfers Vincento Segura auf die Stadt Vaducha vor, die nur 50 Meilen von der Stadt Mexiko entfernt ist. Die Rebellen sollen beabsichtigen, die Bahnverbindung zwischen der Stadt Mexiko und Veracruz zu unterbrechen. Nördlich von Monterrey ist von den Rebellen ein auf dem Wege nach Huepolaro befindlicher Militärzug in die Luft gesprengt worden.

### Das Währungsfeierjahr.

New York, 12. Dezember. In der kanadischen Gesellschaft hielt Staatssekretär Bryan gestern eine längere Rede, in der er auch erklärte, daß die Vereinigten Staaten für den Frieden in der Welt alles tun werden, was in ihren Kräften liegt. Er erklärte an, daß die amerikanische Regierung den Gesandten eingehende Vorschläge für die Einhaltung eines Währungsfeierjahres vorlegen werde und im Anschluß daran Vorschläge für die Einigung von Handelsverträgen machen werde. Die Vorschläge der amerikanischen Regierung würden es den Mächten ermöglichen, vollständig für den nächsten Jahr aus dem Wege gehen zu können und die Welt würde bald einigebunden sein. Das die Bundesregierung ein Ueberbiete bei der alten Zeit der Barbarei ist. Bryan sprach bei den zahlreichsten Zuhörern für seine Ausdrucksweise einen Versuch.

# Umsonst 4 praktische Weihnachts-Geschenke

erhalten Sie, wenn Sie Ihren Bedarf in **Trikotagen, Wäsche, Krawatten, Socken, Strümpfe, Kleiderstoffen, Züchen, Inletts, Kostümröcken, Blusen, Damen- und Kinder-Üstern, Joppen, Arbeitshosen, blauen Reutlinger Anzügen, Strickwesten und Sweaters etc.** bei uns decken.

Beim Einkauf **2** einen prachtvoll. Wandkalender von Mk. — gratis. —

Beim Einkauf **4** einen schönen Christbaum von Mk. — gratis. —

Beim Einkauf **6** einen grossen Weihnachts-Strietzel von Mk. — gratis. —

Beim Einkauf **8** einen lebenden Karpfen von Mk. — gratis. —

Alle von uns geführten Waren sind wie bekannt streng reell und billig und erhalten Sie trotz der Geschenke die üblichen Rabattmarken

**Wilhelm Langer, Ad. Hohmuths Nfg.,**  
Gräbschener Strasse 18. Friedrich-Wilhelm-Strasse 95.

Für die betreffenden Geschenke geben wir Gutscheine aus, welche kurz vor dem Feste in unseren Geschäften eingelöst werden.

Reuschestrasse 2  
am Bücherplatz.  
Filialen in den grössten Städten Deutschlands.

## Schuhhaus Neptun

Reuschestrasse 2  
am Bücherplatz.  
Filialen in den grössten Städten Deutschlands.



**Neu eröffnet!**

**Einheits-Preis**

Für Damen- u. Herren-Stiefel  
in schwarz, braun und Lackleder.

**Berg-Stiefel  
und Promenaden-Schuhe**

Jedes Paar ohne Ausnahme



**Neu eröffnet!**

Ich bringe nur eleganteste, neueste Formen  
und übernehme für jedes Paar volle Garantie

In dieser Preislage bringe ich etwas  
: : Ueberraschendes : :

Ein Blick in die Schaufenster sagt  
: : Ihnen alles : :

Jedes Paar ohne Ausnahme

**Nur Gutes!**  
11069 und  
ein Schwein gratis  
beim Einkauf von 50 Pf.  
1 Pfd. Schokolade 65 Pf. gut  
1 Pfd. - 75 Pf. fein  
1 Pfd. - 100 Pf. hochf.  
1 Pfd. - 120 Pf. bittere  
Spezialität:  
**Sahnen-Konfekte  
Christbaum-Behang**  
3/4 Pfd. 10 Pf. mittel  
3/4 - 15 - gut  
3/4 - 20 - fein  
3/4 - 25 - hochfein  
3/4 - 30 - extrafein  
Heißebräuden u. Heißeher  
z. 60 Pf. an b. 300 Mk.  
Bestere ist bei mit ausgeheilt.  
**Will Garcke**  
Nikolaistraße 64.

**Hut-Hanke**  
Inh.: Joh. Tessmer  
7254  
Hüte Mützen  
Lieferant d. Kaiser- u. Sparvereins, Vorwärts  
Friedrich-Wilhelmstr. 23

**Billiger Pelzwarenverkauf!**  
Empfehle mein reich sortiertes Lager in  
Shawls, Stolas und Muffen sowie Kinder-garnituren  
in bekannt guter Ausführung und ganz besonders billigen Preisen.  
Reparaturen prompt und billig in eigener Werkstatt.  
Nur Friedr.-Wilhelmstr. 12, am Bachplatz.  
Inhaber: A. Blut. 11062

**Brieger's Herren-Modebazar, Albrechtstr. 52**  
Herren-Wäsche, Krawatten, Trikotagen und Hüte  
gibt auf die bekannt billigen Preise noch  
**grüne Rabattmarken.** 9706

**Haus- u. Küchengeräte sowie kompl.  
Einrichtungen, Werkzeuge für Maurer,  
Zimmerer und Tischler**  
kaufen Sie reell und billig bei  
**Paul Hauschild jr.,**  
Eisenwarenhändler.  
103 Friedrich-Wilhelmstrasse 103. 8764

**Schultaschen**  
aus Rindleder, Dauerhaft 4.50 Mk.  
**Handkoffer Markttaschen 3 Mk.**  
feine Portemonnaies, Portmuffen, Hand-  
taschen etc. empfiehlt 10849  
**Paul Franke, Gartenstr. 48.**

**Der Musikkenner**  
kauft am besten u. billigsten  
bar oder auf Teilzahlung  
nur im **Musikhaus  
Max Melzer**  
KREUZBURG, Friedrich-Wilhelmstr. Nr. 34.  
Vorzügliche Sprechapparate,  
Wiener Akkordeons, Zithern,  
Mandolinen etc. 10848  
Grösste Auswahl in neuesten  
la. Doppelplatten. Schallplatten  
von 80 Pf. an, 1.50, 2.-,  
3 Mk.  
Für 3 alle  
tauschen  
gegen  
Platte!

**Ulster, Paletots  
Wetter - Mäntel  
: Anzüge :  
Jünglings- und Knaben-  
: Garderobe :  
in nur reellen Qualitäten  
zu billigsten Preisen. 11432**  
**Eduard Freund**  
52 Reusche-Strasse 52

**Zum Weihnachtsfeste!**  
Gute, billige Uhren  
unter Garantie.  
**Gold- und Silber-Waren**  
Silb. Herren- u. Damen-Uhren von 7 Mk. an  
Goldene Damen-Uhren " 12 " "  
Goldene Herren-Uhren " 24 " "  
Reparaturen, Wanduhren und Wecker billigst.  
Reparatur in verschiedenem Gold schon von 6 Mk. an.  
Groschen, Ohringe, Armbänder usw.  
Ketten für Herren und Damen äußerst haltbar.  
Reparaturen werden sauber und billig ausgeführt.  
**R. Leitloff, Uhrmacher,**  
Nikolaistraße 41, am Königplatz. 10768

**Reell!  
Gut!  
Billig!**  
kaufen Sie  
**Uhren und  
Goldwaren**  
**Goldene Trauringe**  
besonders preiswert, nach  
Gewicht. 111448  
Friedrich-Wilhelmstr. 10849  
**Arnold Dörschthal**  
Uhrmachermeister  
Friedrich-Wilhelmstr. 10849  
am Bachplatz

**ff. Tuche**  
reine wollen  
Anzug- und Paletot-Stoffe  
zu **Spottpreisen**  
Kein Leder — nur 1. Klasse  
**Kreuzburgerstr. 25**  
empfehlen D. Tessmer. 11445

**Fleischwaren!**  
Räucherfleisch 2 Pf. 80 Pf.  
Ranch-Fleisch - 90 -  
Prima Roll-Schinken  
2 Rollen à 1 Pf. 1.20  
Stückliche andere Fleisch-  
waren zu Tagespreisen.  
**Emil Hellmann**  
Sandstrasse 16  
am Bachplatz

**Moderne Sprechapparate**  
mit und ohne Trichter  
in allen Preislagen, von 12 Mk. an.  
**Grammophon- und Zonophon-Platten**  
in jeder Preislage, von 1,25 Mk. an  
**Die neuesten Schlager!**  
Reise um die Erde in 40 Tagen :: Hochherrschaftliche  
Wohnungen :: Farmermädchen :: Tangoprinzessin  
Wie einst im Hal :: Tango :: One-Step  
Ferner unterhalte bestsortiertes Lager in 11472  
**Karole-, Beka-, Favorite-, Parlophon-Platten**  
Gelegenheitskauf: Ein grosser Posten doppelhelige Platten verkauft, um baldigt  
damit zu räumen a 75 Pf.  
**Bernh. Wedler, Gartenstrasse 89**  
Fabrik Kl.-Tschansch. 1 Minute v. Hauptbahnhof.  
Achten Sie genau auf Nr. 89.  
**PAUL KAISER**  
Klosterstrasse 68  
Gegenüber der Lützowstr.

**Schlesische Zonophon-Centrale**  
G. m. b. H.  
Bücherplatz 29, Ecke Ring,  
Gartenstrasse 89.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 12. Dezember.

### Die Frauen und die Krankenkassenwahlen.

Der nächste Frauenabend des sozialdemokratischen Vereins besteht diesmal nur aus einer Versammlung für alle Stadtteile, die Montag, den 15. Dezember, im Gewerkschaftshaus abgehalten wird.

Dieser Frauenabend soll allen weiblichen Mitgliedern Gelegenheit bieten, einen Vortrag des Genossen Alfred Beifert anzuhören über die überaus wichtige Frage: „Welche Arbeiten sind bei der bevorstehenden Wahl zur allgemeinen Krankenkasse von unseren Frauen zu verrichten?“ Wir bitten die weiblichen Mitglieder, sich diesen Abend freizuhalten und den Frauenabend zu besuchen.

### Stadtverordneten-Versammlung.

Den Löwenanteil der gestrigen Sitzung verschlang eine eigentlich garnicht auf der Tagesordnung stehende Angelegenheit, der Streit zwischen Krankenkassen und Ärzten. Ein einfacher Antrag des Magistrats, der die Betriebskasse einen Zuschuß zu geben, damit sie ihre Verpflichtungen erfüllen kann, der also streng genommen mit der aktuellen Frage nichts zu tun hat, wurde zum Anlaß genommen, in großer Debatte den Ärztekampf zu behandeln. Die Ärzte, die sich durch eine völlig falsche Darstellung der Verhältnisse ihres Kampfes und eine ebenso falsche Beurteilung der Regierungs- und Versicherungsbehörden in eine für sie höchst unangenehme Situation gebracht haben, zeigten auch hier das Bedürfnis, ihre Sache vor einem weiteren Forum zu vereidigen, und hatten Herrn Stadtverordneten Dr. Reich mit der Älteste beauftragt. Man muß es ihm zugestehen, daß er die Sache seiner Kollegen mit Ernst und Sachlichkeit behandelte und den aggressiven Charakter früherer Reden mit einem mehr sentimentalen Einschlag versehen hatte. Ohne eine Unterbrechung von der anderen Seite mußte es für den Ur- und Eingeweihten so aussehen, als wäre den Ärzten tatsächlich nur Unrecht geschehen. Dieses Bild änderte sich allerdings ganz erheblich, als die drei folgenden Redner gesprochen hatten, Stadtverordneter Genosse Zimmer, Stadtrat Reichert und Magistratsassessor Görlitz. Stadtverordneter Zimmer konnte an der Hand der urkundlich belegten Vorgänge in der eigenen Kasse, der kaufmännischen, darlegen, daß von dieser Seite alle Versuche gemacht worden sind, das alte, friedliche Verhältnis mit den Ärzten fortzusetzen, und daß die Ärzte selbst die neu vereinbarten Bedingungen auch mit 21 gegen 5 Stimmen zugestimmt hatten. Dann wurden sie, meist gegen ihren Willen, von dem Leipziger Verbande an der Unterzeichnung der Verträge gehindert, die sie selbst abgeschlossen hätten, und damit wurde der Kriegszustand erklärt. Hatten diese Mitteilungen schon ein sonderbares Licht auf die Friedensliebe der Ärzte geworfen — deren sachliche Forderungen wir durchaus nicht in Kauf und Bogen verwerfen —, so brachten die anschließenden Mitteilungen der Magistrats-Vertreter geradezu erdrückendes Material für die überhebende Art, mit der die Ärzte ihre Verhandlungen allen Finanzen gegenüber führten. Danach haben auch die Aufsichtsbörden und die Vertreter der städtischen Kassen sich fast blindlings gegen die Ärzte benommen, um den Frieden zu erhalten, zu dem die Kassen die Hand geboten hatten; auch sie fielen immer wieder ab. Den Gesamteindruck dieser Tatsachen konnten auch die folgenden Redner, Stadtverordneter Genosse Landsberg und Dr. Löpsch, nicht abschwächen, so sehr sie auch Nichtigkeitsurteile in Einzelheiten der Verhandlungen vorbrachten. Genosse Landsberg hatte von der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion die Zustimmung erhalten, seine von den meisten übrigen Genossen akzeptierte Ansicht über den Streit ebenso wie die Vorstände der Krankenkassen vertreten zu können, da es sich hier um keine Parteifrage handelte, sondern die Meinungen in allen Lagern, auch im übrigen, geteilt sind. Obwohl nun der Zufall der Wortmeldungen es so fügte, daß die Argumente des sozialdemokratischen Krankenkassenvertreter Zimmer von den Argumenten des sozialdemokratischen Arztes Landsberg widerlegt werden konnten, wurde die Debatte ohne jede Schwärze, mit vorbildlicher Sachlichkeit, ja Vornehmheit geführt, was auch die ganze bürgerliche Presse anerkennen muß. Trotzdem müssen wir bekennen, daß wir uns nach einer Wiederholung solcher Situationen, wo ein Genosse im Angesicht der Gegner gegen den anderen polemisiert, nicht wünschen, sondern der gleichen in Zukunft vermeiden sehen möchten. Ehen Stadtverordneter Landsberg zu Wort kam, hatte Herr Bujakowski in seiner bekannten plumpen Weise versucht, die Sache aufs parteipolitische Gebiet zu schieben und sich den Ärzten als unermittelter Anwalt aufzubringen. Daß er mit seinem, jeder Sachkunde haren Übernehmen die Sache der Ärzte nur kompromittieren könne, wurde ihm sofort vom Genossen Landsberg bestätigt. Oberbürgermeister Matting nahm den Magistrat gegen den von Bujakowski erhobenen Vorwurf in Schutz, parteiisch zu Gunsten der Kassen eingegriffen zu haben. Magistrat und Aufsichtsbehörde haben nur über Einhaltung der Gesetze zu machen, und auf dem Boden der Gesetze hielten sich diesmal die Kassen. Noch standen acht Redner auf der Liste, als die Vertagung der Beratung auf die nächste Sitzung beschlossen wurde.

Vorangegangen war der Ärzte-Debatte eine Aussprache über die Einführung des Bringensystems bei den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken. Wie bei den Steuern soll in Zukunft der Betrag der Rechnungen nicht mehr durch Erheber eingeholt werden, sondern durch einen Postboten auf allen Wohnstätten einosaßelt werden. Da aber

über das System noch viele Unklarheiten und große Meinungsverschiedenheiten herrschten, ging die Vorlage noch einmal an den Finanzausschuß zurück.

### Ärzte und Krankenkassen.

Ueber einen Antrag des Magistrats an die Betriebskrankenkasse für die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke einen Zuschuß von 3000 Mark zu geben, unter der Bedingung, daß sich die Kasse mit Ablauf des Jahres 1914 der zweiten Betriebskrankenkasse anschließt, berichtet Stadtr. Reichert (lib.). Er empfiehlt, den Zuschuß zu bewilligen, es aber abzulehnen, irgend einen Druck auf die Kasse auszuüben, ob oder an welche Kasse sie sich anschließen wolle.

Es ist ein Antrag von 30 Stadtverordneten eingegangen, den Magistrat zu ersuchen, in den städtischen Krankenhäusern eine 26 wöchige Dienstboten-Versicherung einzurichten.

Stadtr. Reichert (lib.) wünscht, daß nicht über diesen Antrag verhandelt wird, Stadtr. Hamburger (lib.) ist dafür.

Die Versammlung beschließt, über diesen Antrag zu verhandeln.

### Stadtr. Dr. Reich (lib.):

Die Vorlage ist ausreichend begründet und ich wollte hier nur fragen, wie sich die ärztliche Versorgung der Mitglieder stellen wird, wenn am 1. Januar der Kampf zwischen Ärzten und Krankenkassen in ganz Deutschland ausbricht, der in Breslau am heftigsten entbrennen wird. Durch die Reichsversicherungsordnung wird die Zahl der Versicherten stark vermehrt, indem Leute bis zu 2500 Mk. statt bisher 2000 Mk. Einkommen versicherungspflichtig sind und weite Schichten der Versicherungspflicht neu unterstellt werden. Dazu kommt die große Zahl der freiwillig Versicherten und selbst Familienangehörige von Kreisbürgern werden den Kassen angehören. Zwei Drittel der Bevölkerung werden versicherungspflichtig und nur noch ein Drittel verbleibt den nichtangestellten Ärzten. Dieses Mittel aber setzt sich auch noch zum Teil aus Armen und Soldaten zusammen. Da ist es nicht möglich, daß die Ärzte die Kassenmitglieder wie bisher weiter behandeln, die Not zwingt sie vielmehr, die freie Arztwahl und eine Erhöhung der Honorare zu fordern. Die Verhandlungen von Organisation zu Organisation sind gescheitert. Es ist auch nicht richtig, daß die Krankenkassenmitglieder der ersten Klasse zum gleichen Honorar behandelt werden wie die übrigen. In Breslau haben sich die Krankenkassen mit 130 000 Mitgliedern zusammengetan, um einen Ausweg zu suchen, indem sie mit neuen Ärzten in Verbindung treten. Sie haben sich an 60 oder 61 Ärzte gewandt. Diese würden bei hundert Mitgliedern etwa 45 bis 50 Leistungen am Tage zu vollbringen haben. Dabei aber müßten sie körperlich und seelisch zusammenbrechen. Das werden sie nicht, es wird vielmehr eine Massenarbeit Platzgreifen, die eine große Gefahr für die Bevölkerung werden wird. Bezeichnend ist, daß die Ärzte, die ihren Kollegen in diesem schweren Kampfe in den Rücken fallen, die das tun, was sonst in den Arbeiterkreisen am schärfsten verurteilt wird, hier wegen ihres Tuns noch Anerkennung finden. Die Not zwingt sie nicht zu diesem unsozialdarigen Verhalten, denn wenn es die Not wäre, dann müßten sich nicht 60, sondern tausende gemeldet haben. Es sind hier Verträge mit Ärzten abgeschlossen worden, die unter Kontraktbruch von Köln weggehen. Der zweite Breslauer Krankenkassenverband hat die freie Arztwahl eingeführt, und sie hat sich gut bewährt. Ich habe das alles hier vorgebracht, obwohl es eigentlich nicht zur Vorlage gehört (Zuruf: Sehr richtig!), aber die Würdehaftigkeit hat ein Recht zu erfahren, wie es um den Ärztestand bestellt ist, der immer für das Wohl der Bevölkerung eingetreten ist.

### Stadtr. Zimmer (Soz.):

Der Berichterstatter hat schon mit Recht darauf hingewiesen, daß den Krankenkassen das Recht der Selbstverwaltung nicht beschnitten werden darf und wir keinen Druck auf die Kassen ausüben dürfen, wo sie sich anschließen wollen. Vor allem haben darüber doch die Versicherten ein Wort mitzu reden, die 2/3 der Beiträge zahlen, während die Stadt doch nur 1/3 der Beiträge zahlt. Sonderbar berührt es, daß die Stadtverordnetenversammlung in Anspruch genommen wird, um zugunsten der Ärzte Stellung zu nehmen, die den Kampf schon seit Monaten vorbereitet haben. Verwahrung aber muß ich besonders dagegen einlegen, daß die Kassen die Schuld an dem Streite trifft. Festgestellt muß werden, daß Ärzte, die zwanzig Jahre und länger den Kassen dienen, die mit ihrem Verhältnis zufrieden waren die auch nie Streit mit den Vorständen gehabt haben, wider ihren Willen mit in den Kampf hineingezogen werden. Bei der kaufmännischen Kasse bestand der angebliche „Terroismus“ des Vorstandes darin, daß die Wünsche der Ärzte restlos bewilligt wurden, sobald bei diesen selbst die Meinung vorhanden war, es komme hier ein Mustervertrag zustande, wie man ihn nur überall wünschen könnte. Der Vorstand hat darauf an den ersten Verband geschrieben, um den gleichen Vertrag allgemein einzuführen. Wenige Stunden vor der einberufenen Sitzung erschienen aber alle Ärzte von ihrem Vorstehenden ein Schreiben, daß sie dieser Sitzung fernbleiben sollten, und tatsächlich sind sie dann auch alle nicht erschienen. Die Ärzte der kaufmännischen Kasse haben dem neuen Vertrag mit 21 gegen 5 Stimmen zugestimmt und noch weitere Wünsche der Ärzte würden dabei mit erfüllt. Vier Wochen lang war es dann den Ärzten nicht möglich, ihre Unterschrift zu geben; sie sagten, sie seien zu stark beschäftigt. Da sagte sich doch der Vorstand, daß nun Schluß gemacht werden müsse. Es wurde verlangt, daß die Ärzte bis zum folgenden Tage Mittag die Unterschrift zu leisten hätten, und da dies nicht geschah, ergingen die Inzerate um neue Ärzte. Es war nicht der Vorstand, so zu handeln, denn er konnte die Mitglieder nicht der Gefahr aussetzen, daß sie am 1. Januar ohne Ärzte waren. Trotz der Inzerate hat der Vorstand weiter zu verhandeln versucht, und es ist auch falsch, daß man nicht mit der Organisation der Ärzte verhandeln wollte. Im Gegenteil, es ist mit deren Kommission verhandelt worden. Auf die geforderte Gruppierung der Mitglieder nach Klassen konnten sich die Kassen nicht einlassen. Ein sozialer Grundlag ist, daß die starken „Hüllern auch etwas von den Leuten der Schwächeren mit tragen sollen. Zudem haben die Kassen eine sehr große Zahl von Lehrlingen als Mitglieder, die nur sehr geringe Beiträge zahlen. Die Forderungen des Leipziger Ärzteverbandes zu bewilligen, wäre nur bei einer erheblichen Beitragserhöhung möglich gewesen. Ganz abgesehen aber davon, daß wir eine solche den Mitgliedern bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage nicht zumuten können, bedarf es auch der besonderen Zustimmung der Arbeiter um die Beiträge über 4 1/2 % hinauf zu erhöhen, und diese Zustimmung wäre auch nicht erfolgt. Wenn auf die gewaltige Leistungen verwiesen wird, die die neuangestellten Ärzte zu vollbringen haben werden, so muß doch gesagt werden, daß auch heute schon manche Ärzte über 100 Kranke am Tage haben und in Leipzig, unter der freien Arztwahl, bringen es manche Ärzte sogar auf 200 Kranke an einem Tage. Nach der Statistik der kaufmännischen Kasse hatten die Ärzte im vorigen Jahre pro Quartal 3098 Hausbesuche auszuführen und 34 412 Kranke wurden, in der Sprechstunde abgefragt. Wenn man bedenkt, daß viele Leistungen in der Sprechstunde nur in einer Unterschrift zur Erneuerung des Rezeptes bestehen, so ist ein Durchschnittshonorar von 50 Pfennigen für jede Leistung durchaus nicht zu niedrig. In den Vorständen herrscht über die Forderungen des Ärzteverbandes nur eine Meinung. Unternehmer und Arbeiter, Mitglieder aller Parteien halten sie als unerfüllbar. Sogar der Direktor der Gruppe steht auf dem Standpunkte der Sozialdemokraten (Stadtr. Reichert). In dieser Beziehung ist die Not der Kassen hat eben alle zusammengeführt.

Auf die guten Erfahrungen des zweiten Krankenkassenverbandes mit der freien Arztwahl hätte die Stadtverwaltung nicht

verweisen sollen. Die Malekasse, die diesen Verbande an gehört, erhebt fünf Prozent Beiträge, gewährt nur die Mindestleistungen, hat keine Familienbehandlung und muß jetzt zwangsweise aufgehoben werden. Herr Reich hat mit einem Ausführlicher geäußert, daß er nicht weiß, wieviel Ärzte den Kassen bereits zu Verfügung stehen. Ich will es ihm auch nicht sagen. (Stadtr. Reich: Na!) Ach, ich kann es Ihnen auch sagen. Schon vor zwei Tagen haben 63 Ärzte unterschrieben und doppel soviel haben sich gemeldet. Daß die materielle Lage der Kassen nicht so rosig ist, wie es von den Ärzten hingestellt wird, geht daraus hervor, daß der doch verhältnismäßig gut gestellten kaufmännischen Kasse 260 000 Mark zum Reservefonds fehlen.

Wir sind zu Verhandlungen jederzeit bereit gewesen. Es ist uns nicht gleichgültig, mit Ärzten zu brechen, mit denen wir stets im besten Einvernehmen gelebt haben und von einem Machtspiel kann schon gar keine Rede sein. Aber wir können die Kassen nicht einfach dem Leipziger Verbande und dem blinden Zufall überlassen. Wir müssen die Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang bringen. Wir können nicht die Leistungen der Kassen herabsenken oder das Gemeinwohl verkaufen, wie ein Herr empfohlen hat. Warten Sie ab, was nach dem ersten Januar kommt. Es werden sich dann auch noch Breslauer Ärzte melden. Dem Antrage des Magistrats stimmen wir zu, natürlich aber nicht dem Antrage, irgend einen Druck auf die Betriebskasse auszuüben. (Beifall.)

### Stadtrat Reichert:

Ich muß erklären, daß es dem Magistrat fern gelegen hat, jemals einen unzulässigen Druck auf die Krankenkassen auszuüben. Die Denkschrift der Ärzte enthält Unrichtigkeiten, die geeignet sind, das Vertrauen zum Versicherungsamt und Ober-Versicherungsamt zu erschüttern. Im September mußten wir zum erstenmal über die ärztliche Versorgung beraten. Eine Besprechung der Kassen mit den Ärzten verlief aber in einer Versammlung ergebnislos. Darauf erklärten die Vorstände, daß sie mit der Kommission der Ärzte nicht verhandeln. Hierbei muß erwähnt werden, daß die Kassen bisher nur mit den einzelnen Ärzten verhandelt haben, wie es auch in den städtischen Kassen immer geschehen ist. Am 21. Oktober kam zwischen den Ärzten und den Vorständen der beiden städtischen Betriebskassen eine Einigung zustande. In der Denkschrift der Ärzte heißt es nun, man bedauert, auch mit den städtischen Kassen keine Verträge abzuschließen zu können; nach dem 26. Oktober wäre das nicht mehr möglich gewesen. (Hört, hört!) Ich überlasse es der Versammlung selbst, über das Verhalten der Ärzte zu entscheiden. Der Magistrat hat geglaubt, daß es nicht seine Aufgabe ist, in dem Kampfe zwischen Ärzten und Kassen Partei zu ergreifen, sondern zu vermitteln und auf die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften zu halten. Der Magistrat hat auch den Kassen nicht empfohlen, sich dem ersten oder zweiten Verbande anzuschließen. Gewiß, die Ärzte der städtischen Kassen sind in einer schlimmen Lage, sie sind 20 Jahre bei uns und werden brotlos durch den Beschluß des Leipziger Verbandes. Der Magistrat hat nach wie vor nicht die Absicht, zu Gunsten einer Partei einzugreifen. Eine Stellungnahme, wie sie Stadtr. Reichert angeregt hat, ist soweit der Magistrat in Frage kommt, nicht zu erwarten.

### Magistrats-Assessor Dr. Goertli:

Das Versicherungsamt war stets der Ansicht, wenn es irgend möglich ist, sollten die alten Ärzte den Kassen erhalten bleiben. Ich war alle zehn Tage bei Herrn Sanitätsrat Kamm, aber immer sagte er, daß die auswärtigen Ärzte kommen nicht, wir verlassen uns auf unsere Zentrale. Das Versicherungsamt wollte vermitteln, aber Herr Sanitätsrat Dr. Kamm gab mir nie Gelegenheit zur Vermittlung, die ich auch bei den städtischen Kassen haben wollte. Ich habe immer betont, berichtiglichen Sie, daß die Kassen das Bezirksarztsystem haben, wodurch den Ärzten dann die Kassen verloren gehen. Ich habe darum gebeten, in Leipzig zu erklären, wie eigenartig hier die Verhältnisse liegen, daß bis auf die Unterschrift alle einig war; aber trotzdem ist das gewünschte Ziel nicht erreicht worden. Nun heißt es in der Denkschrift, die ärztliche Versorgung wird nicht genügen. Nun das Ober-Versicherungsamt hat eingegriffen, wenn nicht genügend Ärzte vorhanden sind. Wir sind 63 Ärzte-Verträge vorgelegt worden. Die 1000 Leute, die jetzt von Kaufmännischen behandelt wurden sind von solchen Ärzten behandelt worden, die nebenbei noch Privatpraxis hatten. Die neu angestellten Ärzte sind aber nur Kassenzurzte. In den Linke-Gosmann-Werken haben bisher fünf Ärzte mehr als 7000 Kassenmitglieder und 24 000 Angehörige behandelt. Ich befürchte also nicht, daß die 63 Ärzte nicht genügen. Nach den Musterverträgen der Ärzte müßten 780 000 Mark an die Ärzte gezahlt werden, also erheblich mehr als nach den Verträgen mit den auswärtigen Ärzten. Nun wird gesagt, daß diese Verträge rechtswidrig seien, weil sie nicht vom Versicherungsamt abgeschlossen. Das trifft aber nur zu auf neu gegründete Kassen nicht auf alte oder ausgefallene Kassen. Das Versicherungsamt hat den Kassen den Rat gegeben, möglichst auf Auswahl unter den Ärzten zu halten. Herr Sanitätsrat Dr. Kamm meinte darauf, wir hätten einen solchen Rat nicht geben sollen. (Hört, hört!) Im Nutzen der Ärzte liegt es, daß die Verhältnisse am 1. Januar recht ungeordnet sind. (Hört, hört!) Nun ist der Antrag gestellt worden, das Kranken-Abonnement in den städtischen Krankenhäusern auf 26 Wochen einzuführen. Ich bin dafür mit Rücksicht darauf, daß die künftigen Kliniken ebenfalls ein solches Abonnement eingerichtet haben.

Stadtr. Bujakowski (Konf.): Die Stellung des Magistrats den Ärzten gegenüber ist nach den Darlegungen seines Vertreters nicht freundlich, die des Versicherungsamts aber unfreundlich. Die ganze Bewegung ist rein sozialistisch mit der Absicht, die Ärzte, diesen freien Stand, unter das sozialistische Joch zu beugen. (Widerpruch bei den Soz.) Der Versuch eines ganzen Standes, selbständig zu bleiben und sich nicht unterdrücken zu lassen, darf nicht unterdrückt werden. Deshalb bestrafte ich die Ausführungen des Herrn Magistrats-Assessors direkt als ein Unglück. Wie bezweifle Sie denn die Leute, die Ihnen das Ehrenwort gegeben haben. (Zuruf: Sie schätzen ja sonst die Arbeitswilligen.) Wenn Innungsmeister so kurzfristig sind, auch gegen die Ärzte zu gehen, so werden sie das noch bereuen.

### Stadtr. Landsberg (Soz.):

Leider muß ich mich hier zunächst gegen Herrn Bujakowski wenden, obwohl er für die Ärzte eingetreten ist, denn die Art, wie er es getan, ist geeignet, die gute Sache der Ärzte zu schädigen. Dem Kampfe fehlt jeder parteipolitische Hintergrund. Das sehen Sie aus einem Vergleich zwischen meinem Standpunkte und dem meines Freundes Zimmer. Andererseits sehen wir, daß Ärzte aller politischen Richtungen, Sozialdemokraten, Liberale und Zentrumseure zusammengehen. Ich habe keinen Augenblick gezögert, in dieser Frage für meine Kollegen Partei zu ergreifen. Der Kampf ist in ganz Deutschland entbrannt, um den Breslauer Ärzten zu helfen. Daß man die am 1. Januar hier zutretenden Ärzte durch Ehrenwort besonders verpflichtet hat, spricht nicht von besonderem Vertrauen zu diesem Ehrenwort. Vor Jahren wurde der Leipziger Verband geschlossen, weil er das Ehrenwort seiner Mitglieder nicht brauchte, und jetzt ist man auf der anderen Seite daselbe. Ich möchte meinen Genossen Zimmer nur fragen, ob es das große oder das kleine Ehrenwort gewesen ist, das man den Ärzten abgenommen hat. (Getuschel bei den Bürgerlichen.) Neben die ihren Berufsangehörigen in den

**Literatur.**

Die Balkankriege mit allen ihren Schrecken und Greueln haben noch frisch im Gedächtnis aller Kulturmenschen und dürfte daher gegenwärtig ein Werk, das eine Beurteilung und Beschreibung der Kriegsgeschichte und Kriege vom sozialdemokratischen Standpunkt darstellt, ganz besondere Beachtung finden. Unter Berliner Partei-Bericht, die Buchhandlung „Vorwärts“ Paul Singer & Co. m. b. H., beginnt loben mit der Herausgabe eines solchen Werkes. Es führt den Titel: „Die Welt in Waffen“ und hat den Genossen Hugo Schulz-Wien zum Verfasser. In dem Werk werden die neueren und neuesten Kriege, so z. B. auch die Balkankriege der letzten Jahre, behandelt. Als ein großer Vorzug ist es anzusehen, daß der Text durch sehr viele Bilder und Dokumente aus den Kriegen belebt wird.

„Die Welt in Waffen“ erscheint — um die Anschaffung allgemein zu ermöglichen — in Heftlieferungen. Jedes reich illustrierte Heft kostet 20 Pf. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Expediteure und Kolportiere entgegen.

**Wasserstands-Nachrichten der Ober.**

Station	12. Dez.	11. Dez.	10. Dez.	9. Dez.	8. Dez.	7. Dez.	6. Dez.	5. Dez.	4. Dez.	3. Dez.	2. Dez.	1. Dez.
Waldmühle	1,88	1,88	1,88	1,88	1,88	1,88	1,88	1,88	1,88	1,88	1,88	1,88
Waldmühle	1,88	1,88	1,88	1,88	1,88	1,88	1,88	1,88	1,88	1,88	1,88	1,88

**Wetternachrichten der internationalen Wetterdienste.**

Station	10. Dezember	11. Dezember	12. Dezember
Waldmühle	1,88	1,88	1,88
Waldmühle	1,88	1,88	1,88

**Jetzt Ausgabe doppelter grüner Rabattmarken** Schluss in einigen Tagen.

Für den Weihnachts-Bedarf: Wäsche, Trikotagen, Strümpfe, Socken, Handschuhe, Sweater, Strickmützen, Wollwaren, Herrenartikel, Blusen und Schürzen usw. enorm billig.

# Kaufhaus A. Robowski, Gräbschenerstr. 54

Filialen: Westendstr. 51, Gräbschenerstr. 82a, Hohenzollernstr. 2

Einlösungsstelle für grüne Rabattmarkenbücher

**Bereine und Versammlungen.**

**Achtung! Konfektionschneider! Achtung!**

Sonntag, den 14. Dezember, vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr, **grosse öffentl. Konfektionschneider- u. Schneiderinnenversammlung** im Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17.

Tagesordnung:  
Bericht der Lohnkommission und Beschlussfassung über die bevorstehende Tarifkündigung. Freie Diskussion.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Wichtigkeit der Tagesordnung verpflichtet Sie, in dieser Versammlung vollständig zu erscheinen.

**Sprechapparate**  
u. doppelt. Schallplatten (einem billig)  
Gräbschenerstr. 37.  
Zeitabgabe gehalten.

**Gold. u. silb. Uhren**  
spottbillig 10487  
Pfadlothe Kupferachmedestr. 49

**Sanitätsartikel**  
i. Bruchbänder, Leibbinden i. Gradestator f. Schiefwachsende  
J. W. Fritz, Rouschestr. 36.  
9351

**Ulster-Überzieher, Joppen, Bettdecken, Bettbezüge**  
verkauft billig  
Lob- u. Amt  
Altstädterstr. 17, I.

**Taschenuhren**  
in Gold und Silber, Ketten, Ringe, Korbänder, Gürtel etc. billig.  
Westendstraße 47, I. 11412  
Sonntags bis 6 Uhr nachm. geöffnet.

**Geschäftsauflösung!**

Um endlich den Ausverkauf zu beenden, verkaufe ich zu größten Teil unter dem Einkaufspreis

**Kleider-Stoffe**  
Inleits, Fischzeuge, Warchente, Planelle, Unterrod-Stoffe, Wollstoffe, Kragen-Schoner, Winterhandschuhe, Trikotagen, Strümpfe, Strickwesten, Gardinen, Portieren, Plüsch- u. Tuch-Eischdecken, Reisebetten, Unterböcke, Korsetts, Vorgezeichnete Sandarbeiten, Berufskleider usw. usw. [11439]

**Pelzboas zu jedem annehmbaren Preise.**

**H. Silberstein**  
Jetzt Friedrich-Wilhelmstr. 18, I. Ctg.

**Konsum- u. Sparverein „Vorwärts“**

Unsere Waren-Ausstellung im Gewerkschaftshaus, Saal 3, neben dem großen Saale, ist noch bis

Sonntag, den 14. d. Mts. von 4-9 Uhr abends,  
Montag, den 15. d. Mts., von 7-9 Uhr abends geöffnet.  
Freien Zutritt hat jedermann. 11438

„In freien Stunden“.  
Illustrierte Roman-Bibliothek, Heft 10 Pfennige.

**Deutsch. Holzarbeiterverband**  
(Zahlstelle Breslau.)

**Sektionsversammlung**  
der Modellstecher am Sonntag, den 13. Dezember, abends um 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 22.

Tagesordnung:  
Stellungnahme zu d. bevorstehenden Konferenz der Modellstecher.  
Referent: Koll. Seliger.  
Um vollständiges Ercheinen der Kollegen in dieser wichtigen Angelegenheit ersucht die

**Ulster, Joppen, Anzüge, Überzieher**  
11414  
sehr billig!  
Westendstraße 47, I.  
Sonntags bis 6 Uhr nachm. geöffnet.

**Rich. Standfuss**  
Werkzeugfabrik 11420  
Albrechtstr. 44/45.  
Hobelbänke, Werkzeugkasten, Laubsägekasten etc.  
billig in jeder Preislage.

Für Herbst u. Winter empfehle mich den Parteinossen zur **Anfertigung elegant. Herrengarderobe**

**V. Liepelt, Schneidermeister**, Biffoherstr. 21, Eingang Oelsnerstr. 8178  
Lager fertiger Herren- und Knaben-Garderobe.  
**Berufskleidung** für alle Gewerke u. Industriezweige.

**Brauereiausshank „Hubenhof“**  
Obenstraße Nr. 10  
Saal für Vereine und Festlichkeiten gratis. 11440

**Der Anarchist**  
Novellen von Gottschalk  
30 Pfg., früher 1 Mk.  
Zu beziehen durch die Expedition

**Zu billigsten Preisen**  
kauft man das elegantere und haltbarste **Schuhwerk**  
wie die denkbar größte Auswahl in Kinderschuhen, Filz-, Gummi- und Holzschuhen zu streng realen Preisen nur bei **Robert Kretschmer, Schuhmachermeister**, Friedrich-Wilhelmstraße 52, 10745

**Pelzwaren**  
sowie Pelzimitationen  
kauft man reell und sehr billig in überraschender Auswahl im **Strassburger Hut-Bazar**  
Schmiedebrücke 36/38, an der Universität.

**Verein Schles. Kanarienzüchter (E. V.) Sitz Breslau.**  
Sonntag, den 13., Sonntag, den 14., Montag, den 15. Dez. d. J. in den Unionfestsälen, Reichenstr. 51 (Nicolai-Passage)

**Grosse allgemeine öffentliche Ausstellung**  
von Kanarienvögeln, Exoten, ausgereiften Tieren, Hülsen- und Futtermitteln, verbunden mit einer Aquarienschau usw. 11330

Geöffnet von morgens 9 Uhr bis abends 9 Uhr.  
Entree 30 Pf.  
Lose à 50 Pfg. sind im Ausstellungskolossal und in den durch Plakate kenntlichen Geschäften zu haben.

**Berufs-Kleidung** seit Jahren Spezialität.

**OSKAR DEHMEL**  
Neumarkt Nr. 45 = Telefon Nr. 779 = Neumarkt 45

**Die Gleichheit** (Frauenzeitung.)  
Alle 14 Tage erscheinend, Heft 10 Pfennige.

**Total-Ausverkauf**  
meines Weiß-, Woll- u. Arbeiterkonfektions-Geschäfts zu besonders billigen Preisen. **Wichtige Gelegenheit** für Vereine u. Privat zum Einkauf für den Winter u. Weihnachtsfest. 110956

**Eugen Glaser, Friedrich-Wilhelmstr. 34**

**OSKAR DEHMEL**  
Neumarkt Nr. 45 = Telefon Nr. 779 = Neumarkt 45

**Kleiner Anzeiger**  
Unter dieser Rubrik kosten je drei Worte 10 Pfennige. Abonnenten haben gegen Guthaben 5 Worte frei. Das erste Wort fett. Schriftart bestimmt der Verlag. Geforderte Abweichungen bedingen Zeilenpreis.

**Zum bevorstehenden Weihnachtsfeste** empfehle ich mein grosses Lager in **Spielwaren als Papp-, Spiel- u. Leinwandwaren**

**Kinderstühle, Wiegenpferde etc.**  
Spezialität: Haus- und Küchengeräte.  
Hänge-, Tisch- und Wandlampen.  
Stahlgeländern, Holzschiffen, Wannen.  
**Robert Kornmann, 50 Friedrich-Wilhelmstr. 50**  
Filiale: Gräbschenerstrasse 36.

**Zum bevorstehenden Weihnachtsfeste** verkaufe ich, um mein Vorratlager zu räumen zu nachstehend **enorm billigen Preisen:**

**Gerren-Uhren**  
Silberne Herren-Uhren . . . . . von 3.— bis 12.— Mfr. an  
Silberne Damen-Uhren . . . . . von 6.— bis 60.— Mfr.  
Goldene Damen-Uhren . . . . . von 12.— bis 100.— Mfr.  
Goldene Herren-Uhren . . . . . von 25.— bis 350.— Mfr.  
Wieder und Wanduhren . . . . . von 1.50 Mfr. an  
Registrieren, 1 m bis 1.50 m groß, 14 Tage gehend und Schlagwerk . . . . . von 10.— Mfr. an

**Uhrmacher**  
Friedrich-Wilhelmstraße 39.  
Seit 1899. Uhrmacher Seit 1899.

**Kauf und Verkauf**  
Wiegensperde, selbstgeleitet, gelichtet und dauerhaft. Geschimpfen in allen Größen, Schön- u. Naturhaare, empfehle ich Sauteri Rautsch, Adelsstr. 16. [11397]

**Wasserpfeife** Arbeit u. Sonntagsholen, für Weihnacht besonders geeignet, zu 2. Abzahlung 5.75, 4.90, 4.25, 3.90, 2.75, 2.10, 1.65 Mfr. bis Weihnachten doppelt Rabatt, bitte einen Versuch zu machen. **Wasserpfeife**, Sonntagsholen, 10, geg. 1874, bis Weihnachten bis 11447 Mfr. Zumber, Albrechtstr. 58, 2. Et. 11458

**Verschiedenes**  
Wittigbüch für Arme, 40 und 50 Pf. **Wittigbüch** mit Kasten und Kaden. 11447 Mfr. Zumber, Albrechtstr. 58, 2. Et. 11458

**Abonnenten** und Leser der „Volkswacht“ können ihre Zeitung nicht allein durch das Abonnement und die Aufnahme neuer Abonnenten unterstützen, sondern sie unterstützen die „Volkswacht“ auch dadurch, daß sie bei ihren Einkäufen die Inserenten der „Volkswacht“ berücksichtigen und sich bei ihren Einkäufen auf die „Volkswacht“ berufen.

Durch alles dies wird die „Volkswacht“ aktiv unterstützt.

## Die Etatberatung im Reichstag.

187. Sitzung. Donnerstag, den 11. Dezember, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück, Jagow, Kühn, Lisco, Kräfte.  
Die Etatsberatung wird fortgesetzt.

### Abg. Ricklin (Elsässer):

Die Angriffe des Grafen Westarp auf die Zivilverwaltung von Zabern und auf die Zaberner Bevölkerung muß ich entschieden zurückweisen. Graf Westarp nimmt für die elässische Militärbehörde das Recht in Anspruch, die Zivilbehörde zu überwachen. Tatsächlich besteht eine militärische Nebenregierung im Elsaß, alle scharfen Maßnahmen der Regierung sind auf Verichte zurückzuführen, die die Militärbehörde nach Berlin geschickt hat. (Hört, hört!) Tatsächlich ist schließlich die Zivilverwaltung Siegerin geblieben, sonst wäre der Statthalter auch sicherlich nicht auf seinem Posten geblieben. Wir freuen uns, daß er in Donauwörth ein ernstes Wort geredet hat. Unser Vertrauen zur Nebenregierung hat freilich durch die Behandlung der Vorgänge gelitten, aber durch die einmütige Verurteilung der Uebergriffe des Militärs im Reichstag haben wir an Vertrauen zum deutschen Volke gewonnen. (Beifall.)

### Hög. Spohr (Soz.):

Der Reichskanzler wird mit der Mißbilligungserklärung des Reichstages doch nicht so leicht fertig werden, wie er geglaubt hat. Die Ungelegenheit Zabern beherrschte die Etatdebatte und wird auch die Politik des Reiches in der nächsten Zeit beherrschen. Worauf es ankommt, hat der Reichskanzler freilich noch immer nicht gelernt. Er meinte, er kann über eine schwabende Sache nichts mitteilen, und erkennt nicht, daß es nicht auf die zu untersuchenden Einzelheiten ankommt, sondern daß die Empörung hervorgerufen wurde durch die klare Tatsache, daß Offiziere sich erlaubt haben, das Heer zu misshandeln, um die Verfassung und die Gesetze zu vergewaltigen. (Lebh. Sehr richtig!) Jedermann erwartet, daß der Reichskanzler hier sagen würde: das Unerhörte ist geschehen, das Militäre ist über die Verfassung hinausgegangen. Ich werde für die nötige Vorsehung sorgen, und werde auch dafür sorgen, daß so etwas nicht mehr vorkommt. (Lebh. Sehr wahr!) Statt dessen hat der oberste Beamte, der berufene Leiter der Reichsverwaltung, das Wort nur ergreifen, um die Ausschreitungen des Militärs zu entschuldigen. (Lebh. Zustimmung.) Der neue Kriegsminister, der das große Wort von der Ehre im Munde führte, trat offen und frei selbst über die gesetzlichen Schranken hinaus; kein Wort fand er dafür, daß die 700 000 Soldaten

### vor Beleidigungen und Beschimpfungen ihrer Vorgesetzten

geschützt werden müssen. Das Ungeheuerlichste, was er sich leistete, war, daß ein Offizier, der beleidigt würde, wenn er den Beleidiger nicht verhaften lassen könne, ihn nicht verhaften müsse. (Lebh. Zustimmung bei den Sozialdemokraten: Präsident Kämpf erklärt diese Rede für unparlamentarisch.) Und das hat der Reichskanzler sich angeeignet, ohne ein Wort gegen dies unerhörte Auftreten des Mannes zu sagen für den er die Verantwortung hat. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Er ist also Mischling!) Als der Abg. Fehrenbach sich gegen diese Verneinung der Gesetze durch die Disziplinarbehörden, da war er der Redner des ganzen Hauses. (Lebh. Zustimmung.) Der Mißbilligungsantrag behandelte die Verurteilung der Gewalttätigkeit in Zabern. Und wenn der Reichskanzler nicht mitteilen will, welche Maßnahmen getroffen sind, um das für die Zukunft zu verhindern oder wenn er solche Mitteilungen nicht machen kann, so kann er an der Spitze des Reiches nicht geduldet werden. (Lebh. Sehr wahr!) Wir lehnen ja den Etat grundsätzlich ab, weil wir das ganze jetzige System als ein Unrecht am Volke betrachten. Aber auch Sie, die Sie sonst den Etat bewilligen, müssen ihn einem Reichskanzler verweigern, der

### eine solche Mißwirtschaft nicht beseitigen

will oder kann. Es handelt sich hier nicht um eine vereinzelte Frage, sondern um die grundsätzliche Frage, daß der Reichskanzler sich als unfähig erwiesen hat, der Verfassung und dem Gesetz die nötige Achtung zu erweisen. (Lebh. Zustimmung h. d. Soz.) Wir wissen schon, daß die Entlassung des Reichskanzlers heute noch ein ausbleibendes Recht des Reiches ist, aber eben deshalb bleibt uns gar kein anderes Mittel übrig, als den Etat zu verweigern, um die Beseitigung eines Reichskanzlers zu erzwingen, der sein Amt nicht ausübt.

Der Kaiser war, wie so oft bei wichtigen Angelegenheiten, nicht in Berlin, sondern auf der Jagd in Donauwörth (weiter links), wohin nur der Kriegsminister und der General Deimling, nicht aber der Reichskanzler gerufen wurden, um Aufstellungen zu geben. Wird so die Verantwortlichkeit aufgefacht? Wenn wir nur einen Vorhang haben wollen, hinter dem die Person des Kaisers agiert, dann ist Herr von Bethmann-Hollweg allerdings an der richtigen Stelle! (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Es handelt sich hier nicht nur um die Würde des Reichskanzlers, die er allein wahr sein will, sondern auch um unsere Würde und würden wir nicht erklären, daß ein unzureichender Mann auf den Platz des Reichskanzlers nicht hingehört, so würden wir den Reichskanzler, der ein Diener des Staates sein soll, zu

### einem Hofbedienten des Kaisers herabwürdigen.

Der Kanzler hat die Person des Kaisers vorgeschoben und immer von den Rechten des Kaisers gesprochen, aber wo bleibt die ihm ebenfalls obliegende Wahrung der Rechte des Volkes? Vertretung und des Volkes? Verfügt er da, dann muß das Volk sich selbst um seine Rechte kümmern. Man behauptet, der Reichskanzler sei durch Unwohlsein verhindert worden, von zwei Briefen des Kaisers Mitteilung zu machen, in denen dem General Deimling und dem Statthalter gegenüber die Rechte der Verfassung umschrieben worden seien. Diese Behauptung ist ganz ungläubhaft! Wie sollte ein Reichskanzler in dem Augenblick, wo er allein durch eine solche Mitteilung Verantwortung tragen könnte, es fertig bringen, solche Tatsachen zu unterschlagen oder zu vergessen? (Präsident Kaempf erklärt, daß der Redner nicht von Unterschlagung sprechen dürfe.) Ich sage ja, daß das nicht möglich ist! Es wäre ja eine solche Feigheit und Treulosigkeit, daß dazu ein Reichskanzler, am allerwenigsten Herr v. Bethmann-Hollweg fähig wäre. Deshalb kann er ja nichts von den Briefen gemerkt haben. Und da soll er die Verantwortung übernehmen! Im Fall Zabern soll es nach dem Reichskanzler keine Nebenregierung, sondern nur eine Regierung geben. Das glaube ich, aber diese Regierung war nicht er, sondern die Nebenregierung allein, das hat man ja bei dem Auftreten des Kriegsministers gesehen. Wir haben eine Nebenregierung von hochallemütigen Bediensteten; sie will herabwürdigen wie in Zabern, sie will einen möglichst großen Mitspracheanteil im Reichstag haben, sie arbeitet darauf hin, das Militär

### zu einem Militär gegen das Volk

zu machen, sie wartet nur darauf, die freiheitliche Bewegung des Volkes in Deutschland zu ersticken, sie hat die Einföhrung des feierlichen Wahlrechtsversprechens des Königs

von Preußen verhindert, sie will dem Volk das Reichstagswahlrecht entreißen, den Arbeitern ihre Grundrechte nehmen, weil man rechnet, daß sich das die Arbeiter nicht gefallen lassen werden, und weil man dann hofft, das Militär einzusetzen zu können. (Sehr wahr! bei den Soz.) Deshalb sind auch alle die Grübele zur Rechtfertigung der Einschränkung der Vereins- und Streikfreiheit der Arbeiter nur eine Komödie! Wir bedauern Ausschreitungen von Streikenden aber ist die Erbitterung und Leidenschaft der mit ihrem letzten Mittel kämpfenden Arbeiter gegen die gewerksmäßigen Streikbrecher nicht gerechtfertigt? Arbeiten die Scharfmacher nicht mit den schamlosesten Mitteln der Vergewaltigung gegen Arbeiter, Angestellte und selbst gegeneinander? Bezeichnend ist folgender Fall: In Oesterreich ist die Regierung gegen die Canadian-Pacific-Gesellschaft eingeschritten, weil sie Wehrpflichtige nach Amerika befördert hat. Das geschah auf Betreiben der deutschen Kampfschiffgesellschaften des Schiffahrtsartikels, die während waren, weil die Canadian dem Kartell nicht angehörte und von der Regierung zum Kampfe gegen das Kartell benutzt wurde. Die deutschen Gesellschaften haben selbst aus der Auswanderung Wehrpflichtiger großen Profit gezogen — aber trotz dieser Schwächung der Wehrfähigkeit unseres österreichischen Bundesgenossen hielten diese Herren die Augen geschlossen. Ein großer Teil der deutschen Presse schweigt die Sache tot, weil sie sonst keine Annoncen von den deutschen Gesellschaften bekommen würden, wie das im Kartellvertrag festgelegt ist. Widerspruch das nicht mindestens ebenso sehr den guten Sitten, wie etwa eine Ausschreitung verzweifelter Arbeiter? (Sehr wahr! bei den Soz.)

Der Reichskanzler hat sehr schön gesagt, man müsse auf das Rechtsmoralen des Volkes einwirken, damit es jeden Terrorismus verabscheue. Gewiß, aber wo wird größerer Terrorismus geübt, als vom Staate selbst, den Arbeitern in den Staatsbetrieben, den Beamten gegenüber, die sozialdemokratische Bestimmung betätigen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Hat nicht die öffentliche Wahl zum Landtag und zu den Gemeinden nur den Zweck, die abhängigen Elemente zu zwingen,

### gegen ihre Meinung zu stimmen?

(Sehr richtig! bei den Soz.) Der Reichskanzler meinte, das gemeine Recht solle paritätisch angewandt werden. Glaubt er wirklich, daß noch irgend jemand die Behauptung ernst nimmt, in Deutschland könne von einer gleichmäßigen Behandlung der Bevölkerung die Rede sein. Fehlt es doch den Leuten, die die Dummelbonnerwetterpolitik des Grafen Westarp vertreten, an jeglichem Verständnis für die Bedürfnisse der Arbeiter. Ueberall sieht das Volk, daß der Große vorgezogen wird, der arme Teufel kann sich begraben lassen. Hätte im zweiten Krupp-Prozess nicht ein Direktor der Firma Krupp neben Brandt auf der Anklagebank gesessen, sondern ein Arbeiter oder kleiner Handwerker, so wüßte jeder Mann, was das Verbrechen war, und würde verurteilt worden. (Lebh. Sehr richtig! bei den Soz.) Wer gegen die Koalitionsfreiheit vorgeht, leidet den Herren der äußersten Rechten Vorpostendienst, die es zum Konflikt zwischen Arbeitern und Militär treiben wollen. Aber die Rechnung der Konservativen hat ein Loch, denn die

### 700 000 Soldaten sind zum größten Teil unsere Söhne.

Blut von unserem Blut. Wir wollen auch keine Eroberungspolitik, wie sie jene Kreise betreiben. Gewiß hat auch unter Land wichtige Interessen im Ausland, China, Kleinasien, aber wir wollen sie wahren mit den Mitteln der Kultur, der Bildung und Bildung. Durch eine klare Friedenspolitik der offenen Tür für alle Kulturstaaten werden wir am meisten erreichen. (Sehr gut! bei den Soz.) Es gibt nur zwei Wege der Weiterentwicklung in unserem Vaterlande. Der eine ist der Weg der blutigen Zusammenstöße. Gewiß wird ein Massenstreik nicht willkürlich herbeigeführt werden, aber wenn Sie russische Gesetze schaffen, dem Volk alle Rechte nehmen, wird das Volk nicht so feige sein, sich Ihnen zu fügen, und wir werden russische Zustände bekommen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Segensreicher für unser Vaterland wäre es aber, wenn das, was die Arbeiter zu ihrer Weiterentwicklung brauchen, auf dem Boden der Verfassung hier im Hause das allgemeine Wahlrecht durchgeföhrt werden kann. Deshalb geht unser Appell an die bürgerlichen Parteien.

### Wahren Sie wenigstens die bürgerlichen Rechte!

Freilich haben Sie oft genug auch dabei versagt. Wenn das Militär so übermächtig geworden ist, dann sind die Schuldigen Sie, die Sie immer wieder dem Militarismus den Steindübel gehalten haben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die letzte Militärvorlage haben Sie bewilligt, weil der Reichskanzler die parlamentarische Gefahr als Grund anführte. Ledebour, der damals nachwies, daß bei den Gelegenheiten unter den Balkanstaaten diese Gefahr bald verschwinden werde, hat Recht behalten. Er gehörte deshalb eher als Herr v. Jagow an den Platz des Ministers des Auswärtigen. (Dr. Pfl.) 2 1/2 von 3 1/2 Milliarden Ausgaben des Auswärtigen. Für die Arbeitslosenversicherung ist kein Geld da. Auf der internationalen Arbeiterversicherung spricht der deutsche Vertreter im Gegensatz zu der Haltung der deutschen Regierung im Jahre 1890 diesmal dem Gebote des Zentralverbandes deutscher Industrieller folgend, gegen das Verbot der Nachtarbeit für Arbeiter von 16 bis 18 Jahren. (Lebh. Hört, hört! bei den Soz.) Das zeigt wieder, wo die wirkliche Regierung steckt. Und doch wäre der Reichstag nicht ohnmächtig, das hat

### die Durchföhung der Besteuerer

gezeigt. Und auch im Falle Zabern das Vorgehen des Reichstages erst dem Kanzler die Türen zum deutschen Kaiser wieder geöffnet, und es erreicht, daß dem Kriegsminister wenigstens eine andere Tonart beigebracht worden ist. (Sehr gut! bei den Soz.) Wir wollen nicht den Kaiser unter den Zwang der Sozialdemokratie, aber allerdings unter den Zwang der Verfassung bringen, wir haben keine unumschränkte Monarchie. Wir sind bereit, mit jeder Regierung an der freilichlichen Entwicklung unseres Vaterlandes mitzuwirken, würden es aber allerdings parlamentarischen Regime als Minister Ihre Geschäfte zu befragen. Wo wir rechten an die bürgerlichen Parteien den Appell, mit uns die bürgerlichen Rechte zu wahren. Nehmt Ihre dazu der Mut, uns bringen Sie nicht ab, von dem Wege des Rechts und der Tat. Lassen Sie uns im Elsaß, so führen wir den Kampf allein, den Kampf um Freiheit, Gerechtigkeit und Fortschritt. (Stimmlicher Beifall bei den Soz.)

### Abg. Erzberger (Zentr.):

Der Reichskanzler, der sich offenbar als den Sieger der Schlacht bei Zabern fühlt, hat die Affäre auf die leichte Schulter geronnen. Die Zentrumspartei trat einmütig heute noch den Ausführungen des Abg. Fehrenbach bei. Wir protestieren dagegen, daß der Reichskanzler die Sache auf ein solches Geleis stellen will. Es dreht sich nicht um die Ausschreitungen in Zabern, sondern um die Haltung der Regierung. Die es für vollkommen verständlich fand, wenn ein Oberst sich über Recht und Gesetz hinwegsetzt. Der Schaden kann nur repariert werden, wenn der Reichskanzler ummümpfen

erklärt, daß auch das Militär unter Recht und Gesetz steht. Sankt doch Hering, daß Lothringen und Elsaß dem deutschen Volke verloren gingen, als Bauer und Würmer Gegenstand der feudalen und absolutistischen Willkür waren. (Hört, hört!) Das Vertrauen ist erschüttert, daß der Reichskanzler die Volkrechte auch gegen einen Oberst und General wahren wird.

### Das Mißtrauensvotum ist in einer Lebensfrage des Volkes erstickt worden.

Graf Westarp hat sogar das militärische Faustrecht proklamiert. Er bedauerte den Sieg der Zivilverwaltung, wir verlangen den Sieg des Rechts. (Lebh. Zustimmung im Zentr. und links.) Bei Schaffung des Rechts der Beschlußfassung bei Interpellationen war man sich klar darüber, daß dem Reichstag eine Waffe gegeben würde. (Weiterpr. rechts.) Wir wollen nicht regiert werden nur von der Bürokratie. Für jedes Volk kommt der Zeitpunkt, wo eine parlamentarische Regierung notwendig wird, sogar im Interesse der Erhaltung der Monarchie. Fürst Bismarck war ein Bahnbrecher dieser Entwicklung, indem er sein Amt niederlegte, weil eine große Partei (die nationalliberale) die Finanzreform nicht mitmachte. Aus dem Mißtrauensvotum wird das, was die Mehrheit des Reichstages daraus macht. Der Beschluß wurde mit 293 gegen 54 Stimmen gefaßt, und darin liegt ein solches politisches Schwergewicht, daß niemand daran vorbeigehen kann. Ohne diesen Beschluß hätte die Konferenz von Donauwörth vielleicht ein anderes Ergebnis gehabt. Erst durch diesen Beschluß ist Verhinderung in den Reichsländern eingetreten. (Sehr richtig!) Und man hat erkannt, daß

### warum gegen Recht und Gesetz verstoßen wird,

und die Regierung hierbei versagt, die Wertetendenz des deutschen Volkes nicht verliert. (Sehr richtig!) Sozialdemokratische Föhren lehnen wir ab. Eine Mehrheit kann sich die Kinder der Staatsablehnung nicht gestatten. Willenberger nannte es eine Verächtlichkeit, an der Verbesserung des Etats mitzuwirken und ihn dann abzulehnen. Wo die Sozialdemokraten die Mehrheit haben, wagen sie es nicht, den Etat abzulehnen, nicht einmal in Rudolfsstadt. Erklärt der Reichskanzler ummümpfen, daß er sich auf den Boden der Verfassung und der Gesetze stellt, dann fällt das Mißtrauensvotum für diesen Fall fort. Es handelt sich um etwas, was die Seele und den Kern des deutschen Volkes berührt. Von den Konsequenzen, die der Reichskanzler zieht, hängen unsere Konsequenzen ab. Nach dem 13. Januar ist ja auch noch Reichstag. (Weiterkeit.) Trotz dem Will der bayerischen Ministerpräsidenten gehen schon wieder Mißtrauensvotum, zunächst zu unverantwortlichen Stellen, ein. In der Duellfrage kann der Kriegsminister beweisen, daß er modernen Wünschen zugänglich ist, Polizei und Staatsanwaltschaft bilden in Berlin ein Institut, das „Ehrenmänner“ ausleibt, um Frauen zum Ehebruch zu verführen, und so ein Duell herbeizuföhren.

### Dem Kriegsminister fehlen 5000 Offiziere.

Er beseitigt den Duellzwang, und Tausende junger Katholiken werden gern die Offizierslaufbahn einschlagen. (Zust. i. Zentr.) Gegen die Treibereien der Ueberlichen sollte die Regierung ein einschneidendes Wort sprechen. Der Ruf nach verstärktem Arbeitswilligen ist auf das Vorgehen der Sozialdemokratie gegen andere organisierte Arbeiter, aber auch auf den Terrorismus der Kartelle zurückzuführen. Die stärkste Gegenwehr gegen die Sozialdemokratie ist die Stärkung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Die lauesten Scharfmacher finden aber zusammen, wenn die Sozialdemokraten die Entlassung einzelner Arbeiter verlangen, und sie gehen in den Krankenkassen mit den Sozialdemokraten gegen die vorwärtsmarkierende christlich-nationale Arbeitererschaft. Da haben sie kein Recht, noch mehr Arbeitswilligen zu verlangen. Schließlich klagt der Redner über nichtparitätische Behandlung der Katholiken und verlangt Gerechtigkeit. (Beifall i. Ztr.)

Braunschweigischer Bundesratsbevollmächtigter Boden dankt für die Erhebung der Thronfolgefrage und deren sympathische Aufnahme.

### Abg. Haußmann (Zpt.):

regt die Einsetzung einer Reichstagskommission zur ständigen Information über die auswärtige Politik an und lobt die deutsche Politik während der Balkankrise, die Oesterreich von einer überhöhten Aktivität zurückgehalten habe. Die Verneinung Konfession und auch die Haltung der französischen Presse im Fall Zabern haben den ehrliehen Wunsch Frankreichs gezeigt, zu einem besseren Verhältnis mit Deutschland zu kommen. Das Verhältnis mit Dänemark sollte man nicht durch einen Kleinlichen Polizeigeist schädigen lassen. Die vom Grafen Westarp angegriffenen elässischen Zivilbehörden mußte hier Herr Ricklin verteidigen, die Regierung hat es nicht getan. Wenn aber Militärbehörden angegriffen werden, dann werden sie hier sofort in der schneidigsten Weise verteidigt.

Soll Zabern die Garnison verlieren? Mit seiner Stimmeldonnerwetterpolitik schädigt Graf Westarp das Ansehen des Reichstages, wir danken aber ihm und dem Kriegsminister für die Enthüllung ihrer wahren Absichten. Wir haben allerlei Möglichkeiten, um der Auffassung des Reichstages Geltung zu verschaffen. Aber die Sozialdemokraten sind nicht die richtigen, um uns zu belehren, wie konstitutionell regiert wird. Will der Reichskanzler konsequent sein, so muß er den Reichstag auflösen, dann würden die Konservativen allerdings begünstigt. Wir behauern, daß der Kaiser so wenig in Berlin ist, besonders, wenn wichtige Dinge geschehen. Man wagt die Revolution an die Wand, weil die Regierung in Verlegenheit ist. Wenn aber auch der Reichskanzler veriaht hat, so ist der Reichstag dafür eingespungen. (Beifall links.)

### Kriegsminister v. Falkenhahn:

Herr Ricklin hat behauptet, daß die elässischen Offiziere, die Franzosen und Schweizer als Konurrenten für die Jagdverpachtung betrachten, und deshalb sei die Vergebung von Jagdverpachtungen an Ausländer verboten worden. Ich hänge diese Bemerkung nie riger, der Vorwurf richtet sich gegen den, der ihn ausgesprochen hat. (Unruhe.) So lange die Untersuchung wegen Zabern nicht geklärt ist, kann auch die Frage einer Entziehung der Garnison nicht erörtert werden.

### Abg. Dr. Derfel (Konf.):

Wenn der Reichstag aufgelöst wird, dann kehren wir stärker wieder. Wir brauchen nicht, wie die Fortschrittler, die nachbarliche Güte der Redner billigt die auswärtige Politik der Regierung und beinert gegenüber einem Zwischenruf, daß es in Deutschland nur sogenannte Garnitionen gebe, aber keine wirklichen. (Zuruf links.) Der Oberst von Reuter war überaus recht zu handeln. Es ist ungeschicklich war, bedarf erst der Unterjudung. Wir hoffen, daß die endgiltige Entscheidung in dieser Sache, die sich der Reichskanzler bis nach dem Abschluß der Untersuchung vorbehalten hat, nicht dazu beitragen wird in dieser Zeit, wo so viele Staatsflüchtlinge in Frankreich und auch noch das Heer auszuföhren zu müssen. Wir wollen kein parlamentarisches System. Der Arbeitswilligen fordern nicht nur wir, sondern auch die Nationalliberalen, und auch einige Verhimmeln des Reichstages, ebenfalls der Abg. Kopsch. Wir wollen die Koalitionsfrei-



# Lucas Nachf. Fraenkel

Schmiedebrücke 54. Grösstes Spezialhaus f. Strumpfwaren u. Trikotagen

11408

## Billiger Weihnachts-Verkauf

Gratis:

Prachtwandtasche  
mit Abreisskalender für 1914.  
Ferner gratis  
Reklame-Marken.

Wollwaren  
Strümpfe  
Sweaters  
Trikotagen

Handschuhe  
Strickwesten  
Damenwesten  
Einsatzhemden

Reformhosen  
Untertailen  
Kinderröckchen  
Sportmützen

Damenwäsche  
Schürzen  
Herrenwäsche  
Krawatten

Trotz unserer bekannt  
niedrigen Preise bei  
Einkauf von 5 Mark an,  
nur bis Weihnachten,  
**Extra-  
Rabatt 4%**  
in bar.

### Stadt-Theater.

Freitag 7 1/2 Uhr:  
(Ermäßigte Preise.)  
„Die Zanderkiste.“  
Sonnabend 7 1/2 Uhr:  
„Gannhäuser.“  
Sonntag nachmittags 3 Uhr  
(Kleine Preise):  
„Der Freischütz.“  
Abends 7 1/2 Uhr:  
„Ein Mäuschen.“

### Lobe-Theater.

Freitag 7 1/2 Uhr:  
„Die heitere Residenz.“  
Sonnabend 7 1/2 Uhr, zum 1. Male:  
„Die Frau des Kommandeurs.“  
Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr:  
„Friedrich.“  
„Liebelei.“  
Abends 7 1/2 Uhr: 11285  
„Die heitere Residenz.“

### Thalia-Theater.

Freitag, Gruppe F, 2. Vorstellung:  
2 x 2 = 5. 11201  
Sonntag, 7 1/2 Uhr, zum 1. Male:  
„Der müde Theodor.“

### Schauspielhaus (Operettenbühne.)

Heute Freitag 8 Uhr:  
„Das Sommermädchen.“  
Sonnabend, 8 Uhr:  
„Die Kinokönigin.“  
Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr  
(Kleine Preise):  
„Filmzauber.“  
Abends 8 Uhr:  
„Die Kinokönigin.“ 11207  
Montag, 8 Uhr:  
„Der liebe Augustin.“  
Dienstag 8 Uhr:  
„Die Kinokönigin.“

### Lieblich's Etablissement

Täglich abends 8 Uhr: 11209  
Willard „Der Mann  
der wächst!“  
und die übrigen drei ersten Kunst-  
kräfte des Dezember-Programms.  
Sonntag, d. 14. Dezember, 4 Uhr:  
Nachm.-Vorstellung, kl. Preise.

### Viktoria-Theater.

„Puppchen.“  
Anf. Wochen- u. Sonntags 7 1/2  
Jeden Sonntag 3 1/2 Uhr:  
Nachm.-Familien-Vorstellung.  
Halbe Preise. 11315

### Palmengarten

2 Kapellen  
Elite Damen-Blasorchester  
und 11303  
Gesangs-Ensemble.

### Ring-Theater

Ring 47, Haschmarktseite.  
Täglich ab 8 Uhr:  
Gross. Elite-Programm.  
Alleiniges Erstaufführungs-  
recht für Breslau!  
Der Lebensschrei.  
Italienisch. Grossstadt-Sitten-  
Drama aus der Gegenwart in  
3 Akten mit ungeheurer, sich  
stetig steigender Spannung.  
Novität: Novität:  
**Sappho**  
Die Tragödie einer reisenden  
Pariser Mademoiselle. 3 Akte.  
Der Clou der Saison  
und das neue Programm.

## Das beste Weihnachtsgeschenk!



### SINGER Nähmaschinen

sind unübertroffen. 11035

Neue Spezial-Apparate für den Hausgebrauch.

### Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

Albrechtstrasse 30 **BRESLAU** Schweidnitzerstr. 43b  
Friedrich-Wilhelmstrasse 61, Mollkestrasse 2, Sadowastrasse 1.

## Praktische Weihnachtsgeschenke

in reicher Auswahl!

findet man in meinem gut sortierten Lager.

Schirme! für Herren, Damen und Kinder, Krawatten, Handschuhe, sowie  
sämtliche Herren-Artikel. — Nur gutes Fabrikat! — Stets Neuheiten. 1170

Bekannt reelle Bedienung!

**Paul Pluntke, 38, Friedrich-Wilhelmstr. 38, vis-à-vis dem  
Deutschen Kaiser. — Schirmfabrik und Herrenartikel-Geschäft.**

## Albert Striemer

Schuhwarenhaus Ohlauerstr. 7 Ecke Schuhbrücke.

Vorteilhafteste Bezugsquelle

sämtlicher Schuhwaren vom einfachsten  
bis zum elegantesten Genre

Herren- u. Damen-Stiefel

von 6<sup>75</sup> bis 14<sup>50</sup>

Knaben- u. Mädchenstiefel in reichster  
Auswahl zu auffallend billigen Preisen.



## Halbe Hasen

und Kaninchen sehr billig. Halbe  
Rebheulen, Rebblätter 11314  
Hasen, Wildenten empf. Wildhändler.  
**Viktoriastr. 112.**



## Im Alter

Ist man empfindlich. Nach ist eine  
Erkältung da, und die Stimme  
ist bitter belegt und heiser als  
frei. Das lästige Gefühl der be-  
legten Stimme vergeht, sobald  
man ein paar Mybert-Tabletten  
zu sich nimmt, die immer zur  
Hand sein müssen und in allen  
Apotheken u. Drogerien 1 Mark  
per Schachtel kosten. Bei Erkäl-  
tung lindern sie den Hustenreiz und  
bringen den Naturton schnell zum  
Schwanden.

## Achtung Hausfrauen!

empfehle großes Lager von Tisch-, Bett- und Leibwäsche,  
Wollwaren, Trikotagen, Handschuhen, Krawatten, Strümpfen,  
Socken, Spitzen u. Bändern. — Eig. Konfektion nach Maß.  
**Robert Jahn, Alsenstr. Nr. 50,  
Ecke Leuthenstrasse.** 8505

## Mitglieder

der Partei und vom Konsum-Verein.

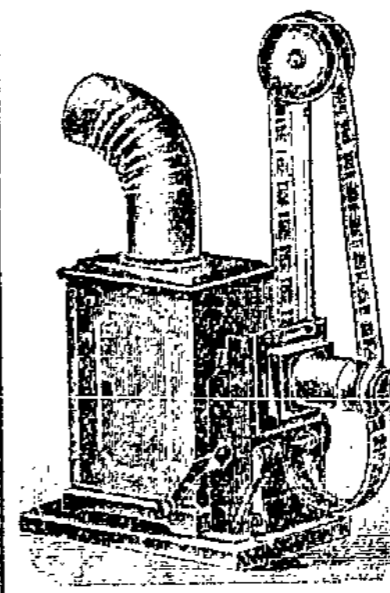
kaufen 11418

## Gardinen, Stores

nur bei

## Julius Fein

Junkorstrasse 14, nur 1. Etage  
vis-à-vis Kissling.



## Laterna magica!!

Schönstes Geschenk für die Kinderwelt.

Neu! **Spezial!** Neu!

Gertlich! R. 6,00, 7,00, 9,00. Gertlich!

Laterna magica „Triumph“

mit 50 Stück der schönsten Bilder,  
R. 1,50, 2,50, 3,00.

Mit 50 Stück Bildern und 4 Stück  
beweglichen Bildern, R. 4,00.

Mit 100 Stück Bildern, 9 Märchen,  
Landschaften und 3 Stück beweglichen  
Bildern, R. 5,00.

**Kino**, auch als Laterna magica

zu benutzen. Neu!

R. 3,75, 5,00, 7,00, 8,50, 10,00.

Films von R. 0,35 an.

mit Messingfessel und Pfeife,  
R. 1,50, 2,00, 2,75, 3,50, 5,00 etc.

Betriebs-Modelle von R. 0,35 an.

## Dampfmaschinen

Dampf, 2 Wagen, R. 5,00, 6,50, 9,00.

Uhrw. R. 1,00, 1,25, 2,00, 2,50, 3,25, 4,50.

Neu! **Metallbaukasten** Neu!

! Meccano und Structator! 11418

in allen Zusammenstellungen.

Brillen, Pincenez, Augengläser in jeder Preislage.

Theater- u. Ferngläser, Barometer von Mk 6,00 an.

Große Auswahl. Mäßige Preise. Preislisten gratis.

## Richard Heirich, Optiker,

Neue Schweidnitzer Straße 14, Ecke Gartenstraße.

Für den

## Weihnachts- Bedarf

bietet der

## 3 Mk.-Bazar

Schweidnitzerstr. 7

## Unerreichtes

in 10754

Geschenkartikeln

Lederwaren

Luxuswaren

Galanteriewaren

Ohne Ausnahme

**Jedes Stück 3 Mk.**

Schweidnitzerstr. 7.

## Zigarren

Beste Qualität und nur gute Fabrikate

empfiehlt beim Einkauf 10741

an Händler, Wirte und Vereine

## Zigarrenfabrik Otto Wruck.

Zum bevorstehenden Weihnachtsfest

Packungen von Zigarren zu 25, 50 u. 100 Stück

als schönstes Präsentgeschenk.

Tel. 5094. Friedrich-Wilhelmstr. 93. Tel. 5094

# Grosser Weihnachtsverkauf 1913

**Aufbewahren!**

von 6 Mk. an 1 grossen Weihnachtsstrizel

Vorzettel dieses erhält bei Einkauf

von 4 Mk. an 1 doppelten Garderobenhalter

**Ausschneiden!**

von 1.50 Mk. an 1 prächtigen Wandkalender.

Ich empfehle zu dem Weihnachtsfeste zu noch nie dagewesenen Preisen und Qualitäten

**Herrn- u. Damenwäsche — Kinder- u. Erstlingswäsche — Bettwäsche — Leinenwaren — Herren-, Knaben- u. Mädchen-Mützen — Trikotagen und Wollwaren.**

Ganz besonders aufmerksam mache ich auf meine seit 40 Jahren mit ganz besonderer Vorliebe gekaufte **Arbeiter-Konfektion und Berufsbekleidung für jeden Beruf.**

**Damen-Blusen — Kostüm-Röcke — Schürzen — Unterröcke — Handtücher — Taschentücher — Linoleum — Läufertücher — Wachstuche.**

Gleichzeitig mache ich meine werthe Kundschaft darauf aufmerksam, dass ich mein Geschäft von Scheitnigerstrasse 15 nach Scheitnigerstrasse 13 verlegt habe, und bitte meine Schaufenster zu beachten.

**Scheitnigerstrasse 13 M. Aschkowitz, Scheitnigerstrasse 13.**

11462

**Kaufen Sie, wenn irgend möglich, am Vormittag.**

**Sonntag bis 6 Uhr abends geöffnet!**

**Sendungen nach auswärts p. Nachnahme. Von 10 Mk. an franko.**

Der

## Grosse Weihnachts-Verkauf

findet jetzt im

# Central-Schuhhaus Ernst David & Co.

nur Reuschestrasse 45 am Hotel Union, nahe am Königsplatz, statt.

**Umsonst erhält jeder Käufer beim**

**Einkauf von 6.50 M. an ein reizendes Weihnachtsgeschenk.**

:: Machen Sie bitte sofort einen Versuch. ::  
Selbst der weiteste Weg macht sich bezahlt.



### Unsere Schlager:

Damen-Knopfhalbschuh Lackkappe, Gelegenheitskauf . . . . . 4.60	<b>3<sup>95</sup></b>	Herrn-Schnallen- u. Zugstiefel 6.75, 4.90	<b>4<sup>50</sup></b>
Damen-Schnürhalbschuh . . . . . 5.75, 4.75	<b>4<sup>25</sup></b>	Herrn-Schnürstiefel Lackkappe, Gelegenheitskauf . . . . .	<b>5<sup>50</sup></b>
Damen-Schnürstiefel Lackkappe . . . . .	<b>4<sup>90</sup></b>	Herrn-Zug- und Schnürstiefel extrastark . . . . . 8.75	<b>7<sup>50</sup></b>
Damen-Schnürstiefel Garantie für Haltbarkeit 8.75, 7.50	<b>6<sup>75</sup></b>	Herrn-Zug- und Schnürstiefel Ia Boxcalf jetzt nur	<b>9<sup>50</sup></b>
Damen-Schnürstiefel echt Goodyear-Welt, nur	<b>10<sup>50</sup></b>	Herrn-Schnür- und Zugstiefel echt Goodyear-Welt . . . . .	<b>10<sup>50</sup></b>

**Extra- und Luxus-Ausführungen Herren- und Damenstiefel nur 12<sup>50</sup>**

**Extra-Angebot Schulstiefel**

27/30	<b>5<sup>00</sup></b>	<b>4<sup>25</sup></b>	<b>3<sup>10</sup></b>
31/35	<b>6<sup>00</sup></b>	<b>4<sup>75</sup></b>	<b>3<sup>60</sup></b>
36/40	<b>7<sup>50</sup></b>	<b>6<sup>50</sup></b>	<b>4<sup>90</sup></b>
36/40	<b>6<sup>50</sup></b>	31/35	<b>5<sup>25</sup></b>

Bester Schul-Stiefel für Knaben, Rindleder genagelt, Ersatz für Handarbeit

Filzschuhe, Pantoffeln von 35 Pf. an. :: Kinderschuhe von 85 Pf. an. :: Schaffstiefeln spottbillig.  
Gummischuhe bis 30 Prozent ermässigt.

**Unsere Ballschuhe-Gelegenheitskäufe sind bei grösster Auswahl das reizendste Weihnachts-Geschenk für jede Dame.**

11443

**Central-Schuhhaus Ernst David & Co., Breslau**  
nur Reuschestrasse 45, am Königsplatz.

Verwöhnt. Raucheru emp. ff. Qualitäts-Zigarren  
bestellbar p. St. 2, 4, 7, 8, 10 Pf. usw., bei Original-Abgabe 10% Rab.  
Igarren-Spezialgeschäft Friedrich-Wilhelmstrasse 55/57.  
A. Bock's Nachf. Feorster (1890)

**Paul Kasowsky, Schuhmacher**  
1913  
Filz- u. Zylinderhüte, Filzwaren, Mützen  
in Schöner guter Qualität zu billigen Preisen.

**Gerstäcker's Werke**  
Wollausgabe in zwei Bänden, reich illustriert,  
in 1000 von 10 Pf. (Gesamtpreis 200 Pf.)  
Sa bestehen durch Originalität und Reibbarkeit.